Nr. 452 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 230

Morgenausgabe

Groß-Berlin 10 Pfg.
Auswärts 15 Pfg.

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 24. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Tannenberg und Genf.

Stresemann läßt sich vom „Matin" interviewen. — Interpellation in der französischen Kammer angekündigt.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

Die Tannenbergrede des Reichspräsidenten dürfte am Sonnabend wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rücken; denn der deutsche Außenminister hat dem Genfer Korrespondenten des Pariser „Matin" ein längeres Interview gewährt, das am Sonnabend veröffentlicht wird und in dem er seine Stellung zu der Rede präzisiert. Wie verlautet, soll Stresemann sich mit den Ausführungen des Reichspräsidenten solidarisiert haben, ohne aber zu verbergen, daß die endgültige Form, in der die Rede vorgetragen wurde, vielleicht ihrer ersten Form nicht ganz entspricht.

Ob die Wirkungen dieser Erklärung des Reichsaußenministers die starke Aufregung, die in Genfer Kreisen und vor allem innerhalb der französischen Delegation entstanden ist, zu besänftigen vermag, wird sich erst zeigen müssen. In gut unterrichteten Kreisen wird hierzu u. a. erklärt, daß der französische Außenminister Briand ursprünglich nicht an die Authentizität des Kaisertelegramms glauben wollte. Seitdem nun aber bekannt ist, daß Hindenburg auch ein Danktelegramm zurückgesandt, sind die Kommentare nicht beruhigender geworden. Nachrichten aus Paris zufolge scheint jetzt schon festzustehen, daß die Tannenbergrede zu einer Interpellation in der Kammer führen wird, da die französischen Nationalisten hoffen, Briand auf diese Weise in eine schwierige Lage verwickeln zu können. Sollte es sich bestätigen, daß Dr. Stresemann auch die zweite Version der Tannenbergrede des Reichspräsidenten gekannt hat, bei der ein einleitender Satz, der ihm einen rein menschlichen Charakter verliehen hätte, weggefallen ist, so würde zweifellos dadurch die deutsch-französische Atmosphäre nicht gebessert werden. Jetzt schon darf man jedenfalls annehmen, daß dann die Fortführung der hier in den letzten Tagen begonnenen Besprechungen zwischen Briand und Stresemann einen etwas jähen Abbruch erleiden dürften.

Deutschland für Schiedsgerichtsbarkeit.

Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel. Jouhaux über Arbeiterklasse und Weltwirtschaft.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

Am Freitag nachmittag trat der Völkerbund wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Der Präsident **Gerani** teilte einleitend mit, daß der deutsche Außenminister inzwischen die

Haager Schiedsgerichtsklausel unterzeichnet

habe. Er verband diese Mitteilung mit einem Glückwunsch für die deutsche Delegation, dem sich die Vollversammlung mit starkem Beifall anschloß. Dr. **Stresemann** sprach dem Vorsitzenden und der Versammlung für diese Ovation seinen herzlichsten Dank aus.

Die Versammlung nahm dann zunächst einen Bericht von **Nansen** über die Tätigkeit der Mandatskommission entgegen. Die dazu vorgeschlagene Entschließung legt der Mandatskommission nahe, der Bekämpfung des Alkoholismus unter der Bevölkerung der Mandatsgebiete weitere Aufmerksamkeit zu schenken. — Anschließend folgte eine längere Rede **Loucheurs** über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz, die sich stark an den vorliegenden gedruckten Bericht hielt.

In der Diskussion sprach zum Schluß u. a. der französische Delegierte **Jouhaux**. Er wies darauf hin, daß unmittelbar nach dem Kriege die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz, die damals schon von den Vertretern der Arbeiterklasse gefordert worden ist, als Utopie hingestellt wurde, daß aber schließlich die Macht der Umstände und der immer dringlicher werdende Charakter der ökonomischen Probleme auch die Regierungen gezwungen habe, den Weg zu gehen, der allein aus dem Chaos herausführen könne, in dem sich heute Europa befindet. **Ohne Wirtschaftsfrieden würde der politische Frieden, der unerläßliche Vorbedingung sei, auf die Dauer nicht erhalten werden können.** Wer den politischen Frieden wirklich unerschütterlich gestalten will, der muß alles daran setzen, um auch den wirtschaftlichen Frieden zwischen den einzelnen Ländern und Kontinenten herbeizuführen. In Europa stehen dieser Entwicklung einstweilen die Grenzen und Zollschranken von zwanzig verschiedenen Staaten gegenüber. Sie zu überwinden, wird eine der Hauptaufgaben sein, die es zu erreichen gilt, wobei nie vergessen werden darf, daß dieser innere wirtschaftliche Ausgleich innerhalb Europas nur vom systematischen Abbau der Zollbarriere bis zum Freihandel erst dann möglich sein wird, wenn eine durchgreifende Rationalisierung der Produktion und des Konsums aller Länder durchgeführt sein wird. Dazu wird es nötig sein, daß den Verschiedenheiten der Bedingungen, unter denen die einzelnen Länder leben und arbeiten, Rechnung getragen wird, daß überall die Produktionswerkzeuge zur höchsten technischen Entfaltung gebracht werden, um jedwede Kräftevergeudung auszuschalten. Vor allem aber ist es notwendig, die innere Konsumkraft Europas selber zu erhöhen. Das wird aber nicht möglich sein, ohne daß

die Löhne der Arbeiterklasse aller Länder, sei es in ihrer Kaufkraft oder durch Verminderung der Preise oder sei es absolut, erhöht werden.

Das gewaltige Heer der Arbeiterklasse muß der Vorteile der notwendigen Rationalisierung der Produktion teilhaftig werden. Es muß das Gefühl haben, daß der politische Friede, den wir zu erhalten hoffen können, daß der wirtschaftliche Friede, den wir uns zu schaffen bemühen, ihm eine soziale Sicherheit bringt, auf die die Arbeiterklasse ein unantastbares Recht hat. Als einen der wichtigsten Faktoren für die Erhaltung des Friedens darf die Arbeiterklasse fordern, daß wir uns der Fragen annehmen, die sie in erster Linie interessieren.

Jouhaux sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die kommenden Wirtschaftskonferenzen diesen Interessen der Arbeiterklasse Rechnung tragen werden. Im Namen der französischen Delegation stimmte er dann dem Bericht über die Wirtschaftskonferenz zu, indem er gleichzeitig bedauerte, daß eine Reihe von Fragen nicht kühner behandelt worden sind.

Botschafter Maltzans Tod.

Außenminister Stresemann hat in einer Trauerrede vor der deutschen Abordnung die großen Verdienste Maltzans um das Reich gewürdigt.

Präsident Coolidge hat dem Reichspräsidenten ein Beileidstelegramm geschickt.

•

Weitere Nachrichten über die Flugzeugkatastrophe stehen in der 2. Beilage.

Eine Verwahrung.

Die deutschen Sozialisten beim Ausbruch des Weltkrieges.

Von Eduard Bernstein.

Die Haltung der Sozialdemokratie im Weltkrieg ist noch immer hart umkämpft. Genosse Bernstein erwirbt sich mit den folgenden Ausführungen das Verdienst, leichtfertigen Urteilen, wie sie in manchen Kreisen noch immer gang und gäbe sind, entgegenzutreten. Er begründet zugleich seine eigene politische Stellungnahme zu geschichtlich gewordenen Vorgängen, über die sich eine allgemein gültige Parteimeinung noch nicht herausgebildet hat.

Red. d. „Vorwärts".

Die pazifistische Wochenzeitung „Das andere Deutschland" brachte vor einiger Zeit einen Artikel über das Verhalten verschiedener Menschen beim Ausbruch des Weltkrieges, worin es unter anderem hieß:

„Am ruchlosesten zeigten sich in allen Ländern die Frauen und die Sozialisten. Von heute auf morgen widerriefen sie alles, was sie geglaubt und gelehrt hatten.

Von gestern auf heute wandelten sich alle in Helden, und wenn Opfertode allgemein Mode wurden, dann starben sie auch gern Opfertode."

Dies nachdem in dem Artikel von „entfesselter Tierheit" gesprochen worden war, die sich auf Kanzeln, Tribünen, Katheder kundgegeben habe, einige anwidernde Beispiele dafür zitiert und hinzugefügt worden war, was beiläufig maßlos übertrieben worden ist: „In Frankreich, in England schwelgte man in der ruchlosen Vorstellung, Berlin zu verbrennen oder München dem Erdboden gleichzumachen."

Also „noch ruchloser" als alles dies sollten sich demnach in allen Ländern die Frauen und die Sozialisten gezeigt haben!

Diese Bemerkung veranlaßte mich, der Redaktion einen Gegenartikel einzusenden, den aber diese nicht unverkürzt und ohne Beseitigung der „Beleidigungen" des Verfassers bringen zu können erklärte. Ich hatte nämlich geschrieben, daß mir eine ärger der Wahrheit ins Gesicht schlagende Beschimpfung der sozialistischen Bewegung bis dahin nicht vor die Augen gekommen sei, und sie „gewissenlos" genannt. Das aber gerade muß ich aufrechterhalten, wozu ich bemerken will, daß mir der Verfasser jenes Artikels persönlich unbekannt ist und ich nach demjenigen, was ich vordem über ihn erfahren hatte, durchaus günstig für ihn gestimmt war.

Den sachlichen Inhalt meines Aufsatzes lasse ich hiermit unverändert folgen, da er allerhand verbreiteten Irrtümern über die Haltung der Sozialisten im Kriege Tatsachen entgegenhält, die den meisten der heutigen Generation unbekannt geblieben sind.

•

Was die Frauen anbetrifft, so wird es genügen, festzustellen, daß der Verfasser für seine Verdonnerung des ganzen Geschlechts sich auf weiter nichts stützen kann als auf hysterische Ausbrüche einer beschränkten Anzahl reklamesüchtiger Weiber, deren Zahl gegenüber der großen Zahl der Frauen, die die Aufgabe ihres Geschlechts im Kriege darin sahen, zu pflegen und zu heilen, winzig gering war.

Nicht ganz so einfach liegt die Frage mit Bezug auf die Sozialisten, da sie in verschiedenen Ländern als organisierte Parteien die Möglichkeit hatten, zu den Schritten ihrer Regierungen Stellung zu nehmen und eine Einwirkung auf den Verlauf der Dinge zu versuchen. Hinsichtlich der Grundsätzlichkeit ihres Verhaltens steht es nun so, daß die Grundsatzlosigkeit, die der Verfasser so gewissenlos ist, den Sozialisten aller Länder nachzureden, tatsächlich den Sozialisten keines einzigen Landes mit auch nur einem Schein von Recht vorgeworfen werden kann. . . .

Solange die Frage noch logisch einfach stand: „Krieg oder Frieden" haben die Sozialisten aller Länder einmütig ihre Stimme gegen den Krieg erhoben, die deutsche Sozialdemokratie nicht zuletzt. Im Geist des feurigen Protestes ihres Parteivorstandes, auf den der Verfasser sich beruft, hat sie sofort an allen Orten Deutschlands, wo ihr dies möglich war, Versammlungen des Protestes gegen den Krieg abgehalten, eine der größten, wenn nicht gerade die größte, in Berlin auf den Treptower Wiesen, an der als einer der Redner mitzuwirken auch mir vergönnt war. Und wenn damals, wie das heute die Verfassung der Republik vorschreibt, der Reichstag als Volksvertretung am 1. und 3. August 1914 gefragt worden wäre, ob Krieg sein sollte oder nicht, hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten ohne Ausnahme mit Nein gestimmt! Ich habe das wiederholt in Versammlungen festgestellt, als die Fraktion schon in bezug auf die Frage der Bewilligung der Kriegskredite gespalten war, ich in Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion stand, welche fortfuhr, die Kredite zu bewilligen und von der einzelne Mitglieder mich arg angegriffen hatten. Die Reichsregierung wußte es auch so gut, daß sie den Reichstag erst auf den 4. August zusammenberief,

Volk verhindert Asylbruch.

Korsika bewahrt Frankreich vor Schande.

Paris, 23. September. (Eigenbericht.)

Auf der Insel Korsika waren 5 Italiener als politische Flüchtlinge gelandet und von der Polizei festgenommen worden. Der italienische Konsul in Bastia setzte durch, daß sie der italienischen Regierung ausgeliefert werden sollten! Als man sie aus dem Gefängnis auf das Schiff bringen wollte, protestierten sie auf der Straße gegen ihre Auslieferung. Die Menschenmenge ergriff ihre Partei und befreite sie, so daß der Dampfer ohne sie nach Italien abfahren mußte. Die fünf Italiener sind inzwischen ins Gefängnis zurückgebracht worden.

Der Wiener Justizskandal.

Weitere Beweise parteiischer Schöffenauswahl.

Wien, 23. September. (Eigenbericht.)

Im Justizausschuß verlas am Freitag der Justizminister einen Bericht des Landesgerichtspräsidenten, in dem im wesentlichen die Anschuldigungen Dr. Bauers über die gesetzwidrige Zusammensetzung der Gerichte zur Aburteilung der Angeklagten aus den Julinunruhen zugegeben werden. Die Schuld wird jedoch einem Kanzleibeamten zugeschoben, der eine Aeußerung eines Richters falsch verstanden habe. Böse Absicht liege nicht vor.

Genosse Dr. Bauer stellte demgegenüber fest, daß die ungesetzlich zusammengesetzten Gerichte bisher 20 Fälle verhandelt haben. Außerdem brachte er noch zwei weitere Fälle vor, wo Arbeiterschöffen bedeutet worden ist, sie brauchten am nächsten Tage nicht mehr zu kommen, weil sie für milde Strafen eingetreten sind. Genosse Austerlitz erklärte, angesichts des unbestrittenen Tatbestandes hafte an der Justiz vor der Bevölkerung der Makel, mit ungesetzlichen Mitteln zu arbeiten.

Zwei Gesandte in Peking ausgeplündert.

Peking, 23. September. (WTB.)

Auf einer Landstraße bei Peking wurden heute nachmittag der belgische Gesandte d'Hermalle und der tschechoslowakische Gesandte Halle auf der Rückkehr von einem Automobilausflug Opfer eines sensationellen Raubüberfalles. Ihr Auto wurde von einem chinesischen Chauffeur gesteuert. Plötzlich tauchte ein Bandit auf, der mit dem Revolver nach den Köpfen der Gesandten zielte und die Auslieferung ihrer Wertobjekte verlangte. Die beiden Gesandten waren genötigt, ihre Uhren, Ringe und ihr Bargeld herzugeben. Der Räuber bemächtigte sich sogar der im Auto liegenden Jacken der beiden Herren. Der ganzen Szene wohnten Chinesen als Zeugen bei, machten aber keinen Versuch, einzuschreiten. Die Gesandten begaben sich nach Tschangpingtschau und verlangten von den Behörden militärische Bedeckung, unter deren Schutz sie unbehelligt in Peking eintrafen.

wo der Krieg schon da war, Deutschland, zwischen dem zaristischen Rußland und Frankreich als Feinden gestellt, um seine politische Existenz zu kämpfen hatte.

Wie sollte die Fraktion nun stimmen? Wenn sie nach sehr ernster, eingehender Beratung mit 97 gegen 14 Stimmen sich entschloß, angesichts der veränderten Sachlage die Kredite zu bewilligen, so hat sie damit durchaus nicht „von heut auf morgen das widerrufen, was sie je geglaubt und gelehrt

Was war vorhergegangen? Schon im Jahre 1891, als Vertreter der französischen Republik und des zarischen Rußland in Kronstadt demonstrativ beim Sekt die Allianz dieser beiden Länder gefeiert und in Frankreich große Manöver auf den Schlachtfeldern von 1814 die patriotische Flamme auf die Höhe getrieben hatten, hatte Friedrich Engels, der grundedle und hochangesehene Vorkämpfer und Lehrer des internationalen Sozialismus, Gelegenheit genommen, in einem Aufsatz für den Jahreskalender der französischen Arbeiterpartei für 1892 über den „Sozialismus in Deutschland" zu schreiben und hat im Jahrgang 1891/1892 der „Neuen Zeit" wiederholt, daß, wenn es zu einem Krieg zwischen den verbündeten zarischen Rußland und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite kommen sollte, Deutschland also um seine Existenz kämpfe, die deutschen Sozialdemokraten unmöglich passiv bleiben könnten. Sie könnten ihre eroberten Stellungen nur behaupten, indem sie, heißt es wörtlich, „bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst seiner Majestät des Zaren und Selbstbeherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie." („Neue Zeit", 10. Jahrgang, 1. Band, Seite 586.)

So Friedrich Engels, und man kann sich denken, welchen tiefen Eindruck seine Worte auf seine Freunde und Schüler machten. Von ihnen durchdrungen erklärte August Bebel im Reichstag und in Versammlungen, wenn es gegen das zarische Rußland gehe, werde er selbst noch trotz seines Alters die Flinte auf die Schulter nehmen, und andere Genossen sprachen es ihm nach.

So erklärt es sich, daß in einem Zeitpunkt, wo so ziemlich alles in Deutschland noch in der zarischen Regierung und deren Agenten die Anstifter des Krieges sah, die Fraktion der Sozialdemokratie sich in ihrer erdrückenden Mehrheit für verpflichtet hielt, die Kriegskredite zu bewilligen, und die Minderheit mit einer oder zwei Ausnahmen mit ihr stimmte. Sie beging keine Untreue gegen ihre Grundsätze. In der Begründung ihrer Abstimmung, die ihr Vorsitzender Hugo Haase, der selbst in der Fraktion gegen die Bewilligung gesprochen hatte, auf deren einstimmigen Wunsch dann im Reichstag zur Verlesung brachte, hat sie das klar und bestimmt ausgesprochen. Gleich zu Anfang erklärte sie dort den Krieg für die Folge der imperialistischen Politik, die sie stets bekämpft habe, und für die die Verantwortung den Trägern dieser Politik zufalle. „Bis in die letzten Stunden hinein" habe die Sozialdemokratie „in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Erhaltung des Friedens gewirkt". Ihre Anstrengungen seien aber vergeblich gewesen. Und der Schluß lautet:

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

So die Reichstagsfraktion der Deutschen Sozialdemokratie am 4. August.

Wenn ich sie, indem ich dies feststelle, gegen die Beschimpfung in Schutz nehme, ihre Grundsätze gewissenlos von einem Tag auf den andern preisgegeben zu haben, so kann ich doch nicht umhin, gleichzeitig festzustellen, daß ich in der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, für die ich in jenen Tagen selbst in der Fraktion gesprochen und gestimmt habe, bald einen verhängnisvollen politischen Fehler erblickt habe. Unter dem Gesichtspunkt der Taktik für den Tag klug, erwies sie sich unter dem wichtigeren Gesichtspunkt der auf das Denken der Geister wirkenden Politik als verfehlt.

Unmittelbar zeigte sich das an der Art, wie die Sozialisten im Lande und die von ihnen beeinflußten Volkselemente sie aufnahmen.

Eine Minderheit war verdutzt und wurde an der Partei irre. Anders die große Masse.

Hatte Deutschlands größter Dichter einst in seinem „Tasso" gesagt:

„Du sprichst vergebens viel um zu versagen,
Der andre hört von allem nur das Nein."

so erlebten wir nun:

„Du sprichst vergebens viel, wenn du bewilligst,
Die Masse hört von allem nur das Ja."

Von dem Augenblick an, wo die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite bewilligt hatte, sah die Masse den Krieg selbst mit andern Augen an. Ihr war, wie sich mir das an einer Reihe von Vorgängen offenbarte, der Kompaß ihres politischen Denkens verlorengegangen. Und sie konnte ihn um so schwerer zurückgewinnen, als unter dem Kriegszustand die sozialdemokratische Presse von der nun allmächtig gewordenen Militärgewalt in Fesseln gehalten wurde. Beiläufig ein Kapitel, das auch noch seines Historikers harrt. Als es in den ersten Tagen des August 1914 anhub, versprach der Reichskanzler von Bethmann Hollweg Führern der Sozialdemokratie, die sich beschwerdeführend an ihn gewandt hatten, die Militärzensur sei für die Dauer des Aufmarschs der Truppen unumgänglich; sei dieser aber erst vollzogen, so werde der Presse die Freiheit zurückgegeben werden. Natürlich trat das Gegenteil ein. Die Militärs gaben die Macht nicht aus der Hand und behandelten dieses Wort des Kanzlers, wie andere, zum Teil noch bedeutungsvollere, um es in ihrer Sprache auszudrücken, als „Dreck". In der Sozialdemokratie zog infolgedessen die Erkenntnis ein, daß man einen Irrtum begangen habe und mit der Bewilligung der Kriegskredite ein Ende machen müsse.

Von Abstimmung zu Abstimmung über die Kredite mehrte sich in der Reichstagsfraktion die Zahl derer, die gegen die Bewilligung stimmten. Im Laufe des Jahres 1916 erreichte sie eine Höhe, daß man in den Kreisen derer, die an der Bewilligungspolitik festhalten zu müssen glaubten, schon ernsthaft darauf vorbereitet war, eines Tages in der Fraktion in der Minderheit zu sein. Was auch eingetreten wäre, wenn nicht die Fraktion sich gespalten hätte.

Die Darstellung der weiteren Entwicklung würde hier zu weit führen. Die damals gemachte Erfahrung ist aber eine Lehre, die nicht vergessen werden darf. Zwar wiederholen sich die Dinge in der Geschichte nicht unter völlig gleichen Umständen. Aber wo die in ihr spielenden Kräfte, insbesondere die große Mehrheit der Militärs, sich noch so ähnlich sind, wie im Deutschland von 1914 und im Deutschland unserer Tage, sind Wiederholungen unter ähnlichen Umständen immerhin nicht ausgeschlossen. Nun bilde man sich nicht ein, die Wiederholung gemachter Fehler durch wüstes, die besonderen Umstände und Beweggründe ignorierendes Schimpfen verhindern zu können. Ein schlechter Lehrer, der sich nicht die Mühe gibt, diejenigen zu verstehen, die er belehren will!

Reichswehr als Rechtsbildner.

Und sonst noch Reaktionäres im Strafgesetzentwurf.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages beriet weiter den § 6 des Regierungsentwurfes. Dieser Paragraph regelt die sogenannten „Weltverbrechen", d. h. die strafbaren Handlungen, die unabhängig von den Gesetzen des Tatortes nach dem deutschen Strafgesetz zu ahnden sind, auch wenn sie im Auslande begangen wurden. Ueber das heute geltende Gesetz hinaus verlangt der Entwurf, daß als solche Weltverbrechen auch Hochverrat und Landesverrat sowie Vergehen gegen die Wehrmacht angesehen werden sollen. Diese Ausdehnung bekämpfen sozialdemokratische Anträge, zu deren Begründung Genosse Rosenfeld ausführte, daß besonders wegen des allgemeinen Bestrebens der Strafverfolgungsbehörden, den Begriff des Landesverrats auszudehnen, dieses Verbrechen in die Weltverbrechen nicht einbezogen werden dürfe. Abg. Barth (Dnat.) widersprach dem und warf der Sozialdemokratischen Partei vor, sie nehme keine Rücksicht auf die nationalen „Belange"; wie die Sozialdemokratische Partei die Fahnenflucht bewerte, gehe daraus hervor, daß sich der sozialdemokratische Landtagsabg. Dr. Rosenfeld im Landtage gegen die Bestrafung der Fahnenflucht überhaupt gewandt habe.

Genosse Landsberg erwiderte mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokraten nur dieselbe Regelung wollen, wie sie schon Bismarck verlangt hat; die Sozialdemokraten befänden sich also nach deutschnationaler Wertung in bester Gesellschaft, wenn sie gegen diesen Entwurf Widerspruch erheben.

Ministerialrat Bumke verriet, daß

das Reichswehrministerium

auf diese Ausdehnung der Weltverbrechen großen Wert lege. Genosse Dittmann erwiderte, daß der militärische Ausdehnungsdrang, der sich jetzt nicht mehr bemerkbar machen könne, anscheinend nunmehr zu einem juristischen Ausdehnungsdrange werde. Die vorgeschlagenen Bestimmungen würden leicht zu internationalen Konflikten führen, und schon deshalb müßten sie abgelehnt werden. Genosse Rosenfeld wies an der Hand des Protokolls über die Landtagsausschußsitzungen nach, daß der sozialdemokratische Landtagsabg. Rosenfeld ganz etwas anderes gesagt habe, als Dr. Barth behauptet hatte; Dr. Rosenfeld-Landtag habe nämlich lediglich gesagt, daß der Reichswehrsoldat ganz anders wie der Soldat des kaiserlichen Heeres auf 12 Jahre in einem Vertragsverhältnis stehe, bei Bruch dieses Vertrages seine Dienstprämie verliere und wegen dieses ganz anderen Rechtsverhältnisses, in dem er stehe, eine Fahnenflucht kaum vorkommen werde, jedenfalls anders zu beurteilen wäre. Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und der Regierungsentwurf angenommen.

Unsere Genossen trachteten dann zu verhüten, daß unter die Weltverbrechen auch solche strafbaren Handlungen aufgenommen würden, die jemand im Auslande gegen den Träger eines deutschen Amtes während dessen Ausübung oder in bezug auf sein Amt begehe. Genosse Landsberg begründete diesen Antrag damit, daß nach dieser Bestimmung ein französischer Journalist, der in Frankreich einen deutschen Minister beleidigt, in Deutschland zur Verantwortung gezogen werden könnte, was

die schwersten internationalen Konflikte zur Folge

haben könnte. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und lediglich einer späteren Entscheidung vorbehalten, ob etwaige gewisse Vergehen gegen den Träger eines deutschen Amtes im Auslande von der Bestrafung ausgenommen werden sollen.

Nach § 7 des Entwurfs soll für andere Taten, die im Auslande begangen werden, das deutsche Strafgesetz gelten, wenn die Tat durch die Gesetze des Tatortes mit Strafe bedroht ist oder der Täter erstens zur Zeit der Tat Deutscher war oder es nach der Tat geworden ist, zweitens zur Zeit der Tat Ausländer war im Inlande betraft und nicht ausgeliefert wird, obwohl die Auslieferung nach der Art der Tat zulässig wäre. Auch hier verlangten sozialdemokratische Anträge eine Einschränkung. Genosse Landsberg führte aus, daß man doch nicht Verbrechen, die in Amerika begangen seien, wenn der Täter hierher geflüchtet sei, in Deutschland aburteilen könne! Das solle man Amerika überlassen. Was gehe es uns an, wenn zum Beispiel ein Ausländer im Ausland einen Diebstahl begangen hat? Das Land, in dem er sich strafbar gemacht hat, möge die Auslieferung beantragen. Weiter darf man nicht gehen. Ministerialrat Bumke erwiderte, daß gerade die deutschösterreichische Regierung großes Gewicht auf diese Bestimmung lege; man möge doch schon um der Rechtsangleichung willen den Vorschlag

---

Zwiegespräche.

Von Walter Appelt.

Ein respektloser Mensch hat vor einiger Zeit eine Desillusionierung jener Augenblicke versucht, die wir „bedeutsam" nennen und die in den Illustrierten von vorn, von hinten, aus der Vogelschau, im Film mit Zeitlupe und Großaufnahme festgehalten werden. Er sagte etwa: wenn Mussolini und Chamberlain gedankenschwer zusammensitzen — weiß man dann, ob sie wirklich maritime und koloniale Probleme erörtern, oder ob nicht der eine den andern gerade gefragt hat: „Kennen sie den Unterschied zwischen . . .?"

Wir haben das nicht weiter ernst genommen. Haben zwar gemeint, daß auch die Großen dieser Erde (die wirklichen wie die vermeintlichen) sich zuweilen Witze erzählen mögen, — aber doch nicht geglaubt, daß sie dazu ausgerechnet die in Bildern und Leitartikeln als „historisch" rubrizierten Momente wählten. Darin drückte sich ein gewisses Wohlwollen für die von Fall zu Fall beteiligten „Großen" aus, aber das entsprach nun mal unserer Ueberzeugung.

Bis dieser Tage die Meldung („Telegramm unseres Sonderkorrespondenten") in einem Teil der Presse zu lesen war, die uns mitsamt unserem guten Glauben jäh aus den blauen Himmeln unserer Illusionen reißen mußte: „Der Papst empfing gestern den Oberbürgermeister von New York, James Walker." Der Papst sagte: „Sie sehen sehr jung aus für einen Oberbürgermeister." Walker erwiderte: „Tatsächlich bin ich auch älter, als ich aussehe."

Wir wollen die Frage beiseitelassen, ob die Reichspost wirklich ihre Gebührensätze erhöhen mußte, solange für derlei Drahtnachrichten Geld ausgegeben wird, — wollen überhaupt keine langatmigen Betrachtungen an die lapidare Kürze des geistvollen Gesprächs zweier von Millionen mit der einträglichen Glorie des „Oberhaupts" Gekrönten knüpfen. Notwendig aber ist es wohl doch, die Angelegenheit festzuhalten. Denkbar ist ja immerhin, daß in der Antwort des Oberbürgermeisters eine ganz leise Ironie liegen sollte. Aber vielleicht ist auch diese Vermutung schon wieder aus jenem übertriebenen Wohlwollen geboren, und Walkers Worte sind genau so als hilfloses Verlegenheitsgestammel eines die Situation nicht Meisternden aufzufassen wie die „väterlich" herablassende, armselige Feststellung von Petri Stellvertreter. Mit anderen Worten: der oben erwähnte respektlose Mensch, dessen höhnische Phantasie uns fast zu weit zu gehen schien, ist von den nüchternen Tatsachen übertrumpft, sein Spott tief in den Schatten gestellt von dem, was die Großen dieser Erde wirklich reden, wenn ihre Wege sich, filmgekurbelt und pressestenographiert, einmal kreuzen.

Es entspräche gewiß nicht dem, was der Durchschnitt hinter der welterschütternd wichtigen Einmaligkeit mancher „Begegnung" vermutet, wenn Mussolini und Chamberlain, Walker und der Papst, Ludendorff und die heilige Jungfrau von Konnersreuth einander Witze erzählten. Aber um die Dinge unseres kümmerlichen und humorarmen Erdendaseins wäre es vielleicht weniger trostlos bestellt, wenn sie es dennoch täten.

Wir sehen aber, leider, daß es nicht einmal dazu reicht.

„Amoretten."

Am 1. Oktober tritt das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (siehe die unter demselben Titel im Dietz-Verlag herausgegebene Schrift von Dr. Geyer und Dr. Moses) in Kraft, das die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution und der Sittenpolizei mit sich bringt. Das alte Gesetz hat sich als wenig nützlich erwiesen — das neue, das jeden Geschlechtskranken zur ärztlichen Behandlung verpflichtet, richtet sich in der Hauptsache weiter gegen die Prostitution, der es nur einen erweiterten Lebensraum zu verschaffen scheint. Die Prostituierten sind nicht mehr an einzelne Straßen gebunden, sie sind vom „Strich" befreit, sie können sich zeigen, wo sie wollen. Und hierin liegt die neue Gefahr: der Ahnungslose kann mit einer Prostituierten in Berührung kommen, ohne daß ihm bewußt ist, mit wem er es zu tun hat — denn die Verpflichtungen und Strafandrohungen des neuen Gesetzes werden sich nicht immer stärker erweisen als die Gewissenlosigkeit, zu der eine Prostituierte durch Hunger getrieben wird. Aber die Gefahren für den gesunden Menschen kommen nicht nur von der Prostitution her, sie lauern überall, in allen sozialen Schichten, bei beiden Geschlechtern. Dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes geht in Berlin vom 26. bis 30. September eine Aufklärungswoche zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten voran, die vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin mit einigen anderen interessierten Organisationen veranstaltet wird. Im Reich mag ähnliches geschehen. Mit Vorträgen und Filmen wird man warnen und aufklären. Damit wird aber doch nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis zu erfassen sein und das Gehörte und Gesehene wird wieder aus dem Gedächtnis schwinden. Unsere Zeit ist schnell. Beständig aber, was im gedruckten Wort vorliegt. Und da hat Adolph Hoffmann wieder einmal den Anschluß nicht versäumt. Sein im Selbstverlag Berlin O. 17, Koppenstraße 6) erschienenes Buch „Amoretten — Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe" ist — Gott sei Dank! — nicht nur rechtzeitig erschienen, sondern auch von einer Volkstümlichkeit, die ihm die Erreichung seines Zieles, zu warnen und noch mehr aufzuklären, sichert. Auf 103 Seiten erzählt Adolph Hoffmann kleine Geschichten aus der Wirklichkeit, Tragödien, die durch Unwissenheit, beschränkte Erziehung und falsche Scham hervorgerufen werden. Heimlich spielen sie sich im Leben ab, heimlich leiden Zehntausende, heimlich öffnen sich neue Abgründe für neue Generationen. Adolph Hoffmann erzählt offen von den Dingen, die — Fluch unserer Zeit! — hinter den Kulissen spielen, er gibt offen und mit Deutlichkeit Ratschläge, die sonst nur heimlich gegeben werden und zur Unwissenheit die Verwirrung fügen. Und gerade darum, weil die aneinandergereihten Novellen, das, was sie erzählen, wirklichkeitsnahe vor Augen rücken, weil sie in Hinweis, Mahnung und Ratschläge selbst Leben und Wirklichkeit sind, wird das Büchlein, das sie zusammenhält, seinen Weg machen. Kein Dichter spricht, sondern ein Praktiker des Lebens, dessen Geschichten einfache Menschen verstehen werden. Und darauf kommt es an. Das Büchlein, dessen Segen man für eine Mark gewinnt, hat schon eine Empfehlung von berufenster Seite erhalten: Prof. Felix Pinkus, einer der angesehensten Spezialisten auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten und Leiter des städtischen Geschlechtskrankenhauses (für die sogenannten polizeikranken Mädchen), sagt zum Schluß eines an den Verfasser geschriebenen Briefes: „Ich vermute, daß sie (6000 bestellte Exemplare) uns aus den Händen gerissen werden." Und ich vermute, daß Prof. Felix Pinkus für weit mehr als 6000 Exemplare eine richtige Prophezeiung gemacht hat. . . .

Alfred Fritzsche.

Berichtigung. In meiner Kritik der Volksbühnenaufführung von „Kabale und Liebe" hat irgendein Telephondraht-Teufel einen Satz entstellt. Paul Henkels als schurkischer Sekretär Wurm zeigt bisweilen menschliche Gefühle und motiviert damit natürlich nicht seine und seines Herrn Schandtaten, sondern das Bekenntnis dieser Schandtaten. Tes.

Ausgrabung einer römischen Flottenstation am Rhein. Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum hat jetzt durch seine römische Abteilung es unternommen, von der Kastellanlage auf der Marienburg bei Köln, unmittelbar am Rheinufer, alles heute noch Mögliche festzustellen. Die Untersuchungen, die noch im vollen Gange sind, haben die Flottenstation der römischen Rheinflotte aufgedeckt. Es handelt sich um eine Anhöhe, die etwa 3 Kilometer im Süden der Stadtmauer des römischen Köln liegt und das befestigte Lager der römischen Marine darstellte. Die Römer legten verschiedene Flottenstützpunkte an, so bei Köln an der sogenannten Altenburg, im Norden bei Nymwegen und bei Arentsburg. Schon vor einer Reihe von Jahren waren diese Befestigungen untersucht worden, jetzt aber wollte man die letzte Gelegenheit gründlich benutzen, da das Gelände nun mit einer Villenkolonie bebaut wird. Das Innere des römischen Lagers ergab einen größeren und zusammenhängenden Bestand an Kasernenbauten, die zwischen schmalen Gassen angelegt sind. Die Kasernen enthalten stets eine ganze Reihe von Einzelräumen, jeden mit einer einfachen Herdanlage, für die Zeltgemeinschaften, die dort zusammen hausten. Nördlich von ihnen liegt eine lange Wandelhalle mit einem Abwasserkanal davor. Eine Reihe weiterer Bauten besitzt Warmluftheizung unter den hohlen Fußboden, auch ein Kühlraum scheint nicht zu fehlen, aus Dachziegel-Altmaterial errichtet. Sein Boden ist nur von einem breiten Kanal durchschnitten, von dem runde Rohre nach den Ecken des Raumes ausgehen. Das Lager hat von etwa 20 bis 270 n. Chr. bestanden, und so finden sich ältere und jüngere Bauten nebeneinander. Die sehr vielen Kleinfunde haben besonders Keramik in großen Massen ergeben. Die Dachziegel zeigen vielfach die Stempel der Truppe, die sie angefertigt hat. Daß das Lager lange Zeit für die Marinetruppen gedient hat, zeigen die verschiedenartigen Materialien, Reste von Schwertern, Lanzenspitzen, Gürtelbeschlägen.

Oud geht nicht nach Düsseldorf. Der Stadtbaumeister von Rotterdam, J. J. P. Oud, neben Dudok der Führer der jungen holländischen Baukunst, hatte einen Ruf an die Düsseldorfer Akademie erhalten. Oud hat den Ruf mit der Begründung abgelehnt, er bevorzuge eine praktische Tätigkeit gegenüber einer vorwiegend theoretischen.

des Entwurfes annehmen. Genosse Rosenfeld widersprach diesen Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß Deutschösterreich wahrscheinlich wegen der früher so unsicheren Grenzverhältnisse auf dem Balkan auf diese Bestimmung Gewicht gelegt habe, heute aber von ihr gewiß Abstand nehmen würde, wenn Deutschland eine so weite Ausdehnung der deutschen Strafgesetze nicht wolle. Die Weiterberatung wurde auf heute Sonnabend vertagt.

Die Renten der Kriegsbeschädigten.

Der Regierungsentwurf ganz unzureichend.

Der vom Reichswirtschaftsrat gebildete Arbeitsausschuß für das Kriegsschäden-Schlußgesetz empfing am 22. d. M. die Vertreter der Geschädigtenverbände, um sie als Sachverständige über den Regierungsentwurf zu hören. Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hatte tags zuvor ihre Stellungnahme zu der Regierungsvorlage unterbreitet. Ihre Vertreter konnten sich daher darauf beschränken, die Hauptgesichtspunkte zu unterstreichen, aus denen heraus sie die Regierungsvorlage als unzureichend ablehnen müßten. Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen tritt Dienstag, den 27. September, zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Behandlung der Vorschüsse auf die nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz zu erwartende Erhöhung der Militärrenten.

Die Handwerkskammern.

Die Kammermitglieder sollen in Zukunft direkt gewählt werden.

Der Reichswirtschaftsrat wird in kurzer Zeit eine Novelle zur Reichsgewerbeordnung beraten, die einige dringliche Fragen des handwerklichen Organisationswesens regelt.

Wie dem „Soz. Pressedienst" mitgeteilt wird, ist eine grundsätzliche Aenderung des Wahlrechts zu den Handwerkskammern, das bisher von den Innungen und dgl. ausgeübt wurde, geplant. Künftighin wird jeder Handwerker direkt zur Handwerkskammer wählen. Eine Handwerksrolle soll jeden Handwerker aufführen. Eine gesetzliche Definition, was Handwerk ist, bringt die Novelle nicht, da jeder Versuch, das Handwerk gegen Industrie und Handel abzugrenzen, zum Scheitern verurteilt ist. Endlich bestimmt die Novelle, daß jeder Gewerbebetrieb, der über den Umfang eines Kleingewerbebetriebes hinausgeht, in das Handelsregister eingetragen sein muß.

Werbt und sammelt!

Ein völkischer Aufruf und sein Resultat.

Den Völkischen geht es nicht nur schlecht, es geht ihnen schlechter denn je. Der Mitgliederschwund ist jetzt schon so stark, daß ihre Presse in Gefahr ist. Das nationalsozialistische „Deutsche Tageblatt" erläßt deshalb einen fulminanten Aufruf: Es sind Kräfte am Werk, die versuchen, unsere Kampfblätter zu Fall zu bringen. Wir wollen den überstaatlichen Mächten beweisen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, unsere Kampfblätter zum Erliegen zu bringen. Deshalb: Werbt und sammelt!

Nun: Das Resultat der Sammlung gibt dem „Deutschen Tageblatt" recht. Es beweist, daß es tatsächlich ein vergebliches Bemühen ist, die völkischen Kampfblätter zum Erliegen zu bringen: sie erliegen von selbst. Die Sammelliste, die das Blättchen veröffentlicht, weist einen Betrag von 1000 M. und einen von 50 M. auf, von den anderen verlohnt es sich schon gar nicht zu sprechen. Alles in allem kommt die grandiöse Summe von sage und schreibe 1084 M. zusammen, — womit die völkische Presse ja wohl wieder einmal vor den Machenschaften Alljudas und seiner deutschnationalen Helfershelfer gerettet ist.

In der ER plätscherte.

Eine monarchistische Wanne.

In der schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" findet sich diese beachtliche Anzeige:

Historische Badeeinrichtung

mit Gasofen, rein Kupfer, mit der Inschrift: „Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. benutzte diese Wanne bei seinem ersten Besuch als Kaiser in Düsseldorf am 4. Mai 1891", zu verkaufen.

„Das ist ja ein Ding wie 'ne Wanne!" so pflegt der Berliner Jargon etwas ganz Außerordentliches zu charakterisieren. Darum also, strömt herbei, ihr Monarchisten! Von IHR geweiht, wird euch doppelt und dreifach ein Bad körperlich säubern und seelisch läutern. Und wenn ihr, wie ER es im Berliner Schloß tat, die Wände der feierlichen Wanne mit Dreadnoughts und Torpedobooten bemalen läßt, dann werdet ihr zwar noch nicht drahten können, wie ER an Vetter Nikl: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans dem Admiral des Stillen Ozeans!" — aber ihr werdet ein Vorgefühl davon bekommen, wie es ist, wenn man größenwahnsinnig wird.

Das Abrüstungskompromiß.

Die Genfer Einigung wird schon „ausgelegt" — und verwässert.

Genf, 23. September. (WTB.)

Der Abrüstungsausschuß der Versammlung hat heute nachmittag mit der Annahme der von Paul Boncour und Lord Onslow gemeinsam vereinbarten Auslegungsformel über den Schlußabsatz der Entschließung zur Abrüstung und Sicherheitsfrage und des von de Brouckère erstatteten Berichts seine Arbeiten abgeschlossen. Die nunmehr angenommene Auslegungsformel stellt fest, daß es in dem vollen und freien Ermessen der Regierungen liegt, die ihnen geeignet erscheinende Antwort auf die vom Rate erbetenen Auskünfte auf jene Maßnahmen zu erteilen, die sie zur Unterstützung der Empfehlungen oder Beschlüsse des Rates in bestimmten von ihm anzugebenen Fällen zu ergreifen bereit wären". Das vom vorbereitenden Abrüstungsausschuß zu bildende Sonderkomitee für die Beratung der Sicherheitsfrage soll prüfen, unter welcher Form der Rat um Bekanntgabe dieser Maßnahmen ersuchen soll, dieses Ersuchen soll aber in keinem Falle mit einem bestimmten Fragebogen verknüpft werden.

Frankreich gegen Litwinows Behauptungen

Rußlands Vorschläge unannehmbar.

Paris, 23. September. (Eigenbericht.)

Die französische Regierung veröffentlicht am Freitag eine lange amtliche Auslassung, in der sie ausdrücklich feststellt, daß die Behauptung des russischen Außenkommissars Litwinow, zwischen der französischen und der russischen Delegation zur Regelung der Schulden sei ein Abkommen zustande gekommen, der Wahrheit nicht entspreche. Die letzten russischen Vorschläge vom 30. Juni, die Jahreszahlungen in Höhe von 60 Millionen Goldfranken vorsehen, diese Zahlungen aber vor der Einräumung französischer Kredite abhängig machten, die die Höhe der Jahreszahlungen weit überschreiten sollten, seien von der französischen Delegation am 26. Juli als völlig unannehmbar abgelehnt worden. Seither seien keine neuen russischen Vorschläge erfolgt. Außerdem bilde die Regelung der Schuldenzahlung nur einen Teil der zwischen Frankreich und Rußland schwebenden Fragen. So handle es sich zum Beispiel noch um die Frage der Entschädigung der in Rußland enteigneten französischen Staatsangehörigen und um die Regelung der Schulden des französischen Schatzamtes. Diese beiden Fragen seien bisher überhaupt noch nicht angeschnitten worden. Unter diesen Umständen sei es unbegreiflich, wie man in Rußland von einer zustande gekommenen Regelung sprechen könne.

Preußen und das Reichsschulgesetz.

Die preußischen Abänderungsanträge.

Die preußische Regierung hat in eingehenden Beratungen zum Reichsschulgesetz Stellung genommen. Preußen versucht im Reichsrat durch eine Reihe von Anträgen den Reichsschulgesetzentwurf erheblich zu verbessern. Zunächst soll erreicht werden, daß der Reichsentwurf in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Reichsverfassung in Artikel 146 gebracht wird. Das soll auf folgende Weise geschehen: Der § 2 des Reichsentwurfs soll so abgeändert werden, daß im 1. Absatz gesagt wird:

„Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen oder nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen."

Dann soll ein § 12a eingefügt werden mit folgendem Wortlaut:

§ 12a: „Schulgründung von Amts wegen.

Von Amts wegen einzurichtende neue Schulen sind Gemeinschaftsschulen, soweit sie nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten der der neuen Schule zuzuführenden Kinder in eine andere Schulform umgewandelt (§ 10) werden. Der Antrag kann bereits vor Einrichtung der neuen Schule gestellt werden."

Für die Ueberleitung der heute vorhandenen Schulen in die neuen Formen soll der § 18 des Reichsentwurfs folgende Fassung erhalten:

„Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden, nach Bekenntnissen nicht getrennten Volksschulen mit Religionsunterricht werden Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 3.

Die übrigen bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Volksschulen (evangelische, katholische und jüdische Volksschulen sowie Volksschulen ohne Religionsunterricht — Sammelschulen) werden Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 3 des Gesetzes, wenn nicht innerhalb drei Monaten ein Drittel der Erziehungsberechtigten der die Schule besuchenden Kinder die Beibehaltung der bisherigen Schulform verlangt haben. Ist dieses Verlangen rechtzeitig und vorschriftsmäßig gestellt, so werden diese Schulen entsprechend ihrer bisherigen Form Bekenntnisschulen im Sinne des § 4 oder bekenntnisfreie Schulen im Sinne des § 5 Abs. 1 und 2. Verlangt ein Drittel der Erziehungsberechtigten der die Schule besuchenden Kinder Einführung einer anderen als der bisherigen Schulform, so ist zur Beibehaltung der bisherigen Schulform das Verlangen der Mehrheit der Erziehungsberechtigten der die Schule besuchenden Kinder erforderlich. Das Nähere bestimmt das Landesrecht."

Geordneter Schulbetrieb.

Es ist schwer, für ganz Deutschland einheitliche Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb zu erlassen, da die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden liegen. Preußen beantragt deshalb, die Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb der Landesgesetzgebung zu überlassen.

Schulaufsicht.

Die staatliche Schulaufsicht über sämtliche Schulen soll gewahrt werden, wenn auch möglichst bei Besetzung der Stellen im Schulaufsichtsdienst auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht genommen werden soll.

Schule und Kirche.

Die Kirche soll bei der Aufstellung der Bestimmungen über Lehrpläne, Lehr- und Lernmittel für den Religionsunterricht ein Mitbestimmungsrecht haben. Diese Bestimmungen sollen im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft erlassen werden. Außerdem sollen den obersten Stellen der Religionsgesellschaften sowie besonderen von der Religionsgesellschaft mit dieser Aufgabe Beauftragten (unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates) Gelegenheit gegeben werden, sich davon zu überzeugen, daß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt wird. Das Nähere bestimmt das Landesgesetz.

Aufgaben und Ziele der Volksschule.

Zu den Aufgaben und Zielen der deutschen Volksschule (§ 1) schlägt Preußen folgende Fassung vor:

„Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes und im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu geistiger und körperlicher Tüchtigkeit heranzubilden und sie zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.

Neben dieser gemeinsamen Aufgabe (Abs. 1) haben die einzelnen Schulformen ihre besonderen Aufgaben nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erfüllen.

In allen Volksschulen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. (Art. 148 Abs. 2 der Reichsverfassung.)"

Die Bestimmungen über den inneren Charakter der Gemeinschaftsschule und der Bekenntnisschule sind nicht wesentlich geändert.

Die weltliche Schule.

Die Bestimmungen über die bekenntnisfreie Schule (§ 5) sind verbessert. Die weltliche Schule soll nicht bloß den Kindern offenstehen, die keinem Bekenntnis angehören oder vom Religionsunterricht abgemeldet sind, sondern allen Kindern, es sei denn, daß diese Kinder der bekenntnisfreien Schule aus offenbar unsachlichen Gründen zugeführt werden sollen. Ferner soll ein Religionsunterricht auf Wunsch der Erziehungsberechtigten als privater Unterricht ermöglicht werden. Deshalb wird der Religionsunterricht nicht verboten, sondern gesagt, daß der Religionsunterricht nicht ordentliches Lehrfach ist.

Verwaltungsstreitverfahren.

Die Bestimmungen des § 17 des Keudell-Entwurfs, wonach Entscheidungen der Behörden durch die Rechte von Erziehungsberechtigten berührt werden, die ihnen auf Grund der Reichsverfassung oder dieses Gesetzes zustehen, im Wege eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens anfechtbar sein sollen, sollen nach dem preußischen Antrag gestrichen werden.

Schutzgebiet der Gemeinschaftsschule.

Preußen verlangt, daß in den Simultanschulländern Baden, Hessen und dem ehemaligen Herzogtum Nassau, außerdem in den Stadtgemeinden Frankfurt am Main und Hanau dieses Gesetz erst nach 5 Jahren in Kraft tritt. Preußen beantragt, daß der Absatz 2 des § 20, wonach noch eine weitere Frist von 5 Jahren durch Landesrecht bestimmt werden kann, gestrichen werden soll.

Kosten.

Zum Schluß wird verlangt, daß sämtliche Kosten, die den Ländern und Gemeinden aus der Durchführung dieses Gesetzes entstehen, in voller Höhe vom Reich erstattet werden.

*

Ueber die Bedeutung dieser preußischen Anträge wird uns aus der preußischen Landtagsfraktion geschrieben:

Durch die preußische Fassung des Absatzes 1 vom § 2, ferner durch den § 12a, außerdem durch die neue Fassung des § 18 wird der vorliegende Reichsschulgesetzentwurf in Uebereinstimmung mit dem Artikel 146 der Reichsverfassung gebracht. Die Reichsverfassung bestimmt in Absatz 1 des Artikels 146, daß die Gemeinschaftsschule Regelschule sein soll, und im Absatz 2, daß auf Antrag Bekenntnisschulen und weltliche Schulen einzurichten seien.

Dieser Forderung der Reichsverfassung wird durch die preußischen Anträge entsprochen. Die Erziehungsberechtigten in ganz Deutschland haben jetzt die Möglichkeit, durch Abstimmung die Schulreform zu verlangen, die sie wünschen. Dadurch wird die deutsche Volksschule auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Noch niemals in der deutschen Geschichte ist durch eine freie Abstimmung der Erziehungsberechtigten das Schulwesen gestaltet worden. Der Deutsche Lehrerverein hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob seine schulpolitischen Ideen im deutschen Volke eine Mehrheit haben. Die Anhänger der weltlichen Schule haben ebenfalls die Möglichkeit, für ihr Schulideal zu wirken.

Der Zersplitterung des Schulwesens soll dadurch vorgebeugt werden, daß die Reichsverfassung einen geordneten Schulbetrieb verlangt. Die Verhältnisse liegen in den einzelnen deutschen Ländern verschieden, so daß es sehr schwer ist, für das ganze Reich einheitliche Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb zu erlassen. Deshalb schlägt Preußen vor, die Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb der Landesgesetzgebung zu überlassen. Dadurch ist es in den Simultanschulländern dann möglich, auf dem Wege der Landesgesetzgebung die Bestimmungen über den geordneten Schulbetrieb so zu gestalten, daß eine Zerschlagung der Simultanschule unmöglich wird. Die weltliche Schule wird durch die preußischen Erweiterungs- und Verbesserungsvorschläge ausbaufähig. Alle Kinder haben die Möglichkeit, sie zu besuchen. Der Religionsunterricht ist nicht verboten, sondern kann auf Antrag der Erziehungsberechtigten als nicht ordentliches Lehrfach eingeführt werden.

Die Bekenntnisschulen sollen allerdings so gestaltet werden, daß die Kirche einen viel größeren Einfluß hat als bisher. Die Kirche soll ein Mitwirkungsrecht bei der Aufstellung der Bestimmungen über die Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher haben. Diese Bestimmungen sollen in Einvernehmen mit der Kirche aufgestellt werden. Es wäre besser gewesen, wenn man statt „im Einvernehmen" gesagt hätte „im Benehmen", wie es der bisherigen Verwaltungspraxis entspricht. Die Kirche kann durch Beauftragte den Religionsunterricht überwachen lassen. Durch diese Bestimmungen bekommt die Kirche wieder ein gewisses Aufsichtsrecht. Durch die Bestimmungen über die Schulaufsicht wird zwar das staatliche Schulaufsichtsrecht gewahrt. Es soll aber bei der Auswahl der Schulaufsichtsbeamten möglichst auf die Art der Schulen, die sie zu betreuen haben, Rücksicht genommen werden. Außerdem sind die Religionsgesellschaften in den Schulverwaltungskörperschaften vertreten, dagegen nicht Vertreter der weltlichen Schule, was ein Unrecht gegenüber der weltlichen Schule bedeutet. Es ist notwendig, im Reich dahin zu wirken, daß die staatliche Schulhoheit nicht in diesem Umfange gesenkt wird.

Zu begrüßen ist, daß Preußen verlangt, in das Schutzgebiet der Simultanschule auch Frankfurt a. M. und Hanau einzubeziehen. In den übrigen Gebieten, wo es Simultanschulen gibt (Thüringen, Grenzmark, Oberschlesien usw.) ist die Simultanschule dadurch geschützt, daß jede heute bestehende Simultanschule eine solche bleibt und nur auf Antrag von zwei Dritteln der Erziehungsberechtigten umgewandelt werden kann.

Unsere Wünsche werden durch die preußischen Anträge bei weitem nicht erfüllt. Aber angesichts der politischen Lage in Preußen und im Reich war es kaum möglich, mehr zu erreichen. Wenn der Reichsentwurf nach den preußischen Anträgen umgestaltet werden sollte, wäre immerhin eine Besserung gegenüber der Keudell-Pläne erzielt.

Blutjustiz in Bulgarien.

Todesstrafe wegen kommunistischer Gruppenbildung.

Sofia, 23. September. (Eigenbericht.)

Vor einem Gericht in Philippopel hatten sich in einem mehrtägigen Prozeß 46 Personen zu verantworten, die wegen der Bildung kommunistischer Gruppen angeklagt waren. Das Urteil lautete gegen sechs Personen auf Tod durch den Strang. Weitere 31 Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen zwischen 12 und 7½ Jahren. Der Rest wurde freigesprochen. Ein großer Teil der verurteilten Personen ist minderjährig.

Bayern erklärt sich als Ausland. Die bayerische Regierung hat am Freitag angeordnet, daß sämtliche Staatsgebäude am Geburtstag des Reichspräsidenten Weißblau beflaggt werden.

Rüstungen der Unternehmer.

Neue „Gefahrengemeinschaften".

Wie das schwerindustrielle Scharfmacherblatt, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", mitteilt, hat die rheinisch-westfälische Industrie **„eine Gefahrengemeinschaft gebildet, deren Zweck ist, Geldmittel zu sammeln, um gegen eventuelle Angriffe der Gewerkschaften gerüstet zu sein".**

Mit innerem Frohlocken bemerkt das Blatt zunächst hierzu: „Das ist eine wenig günstige Nachricht, geht doch daraus hervor, daß man in der Industrie im Zusammenhange mit der Verkürzung der Arbeitszeit und den ständigen Lohnbewegungen größere Arbeitskämpfe erwartet. Die diktatorische Lohn- und Arbeitszeitpolitik des Reichsarbeitsministers Brauns beginnt also die von uns schon lange vorausgesagten Früchte zu tragen."

Der Reichsarbeitsminister bekommt hier die Quittung für seine zarte Rücksichtnahme auf die Interessen der rheinisch-westfälischen Schlotbarone bei seinen Verordnungen im Sinne des § 7 der Arbeitszeitverordnung.

Wenn wir nicht irren, besteht bereits ein „Deutscher Streikschutz E. V.", Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverluste, mit einer Jahreslohnsumme von 151 692 000 Mark, der die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen angeschlossen ist, und die Streikentschädigungsgesellschaft für den Braunkohlenbergbau (Sitz Halle) mit einer Jahreslohnsumme von 97 421 000 Mark.

Hinzu kommt also die neue „Gefahrengemeinschaft" in Rheinland-Westfalen. Naive Gemüter könnten die Frage aufwerfen, ob es denn nicht weit praktischer sei, den zu erwartenden Lohnbewegungen durch freiwillige Lohnzulagen in Höhe der Geldmittel für die „Gefahrengemeinschaft" vorzubeugen. Sie übersehen, daß dann das Geld nicht in die Hände der Unternehmer bliebe, daß die Arbeiterschaft womöglich noch „begehrlicher" würde, noch mehr konsumieren wollte, während die „Gefahrengemeinschaft" doch den ausgesprochenen Zweck hat, das Existenzniveau der Arbeiterschaft möglichst herabzudrücken.

Weshalb nun gerade die neue „Gefahrengemeinschaft", das wird in dem Scharfmacherblatt klipp und klar ausgesprochen. Die „Gefahr" wird darin erblickt, daß **am 1. Januar 1928 das Dreischichtensystem** für die Warmbetriebe der Eisenindustrie in Kraft tritt. Ganz abgesehen von den direkten Widerständen gegen die endliche Durchführung des Dreischichtensystems in den Hüttenbetrieben, erklären die sich in ihren heiligsten Interessen bedroht fühlenden Unternehmer, daß die Arbeiter die Verkürzung ihrer Arbeitszeit mit Lohnkürzungen schwer zu büßen hätten.

„Es liegt auf der Hand, daß bei einer derartigen Schichteinteilung der auf den einzelnen Arbeiter in Zukunft entfallende Lohnanteil geringer werden oder aber bei Beibehaltung des gleichen Lohnes eine entsprechende Preissteigerung erfolgen muß."

Also: entweder bezahlen die Arbeiter der Zweischichten die für die dritte Schicht notwendigen Arbeiter direkt mit, durch Kürzung ihrer Löhne um ein Drittel, oder aber dieses Drittel wird ihnen als Konsumenten indirekt durch Preissteigerungen abgenommen, wobei gleichzeitig noch ein gewaltiger Fischzug auf die Taschen der Gesamtbevölkerung unternommen würde. Man fürchtet lediglich den Widerstand des Reichswirtschaftsministers.

Der „Bergwerks-Zeitung" ist aufgegeben, die Gründung der „Gefahrengemeinschaft", für die die Arbeiter die Mittel erarbeitet haben, mit der „Gefahr" des Dreischichtwechsels, das heißt der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu rechtfertigen. Die „Industrie" folge dabei nur einem gesunden Selbsterhaltungstrieb und erfülle damit geradezu eine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit.

Dieser Zynismus, die unbehinderte Plusmacherei als eine Pflicht im Interesse der Allgemeinheit zu deklarieren, ist kaum mehr zu überbieten.

*

Der Lohnkampf in der Krefelder Seidenindustrie hat den Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie zu der Erklärung veranlaßt, daß er in Zukunft die Auswirkungen eines derartigen Arbeitskampfes durch Abkommen mit gleichgearteten Arbeitgeberverbänden abzubremsen versuchen werde.

Wie die „Kölnische Volkszeitung" aus Düsseldorf erfährt, haben die Unternehmer in der Textilindustrie, „ähnlich wie bereits in der Montanindustrie", sich zu einer sogenannten Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Plan dazu datierte bereits aus der Zeit vor dem Ausbruch des Krefelder Streiks, doch sei man erst kurz vor und während des Verlaufs des hartnäckigen Arbeitskampfes zu festen Bindungen und Abmachungen gekommen. An dem festen organisatorischen Ausbau wird zurzeit intensiv gearbeitet.

Diese „Gefahrengemeinschaft" umfaßt einstweilen die Arbeitgeberverbandsbezirke des M.-Gladbacher, Viersener, Elberfelder, Münsterischen, Gütersloher und Kottbusser Industriegebiets mit rund 175 000 beschäftigten Arbeitern. Gewisse Rücksicherungen wurden auch mit den sächsischen Textilbetrieben getroffen.

Die „Kampfgemeinschaft" trage zurzeit einen definitiven Charakter. Sie wolle den örtlichen Arbeitskämpfen wirksam begegnen. Zentrale Auseinandersetzungen aber will die „Kampfgemeinschaft" durch Riesenaussperrungen zur höheren Ehre des Profits „abzubremsen" versuchen.

*

Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die unabweisbare Notwendigkeit, ihre Gefahrengemeinschaft, ihre Gewerkschaften vollends auszubauen.

Der neue Einheitsverband.

Seine erste Tagung.

Leipzig, 23. September. (Eigenbericht.)

Die Tagung des neuen Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes wurde am Freitagnachmittag unter stürmischem Beifall eröffnet. Am Vormittag hatten die einzelnen Verbände nochmals getrennt getagt, um Vorschläge zu den Hauptvorstandswahlen zu machen und das neue Statut zu beraten.

Nachmittags 4 Uhr traten dann die Delegierten zur ersten Gesamttagung zusammen. Der Verbandsvorsitzende der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Backert, begrüßte das Zustandekommen des Industrieverbandes. Er hielt nochmals Rückschau über die bisher von den einzelnen Verbänden geleistete Arbeit. Der Zusammenschluß der vier Verbände zu einer Einheitsorganisation sei

für die deutsche Gewerkschaftsbewegung von größter Bedeutung.

Gemeinschaftliche Arbeit, gemeinsames Wirken werde die Parole sein. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Verbandstages.

Kollege Schifferstein-Zürich von der Internationalen Union des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes begrüßte den Zusammenschluß und wünschte der Einheitsorganisation die besten Erfolge. Vom Leipziger Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überbrachte Schilling die besten Glückwünsche. Im Auftrag des ADGB. begrüßte Graßmann die Tagung des neuen Industrieverbandes. Viele Verbandstage habe ich, betonte Graßmann, schon besucht, aber

selten hat solche Einmütigkeit geherrscht

wie bei diesen vier Verbänden. Alle hatten das Bestreben, das große Werk zu vollenden, und der Mehrheitswille hat gesiegt. Die neue große Organisation ist entstanden. Sie wird in ihrer Geschlossenheit, in ihrer Stärke ein Fanal und richtunggebend sein auch für andere Verbände, die noch getrennt marschieren. (Stürmischer Beifall.)

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurde die Tagung abgebrochen und auf Sonnabend früh vertagt.

Der Solinger Metallschiedsspruch abgelehnt.

Die Ortsverwaltung und die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Solingen haben einstimmig beschlossen, den von der Schlichtungskammer gefällten Schiedsspruch für die Metallindustrie abzulehnen. Im Laufe der Woche soll in den einzelnen Betrieben eine Urabstimmung vorgenommen werden. Der Christliche Metallarbeiterverband wird Sonntag in öffentlicher Versammlung zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Die Aussperrung bei der Gewerkschaft Sachtleben.

Homberg (Rheinland), 23. September.

Bei der Gewerkschaft Sachtleben war vor einigen Tagen nach Ablehnung einer Lohnerhöhung um etwa 20 Proz. ein wilder Streik ausgebrochen, der eine Aussperrung zur Folge hatte. Am Donnerstag wurde zur Beilegung des Konflikts zwischen der Werksleitung und den Arbeitnehmervertretern verhandelt. Nach Mitteilung der Werksleitung besteht Aussicht, daß die Arbeit im Laufe der nächsten Woche wieder aufgenommen wird.

Tarifkampf der Transportarbeiter im Westen.

Im Gegensatz zu verschiedenen Meldungen, wonach man sich in dem Arbeitszeit- und Tarifkampf, der zurzeit im rheinisch-westfälischen Transportgewerbe tobt, über das grundsätzliche Verfahren für die Weiterbehandlung der Streitpunkte einig geworden sei, stellt der Deutsche Verkehrsbund fest, daß die Vertreter der Arbeitnehmer nach wie vor an ihrem grundsätzlichen Standpunkt betreffend Dauer und Bezahlung der Ueberarbeit festhalten. Auch für den Verhandlungsgang haben die Arbeitervertreter ganz bestimmte Vorbehalte gemacht. Die früher beschlossenen Maßnahmen der Gewerkschaften werden durch den Verhandlungsgang keineswegs unterbrochen. Die Funktionäre und Mitglieder sind angewiesen, nur den Anweisungen der Organisationsleitungen zu folgen und die bisherigen Abwehrmaßnahmen noch zu verstärken.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Heute, Sonnabend, wird in Interlaken der Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Die Tagesordnung des Kongresses ist sehr reichhaltig; sie umfaßt außer den Berichten des Bundeskomitees und der Bildungszentrale über ihre Tätigkeit während der drei Jahre seit dem letzten Kongreß Fragen der Schweizer Wirtschaftspolitik, das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und Genossenschaften, die schweizerische Sozialversicherung, den gesetzlichen Arbeiterschutz, die berufliche Ausbildung, die Beamtenbesoldungsreform und die Bekämpfung des Faschismus. — Franz Spliedt wird dem Kongreß im Namen des ADGB. die Grüße der deutschen organisierten Arbeiterschaft überbringen.

In Stuttgart sind die Küfer der Weinhandlungen, Branntweinbrennereien und Essigfabriken infolge der Weigerung der Arbeitgeber, vor dem Arbeitsgericht zur Beilegung von Differenzen zu erscheinen, in den Streik getreten. Die bestreikten Stuttgarter Betriebe sind zu meiden!

Der Streik der Beamten der Warschauer Diskontobank hat sich verschärft. Sämtliche Angestellten der Filialen in den größeren Städten Polens haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Diskontobank ist völlig lahmgelegt. Sämtliche Gebäude der Bank werden von Polizei bewacht.

Die Arbeitslosenziffer in Rußland stieg nach neuen offiziellen Zahlen in den letzten Jahren wie folgt: 1924/25: 848 000; 1925/26: 1 017 000 und 1926/27: 1 353 000. Im nächsten Jahr dürfte die Arbeitslosenziffer in Anbetracht des allgemeinen Angestelltenabbaues zivilisierten Nation unwürdigen Vorgehen Einhalt zu gebieten.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: **Bannschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 16. Gruppenabend. — **Achtung, Sprechchorteilnehmer!** Sprechchorprobe um 19 Uhr im Arbeitslosensaal des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungestr. 30, Hof part. — **Morgen,** Sonntag, Sommer-Ausklang. Spiel und Sport auf dem Sportplatz des DMV. an der Oberspree. Beginn 7½ Uhr.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Die Reichsbahn meldet sich.

Sie stützt sich auf ihren Schein.

Die TU. berichtet:

Zu dem Appell der Berliner Funktionäre der Eisenbahner an die gesamte Arbeiterschaft und alle Angestellten, den Lohnkampf sofort aufzunehmen, wird von der Reichsbahn darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Tarifverträge bis zum 31. März 1928 liefen. In den letzten drei Jahren seien die Gehälter der Beamten nicht aufgebessert worden, dagegen hätten verschiedentlich Lohnerhöhungen stattgefunden. Die Reichsbahn sei nach wie vor bereit, überall da, wo die Löhne der vergleichbaren Industriearbeiter höher seien oder sich höher entwickelten, eine Angleichung auch der Löhne der Eisenbahner vorzunehmen.

Am Mittwoch zeigten wir in einer Uebersicht über die Berliner Tariflöhne im April d. J., daß der Lohn der gelernten Eisenbahner in nur einem Falle noch anzutreffen ist, bei den Textilarbeitern. Bei den Gemeindearbeitern (wie bei den Gerbern) ist er zwar um nur 4 Pf. höher, doch kommen für die Gemeindearbeiter Sozialleistungen in Betracht, die man bei den Eisenbahnern vergeblich sucht. In allen anderen Berufen liegt der Lohn um durchschnittlich 25 Pfennig je Stunde höher, wenn man die Bauberufe mit ihren höheren Löhnen als Saisongewerbe unberücksichtigt läßt.

Die Eisenbahner fordern nicht deshalb Lohnerhöhung, weil die Beamten Zulagen erhalten, sondern deshalb, weil die Lebensmittelpreise gestiegen sind und die Mieten ab 1. Oktober wieder erhöht werden.

Von der angeblichen Bereitwilligkeit zu einer „Angleichung" der Löhne haben die Eisenbahner bis jetzt nichts gemerkt. Sie brauchten dann nicht erst zu fordern. Oder sollten die Eisenbahner etwa warten, bis auch die schlechtestbezahlten und schlecht organisierten Industriearbeiter eine Angleichung ihrer Löhne an die Teuerung in schweren Lohnkämpfen errungen haben? Erlauben die Vertreter der Industriellen in der Reichsbahnverwaltung vorher keine Angleichung?

Man scheint in der Reichsbahnverwaltung die Situation denn doch gründlich zu verkennen, wenn man glaubt, es sei mit einer derart lendenlahmen Erklärung, die sich obendrein über eine Verkürzung der überlangen Arbeitszeit gänzlich ausschweigt, getan. Die Folgen dieser saloppen Einstellung wird die Reichsbahngesellschaft schwerlich verantworten können. Ihr fehlt offenbar das richtige Augenmaß zur Beurteilung der Lage ihrer Arbeiter.

Die Lohnfrage der Kraftdroschkenführer.

Am Donnerstag fanden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Sachen Deutscher Verkehrsbund gegen Kraftdroschkenbesitzerverbände statt. Da die Kammer nicht vollzählig besetzt war (es fehlte ein Arbeitgebervertreter), kam man über Vorverhandlungen nicht hinaus. Hierbei zeigte sich, daß die Arbeitgeber alles daransetzen, um die Lohnfrage erst dann zu regeln, wenn die Frage der zukünftigen Tarifgestaltung erledigt ist. Die Arbeitnehmer erblicken hierin lediglich ein Verschleppungsmanöver und haben einen neuen Termin noch vor dem 1. Oktober beantragt. Er wurde auf Freitag, den 30. September, 14 Uhr, festgesetzt.

Achtung, Spitzel am Werk!

Wiederholt wurde in verschiedenen Blättern auf Agenten aufmerksam gemacht, die im Reiche umherreisen, um Auskünfte über Abmachungen einzuholen, die in Betriebsrätesitzungen bzw. Betriebszellensitzungen und dergleichen getroffen werden. Auch jetzt sind diese Agenten anscheinend wieder fleißig an der Arbeit. So wird aus dem Rheinland gemeldet, daß dieser Tage beim Arbeiterratsvorsitzenden einer größeren Textilfirma ein Herr namens Weber vorsprach, der sich, vielleicht um als amtliche Person zu erscheinen, mit einem in Messing gehaltenen und mit einem Adler versehenen Ausweis vorstellte und an den Arbeiterratsvorsitzenden u. a. die Frage richtete, ob im Betriebe die Kommunisten sogenannte Zellensitzungen abhalten, bzw. welcher Art die gefaßten Beschlüsse sind und nach welcher Richtung hin sie sich auswirken. Erfreulicherweise wurde keine Auskunft erteilt. Weber hinterließ eine Adresse mit der Bitte um gelegentliche Mitteilungen. Um einen Anreiz zu schaffen, wurden 5 bzw. 10 Mark Vergütung für die einzelnen Mitteilungen (je nach Wert) in Aussicht gestellt. Die hinterlassene Adresse lautet: **G. Gerhardt, Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 32/33.**

Wie festgestellt werden konnte, ist Herr Gerhardt Direktor einer gewissen **„Pinkerton-Gsi. m. b. H."**

Wenn es auch noch nicht ganz gelungen ist, die Motive, die dieser Bespitzelung zugrunde liegen, aufzudecken, so ist doch durchsichtig, daß die Gesellschaft eine von den Arbeitgebern begünstigte Spitzelzentrale ist. Es ist deshalb ratsam, derartigen Agenten, wann und wo sie auch vorsprechen sollten, keinerlei Auskunft, sondern eine gehörige Abfuhr zu erteilen.

Eine Bitte an das kaufende Publikum!

Die im Einzelhandel (Kauf- und Warenhäuser sowie Spezialgeschäfte) tätigen Schaffner, Mitfahrer und Chauffeure haben als Ausweis der Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund eine

grüne Legitimationskarte.

Den wiederholten diesbezüglichen Anregungen aus den Käuferkreisen, eine Ausweiskarte einzuführen, sind wir nachgekommen. Wir ersuchen nunmehr, bei Ablieferung der Waren oder bei sonstigen Gelegenheiten stets nach der Legitimationskarte zu fragen und nur den organisierten Arbeitnehmern die Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Legitimationskarte hat nur dann Gültigkeit, wenn sie wöchentlich laufend abgestempelt ist.

Deutscher Verkehrsbund, Branche Einzelhandel.

Gewandelte Fassade.

Es würde nicht lohnen, wieder davon zu berichten, wollte man nicht versuchen, festzustellen, ob mit der Aenderung der Fassade auch eine Wandlung der Gesinnung vor sich ginge, einer Gesinnung, die in ihrer Verlogenheit und prahlerischen Großmannssucht aus jedem einfachen bürgerlichen Wohnhaus einen Palast machen wollte. Zu Tausenden entstanden ja diese Mietpaläste mit den angeklebten architektonischen Besonderheiten aller Stilepochen und „zieren" den größten Teil aller Städte, die gerade zur Zeit ihrer größten räumlichen Erweiterungen einen Niedergang der Architektur erlebten, wie ihn die Geschichte sonst nicht aufzuweisen hat. Inzwischen ist es ja vielen Architekten gelungen, sich aus diesen Niederungen emporzuringen. Der Baustil geht einer neuen Entwicklung entgegen. Nicht alles Neue wird die alten Sünden schon restlos überwunden haben; aber wo man bemüht ist, aus dem Zweckhaften, der Technik, heraus im Dienst der „neuen Sachlichkeit" zu bauen, wird die Architektur Früchte hervorbringen, die von dem Ernst des Wollens ihrer Erbauer Zeugnis ablegen. Es entstehen schon Wohnhäuser, die nicht Renaissancepaläste sein wollen, Untergrundbahnhöfe, die nicht den Ehrgeiz haben, für einen romanischen Dom gehalten zu werden, Geschäftshäuser, die keine Kathedralen vortäuschen. Der „neue Baustil" hat auf der ganzen Linie gesiegt, er ist modern! Wer wollte nicht modern sein? Zwar ist es unmöglich, ganze Häuserblocks herunterzureißen, um so radikal die Erzeugnisse der Gründerjahre zu beseitigen; flink ist man bei der Hand, die herangeklebten Stuckverlogenheiten, die Türmchen, Säulen, Monarchenbüsten, Karyatiden und Erker herabzuschlagen, und mit wenig Mitteln hat das Haus ein neues Kleid, die moderne Fassade. Ach, es ist nur ein Kleid, es ist nur Fassade. Es bleibt eine Lüge. Die Verhältnisse der Fenster, der Stockwerke lassen sich nicht ändern, hier sitzt ein Barockportal aus imitierter Schmiedearbeit, dort führt eine Renaissancetür in ein Treppenhaus voll imitierter Marmorsäulen, hinter der modernen Fassade bleiben die Zimmer mit den Stuckdecken, den mit den tollsten Verzierungen überladenen Oefen. Aenderung der Gesinnung? Leider nicht. Nur die Lüge hat sich geändert, auch sie wurde auf modern frisiert. Es hilft schon nicht, man muß neu bauen, wo es möglich ist. Gelegenheiten gibt es. Man spricht so oft von einer Neubelebung der Friedrichstadt.

So sah es früher —

— so sieht es heute aus!

Sicher ist es notwendig, viele Geschäftsbauten, den erhöhten Zeitansprüchen zu genügen, zweckmäßig umzugestalten. Der Anfang ist gemacht.

Wir berichteten vor einiger Zeit unter dem Titel: „Das Haus fällt, die Apotheke bleibt" von so einer Umwandlung eines Geschäftshauses in der Friedrichstraße. Jetzt können wir die beiden Häuser gegenüberstellen. Das alte dreistöckige Haus der Viktoria-Apotheke ist niedergerissen. An seiner Stelle steht ein moderner Geschäftsbau, der gleich für seine Hauptmieter aus der Filmindustrie zugeschnitten ist. Der Bau ist siebenstöckig geplant und wird bei Bedarf aufgestockt. Ein provisorisches Holzdach deckt ihn jetzt. Die Fenster, in breiter, ruhiger Gliederung zusammengefaßt, lassen Raum für Reklameschrift. Hier entspricht die Fassade dem inneren Zweck, hier ist sie Symbol der neuen Zeit.

Das deutsche Kraftfahrstraßennetz.

Die notwendigen Verbesserungen.

Auf der 4. Hauptversammlung des Deutschen Straßenbauverbandes, die in der Technischen Hochschule am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche abgehalten wurde, hielt der Präsident des Verbandes, Eutin, ein Referat „Der Weg zur Schaffung eines deutschen Kraftfahrstraßennetzes". Aus seinen Ausführungen geben wir einiges allgemein interessierendes Material wieder.

In dem Kreise der deutschen Straßenbauverwaltungen, und auch bei den deutschen Kraftfahrern herrscht völlige Einstimmigkeit darüber, daß der deutsche Kraftverkehr nur bestehen und sich entwickeln kann, wenn die vorhandenen Landstraßen seinen Zwecken durch möglichst vollkommene Ausgestaltung dienstbar gemacht werden. Auch die eifrigsten Vorkämpfer für den Ausbau von reinen Autostraßen haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die autoreife Ausgestaltung unserer bestehenden Landstraßen die Grundbedingung für die etwaige spätere Schaffung von reinen Autostraßenzügen bilde. Der Kraftwagen ist das unentbehrliche Verkehrsmittel des modernen Wirtschaftslebens geworden. Unglaublich weit verästelt ist schon jetzt das Netz der Wege, die der Kraftwagen befährt und befahren muß, wenn er seine Wirksamkeit voll entfalten soll. Bis in die entlegensten Ortschaften dringt er hinaus. Mit dem Bau einiger noch so vollkommener reiner Autostraßenzüge allein wäre dem deutschen Kraftverkehr nicht gedient. Der Ausbau der bestehenden Straßen ist auch eine Aufgabe, die in absehbarer Zeit gelöst werden kann, denn sie erfordert an sich beträchtliche, aber für die erreichbaren Verbesserungen verhältnismäßig bescheidene Mittel. Das schließt nicht aus, daß in absehbarer Zeit einige kürzere Nurautostraßen, etwa zwischen einzelnen benachbarten Brennpunkten des Verkehrs entstehen können.

Drei Jahre sind ins Land gegangen, seitdem überall in Deutschland der Ausbau der Staats- und Provinzialstraßen für die Zwecke des Kraftverkehrs planmäßig in Angriff genommen worden ist. Eine Reihe gelungener Straßenumbauten zeigt, wieviel sich auf diese Weise aus dem guten Kern unserer großen Landstraßen für die Bedürfnisse des Kraftwagens herausholen läßt. Die Mittel hierzu lassen sich erschwingen, wenn auch fernerhin die Kraftfahrzeugsteuer in angemessener Höhe dem Straßenbau zufließt. Gute Straßen sind auch notwendig für die Entwicklung der Kraftfahrlinien. Dieses neue, allgemeine Verkehrsmittel zeigt immer deutlicher seine Bedeutung für eine Gesundung unseres Siedlungswesens. Seit etwa Jahresfrist ist ein gewaltiges Anwachsen der Kraftfahrlinien festzustellen. Zahlreichen abgelegenen Ortschaften, die den Bau einer Neben- und Kleinbahn nie erhoffen konnten, erscheint der Kraftwagen und Autobus als Retter aus einer bitter empfundenen Verkehrsnot. Er ist um so willkommener, weil er häufigere und raschere Fahrgelegenheit bietet als eine untergeordnete Eisenbahn.

Scharfe Krümmungen sind für den Kraftverkehr sehr lästig und vor allem sehr gefährlich. Mindestens ebenso wichtig wie die Abflachung der Kurven ist in vielen Fällen auch die Erweiterung der Sicht durch Beseitigung von Bergnasen, von Bäumen und Gebüschen. Der gemischte Verkehr von Kraftwagen und Gespannen wickelt sich auf den umgebauten Straßen glatt ab. Der gewerbliche Verkehr bedient sich schon jetzt vor allem des Kraftfahrzeuges. Wo der Zugtiergespannverkehr mit dem Kraftverkehr kollidiert, wäre notwendig, durch Ausbau der Nebenstraßen den Zugtiergespannverkehr auf Nebenwegen abzulenken. Wichtig ist auch für die Bewegungsfreiheit des Kraftwagens die Ausschaltung von verkehrshindernden Ortsdurchfahrten durch Umgehungs- oder Entlastungsstraßen. Hierfür sprechen auch die Interessen derartiger Ortschaften selbst, denn die Belästigung und Gefährdung ihrer Bewohner durch den Kraftverkehr überschreitet schon jetzt häufig das erträgliche Maß. Solche Umgehungsstraßen müssen, soweit sie nicht ganz unangebaut bleiben können, gegen eine unzweckmäßige Bebauung mit neuen Gebäuden geschützt werden. Dies ist nicht nur für den durchgehenden Kraftverkehr sehr wichtig, sondern ebensosehr für den örtlichen Verkehr. Bei einer solchen Breite ist es möglich, den durchgehenden Kraftwagenverkehr von dem Ortsverkehr zu trennen, indem zu beiden Seiten einer Mittelbahn besondere Wege für den Ortsverkehr angelegt werden.

Der Einbrecher unter dem Bett.

Feuergefecht in der Brandenburgstraße.

Zu einem aufregenden Vorfall kam es gestern nachmittag in dem Hause Brandenburgstr. 48. Hier bewohnt im 4. Stock ein Kaufmann Kleemann mit seiner Familie eine geräumige Wohnung. Als gestern gegen 17 Uhr der Hausherr in das Schlafzimmer kam, sah er plötzlich unter einem Bett einen Fuß hervorragen. Er forderte den Mann, dem er gehörte, auf, herauszukommen, nachdem er aus dem Nachttisch einen Revolver an sich genommen hatte.

Der Eindringling trock auf die Aufforderung auch hervor, feuerte aber sofort auf den Kaufmann, glücklicherweise, ohne zu treffen. Kleemann erwiderte das Feuer, flüchtete dann aber mit seinen Angehörigen aus der Wohnung und benachrichtigte schleunigst das 105. Revier. Schupo- und Kriminalbeamte, die alsbald herbeieilten, konnten sich nur mit Mühe den Weg durch die große Menschenmenge bahnen, die auf die Schießerei hin im Nu zusammengeströmt war. Der Eindringling hatte die Wohnungstür verrammelt und beantwortete die Aufforderung der Beamten, herauszukommen und sich zu ergeben, mit den Worten: „Ich denke nicht daran." So blieb den Beamten nichts weiter übrig, als sich mit Gewalt Eintritt zu verschaffen. Ein Beil, um die Tür einzuschlagen, war bald zur Stelle geschafft. Der Einbrecher, der merkte daß man ihn auf alle Fälle herausholen werde, schoß wiederholt durch die Tür, traf aber wieder zum Glück niemanden, obwohl Flur und Treppe voller Menschen waren. Man schickte sich gerade an, die Tür einzuschlagen, als der Mann sie öffnete, den leergeschossenen Revolver hinauswarf und mit aufgehobenen Händen hinaustrat, um sich auszuliefern. Er wurde sofort festgenommen und auf die Revierwache gebracht. Hier stellte man ihn fest als einen 22 Jahre alten Heinz Puschmann, der aus Striegau in Schlesien stammt. Der junge Mann hält sich seit einem halben Jahre wohnungslos in Berlin auf. Wie er angibt, hatte er sich bereits am Donnerstag abend in die Wohnung des Kaufmanns eingeschlichen und die Nacht über dort verborgen gehalten. Durch Herumfragen in der Nachbarschaft hatte er ausgekundschaftet, daß dort Geld zu holen sei. Aus seinem Versteck heraus wollte er die Familie beobachten und belauschen und seine so gemachten Erfahrungen zu späteren Erpressungen benutzen. Allem Anschein nach ist Puschmann auch der

Die Silberschwärme

Von Rex Beach [Nachdruck verboten

65]

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Koppel

„Das Land ist anders, die Menschen aber sind ähnlich wie die in Chikago. Man kann überall gewissenlose Männer und uneigennützige Frauen treffen."

Mildred sandte ihr einen eiskalten Blick und betrachtete sie von Kopf bis Fuß.

„Und umgekehrt. Aber Sie haben mehr Erfahrung als ich." Mit einem gleichgültigen Kopfnicken setzte sie ihren Weg zum Boot fort, wo ihre Freunde bereits versammelt waren. Sie war zornig und ihr Stolz war verletzt, weil sie dieser Frau ihre Ueberlegenheit nicht hatte zeigen können. Wer war diese Cherry Malotte? Was trieb sie hier? Warum hatte Boyd ihr niemals von dieser seltsamen Intimität erzählt? Sie erinnerte sich, daß er sie mehr als einmal verteidigt hatte. Sie beschloß, der Sache ein Ende zu machen. Boyd mußte entweder Cherry aufgeben oder —

Neben der Anlegestelle des Bootes stand Alton Clyde mit dem jüngsten Fräulein Berry. Sie zog ihn beiseite und sprach mehrere Minuten mit ihm.

„Gut," sagte er schließlich, „ich bin natürlich froh, mich aus der Affäre zu ziehen, das übrige hängt von Ihnen ab."

Mildreds Lippen waren weiß und ihre Stimme war hart als sie sagte: „Man hat mich lange genug zum Narren gehalten, ich habe die Sache satt."

Clyde machte einen schwachen Versuch, ihr zu widersprechen. „Sie irren sich dennoch vielleicht," sagte er, „und mir gefällt die Sache nicht recht."

Sie aber machte eine zornige Bewegung und sagte: „Ueberlassen Sie das mir."

Boyd blieb die ganze Nacht auf seinem Posten, während das Fabrikgebäude unter den arbeitenden Maschinen und dem Keuchen der Oefen erbebte. Als der Abend hereinbrach, war er auf das Dock hinausgegangen und hatte reuevoll zu den blitzenden Lichtern der „Grande Dame" hinübergeblickt, war dann aber trotzig zu seiner Arbeit zurückgekehrt. Er hätte Mildred gern einen Boten gesandt, konnte aber keinen einzigen Mann entbehren.

Am nächsten Morgen um zehn Uhr war er in sein Zimmer getaumelt, mehr tot als lebendig. Die letzte, ungenügend arbeitende Maschine war repariert, der letzte Schaden ausgebessert, und die Fabrik hatte ihre volle Leistungsfähigkeit erreicht. Jetzt konnte jedes Quantum Fische eingeliefert werden, alles andere hing nur von Kohlen und Eisen und menschlicher Ausdauer ab. Jetzt wollte er schlafen.

Spät am Nachmittage erwachte er aus einem totenähnlichen Schlaf, noch erschöpft nach der langen Anspannung, mit schmerzenden Gliedern. Sein Herz aber war voll Freude. Der große George war noch bei der Falle, und der unaufhörliche Lärm, der von dort herübertönte, sagte ihm, daß die Fische immer noch hereinströmten. Als er seine Mahlzeit fast beendigt hatte, erschien ein Aufseher in der Tür und sagte: „Am Dock hat eine Barkasse mit einigen Leuten angelegt, die Sie sprechen wollen."

„Führen Sie sie ins Kontor." Boyd erhob sich und als er ins Kontor kam, stand er Wayne Wayland und Willis Marsh gegenüber.

Wayland nickte ihm nur kurz zu, und Marsh begann: „Wir haben von Ihrem Erfolg gehört, und Herr Wayland ist hergekommen, um Ihre Fabrik zu besichtigen."

„Sie ist nicht käuflich."

„Wieviele Fische haben Sie verarbeitet?"

„Das ist meine Sache." Er wandte sich an Herrn Wayland: „Ich bin überrascht, Sie hier zu sehen. Haben Sie mich noch nicht genug beleidigt?"

„Warten Sie, bevor Sie mir die Tür weisen. Ich bin Aktionär in diesem Unternehmen und will mein volles Recht haben."

„Sie Aktionär? Wieviele Aktien besitzen Sie? Von wem haben Sie sie bekommen?"

„Ich besitze Aktien im Wert von fünfunddreißigtausend Dollar." Herr Wayland warf einen Haufen Wertpapiere auf den Tisch. „Ich sagte Ihnen ja, daß Sie noch von mir hören würden."

„Clyde hat seine Aktien verkauft!" rief Boyd.

„Ja, ich kaufte ihm seine Aktien für zehntausend Dollar ab, und übernahm die fünfundzwanzigtausend Dollar, die Mildred Ihnen seinerzeit gegeben hat."

„Mildred!" Emerson fuhr zurück, als ob er einen Schlag erhalten habe. „Sind Sie verrückt? Mildred — ich begreife nicht — ich ahnte nicht, daß sie es war, die Clyde die fünfundzwanzigtausend Dollar gegeben hat. Und was beabsichtigen Sie jetzt zu unternehmen? Sie besitzen nur eine geringe Anzahl Aktien, meine Kompagnons und ich haben nach wie vor die Kontrolle über das Unternehmen."

„Ihre Kompagnons! Wer sind sie? Ein gesetzloses Individuum, das Willis Marsh offenkundig mit Mord bedroht hat, und ein liederliches Frauenzimmer, das sich unter Goldgräbern herumgetrieben und sogar eine Spielbank gehalten hat."

„Woher wissen Sie das?" fuhr Emerson auf.

„Ich habe mich nach ihrer Vergangenheit in Seattle erkundigt," fiel Marsh ein, „sie hat einen sehr schlechten Ruf, und ihre Beziehungen zu Ihnen hat denselben auch nicht gerade verbessert. Man weiß in Seattle, auf welche Weise sie Bankdirektor Hilliard bearbeitet hat, damit er Ihnen das Geld leihen sollte."

„Ich bin nicht hergekommen, um über den Ruf dieser Frau zu diskutieren," unterbrach Wayland sie. „Aber man hat einen Namen für einen Mann, der von Frauen dieser Art Geld annimmt. Wundert es Sie, daß ich meine Tochter mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln gegen einen solchen Mann schützen will?"

Boyd stand wie von Entsetzen gelähmt. Er zweifelte an Waylands Verstand. Er suchte nach Worten, und schließlich sagte er: „Sind Sie hergekommen, um mir das zu sagen?"

„Ja. Ich bin hergekommen, um Ihnen von Mildred die Mitteilung zu machen, daß sie ihre Verlobung als aufgehoben betrachtet."

„Eine Mitteilung dieser Art nehme ich nur aus ihrem eigenen Munde entgegen. Ich werde ihr alles erklären."

„Auf diese Antwort war ich gefaßt." Mit zitternden Händen warf er Emerson einen Brief hin. „Lesen Sie!"

Emerson zerriß den Umschlag und las folgende Zeilen, die mit einer Handschrift geschrieben waren, die er nur zu gut kannte.

Lieber Boyd. Ich bin nach und nach zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir uns geirrt haben. Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, wir wollen uns alle Unannehmlichkeiten ersparen. Ich weiß, was Vater dir sagen will, und ich bin einig mit ihm. Glaube mir, es ist der einfachste Weg, um unsere Sache zu ordnen.

Mildred.

(Fortsetzung folgt.)

Absender einer Reihe von anonymen Drohbriefen, die Kleemann und seine Angehörigen in letzter Zeit erhielten und die sie sich nicht erklären konnten. Ob seine Angaben der Wahrheit entsprechen, bedarf noch der Nachprüfung. Der Vorfall hatte in der Gegend das größte Aufsehen erregt und bildete bis in den Abend hinein das allgemeine Gesprächsthema. Puschmann wird dem Polizeipräsidium eingeliefert werden.

Nur noch Skelette.

Durch Kokain zugrunde gerichtet.

Vier menschliche Wracks wurden gestern — Freitag früh — von Kriminalbeamten in einer Fremdenherberge der Innenstadt aufgefunden, ein Apothekerlehrling, ein Kaufmann und zwei Arbeiter. Beamte der Dienststelle E. 7 hatten alle vier schon einmal betroffen, als sie „Koks" kauften. Damals waren es noch frische Burschen. Sie wurden verwarnt und auf die Gefährlichkeit des Rauschgiftgenusses hingewiesen und versprachen auch hoch und heilig, daß sie davon ablassen würden.

Dieses Versprechen haben sie aber nicht gehalten. Im Gegenteil, sie haben sich der unheimlichen Droge so ergeben und sich dadurch in einem Maße heruntergebracht, daß die Beamten sie kaum wiedererkannten. Alle vier waren nur noch Skelette. Augen und Nase tränten ohne Unterbrechung, Arme und Oberschenkel waren mit Abszessen bedeckt, weil sie das Gift nicht nur geschnupft, sondern auch eingespritzt hatten. Die früher so kräftigen jungen Leute waren so schwach, daß sie sich kaum noch auf den Beinen halten und nur mit Mühe nach dem Polizeipräsidium gebracht werden konnten. Sie gehören zu denen, die hoffnungsvoll aus der Provinz nach Berlin kamen, weil sie glaubten, daß hier leicht Arbeit zu finden sei, und dann bald die schwerste Enttäuschung erleben und arbeitslos auf der Straße liegen. Die jungen Leute pflegen dann Fremdenherbergen aufzusuchen, um noch ein Unterkommen zu finden. Wenn ihre wenigen Groschen aufgezehrt sind, so gehen sie auf die Höfe singen oder auch betteln. Hierbei und in den Herbergen selbst geraten sie in verkehrte Hände und verfallen dem Laster. Nachdem sie einmal gegen erbetteltes Geld oder andere Sachen Kokain eingetauscht hatten, konnten sie es bald nicht mehr entbehren. Es kam so weit, daß sie das Geld, was sie auf den Höfen ersangen oder erbettelten, nicht mehr für Nahrungsmittel, sondern ausschließlich für das Rauschgift ausgaben. Die ersten geringen Mengen verschrieben ihnen zwei Aerzte. Von diesen erhielten sie dann weitere Rezepte, die sie, um immer mehr zu bekommen, auch noch fälschten. Gegen die beiden Aerzte ist ein Strafverfahren eingeleitet worden, ebenso gegen den Apotheker, der die Fälschungen hätte erkennen müssen. Die jungen Männer wurden, nachdem sie auf dem Polizeipräsidium vernommen worden waren, vorläufig dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Dieses wird sich mit ihren Eltern in Verbindung setzen, damit sie in die Heimat zurückkommen.

Zur Bluttat von Arensdorf.

Der „geisteskranke" Mörder.

Die Beobachtungen des vor acht Wochen in eine Irrenanstalt übergeführten Mörders Schmelzer, der im Juni in Arensdorf auf eine Gruppe fahrender Reichsbannerleute mehrere Schüsse abgab und zwei Todesopfer auf dem Gewissen hat, sind — wie der „Soz. Pressedienst" erfährt — jetzt abgeschlossen. Schmelzer ist inzwischen wieder in das Untersuchungsgefängnis Frankfurt an der Oder eingeliefert worden. Die ärztlichen Gutachten sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Es verlautet, daß in ihren wesentlichen Punkten die Berufung Schmelzers auf den § 51 des Strafgesetzbuches (Unzurechnungsfähigkeit) als nicht zu Recht bestehend nachgewiesen wird.

Wieder Radau im Apollo-Theater.

Im Apollo-Theater kam es gestern abend zu turbulenten Szenen. Die Vorstellung wurde plötzlich abgebrochen, als den Schauspielern bekannt wurde, daß die ihnen versprochenen Gagen nicht gezahlt würden. Die erregten Theaterbesucher, die ihr Geld zurück haben wollten und eine drohende Haltung einnahmen, wurden von der Polizei zerstreut.

Die Vollmacht eines Geisteskranken.

Interessante Rechtsfragen wurden vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I, die unter Vorsitz des Landgerichtsrats Nimbach tagte, aufgerollt. Ein Möbelfabrikant D. war vom Schöffengericht wegen Wechselfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sein damaliger Verteidiger hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und diese auf das Strafmaß beschränkt. Inzwischen war der Angeklagte durch Medizinalrat Dr. Störmer auf seinen Geisteszustand untersucht und für geisteskrank erklärt worden. Der Staatsanwalt stellte sich in der Berufungsverhandlung auf den Standpunkt, daß die Berufung schon deshalb verworfen werden müsse, weil ein Geisteskranker Vollmacht zur Einlegung der Berufung erteilt habe, und daß deshalb keine rechtsgültige Vollmacht vorliege. Der für die zweite Instanz bestellte neue Verteidiger stellte sich auf den Standpunkt, daß bei der Vollmachterteilung durch einen Geisteskranken die zivilrechtliche und die strafrechtliche Seite streng auseinandergehalten werden müßten. In strafrechtlicher Beziehung sei aus öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten die Vollmacht eines Geisteskranken rechtsgültig. Die Berufungskammer schloß sich diesem Standpunkt an. Eine weitere rechtliche Schwierigkeit ergab sich daraus, daß der erste Verteidiger die Berufung auf das Strafmaß beschränkt hatte. Der neue Verteidiger machte aber geltend, daß ein Auftrag des Geisteskranken zur Beschränkung der Berufung, die eine Nachprüfung seiner Zurechnungsfähigkeit unmöglich gemacht haben würde, nicht vorgelegen habe. Der frühere Verteidiger habe ohne Auftrag des Angeklagten und gegen dessen Willen die Berufung beschränkt. Auch nach dieser Richtung hin hatte die Verteidigung Erfolg, und der Angeklagte wurde aus § 51 freigesprochen.

Papier und Preßkohlen statt Wäsche.

Mit einem alten Trick arbeitet wieder ein Schwindler in Neukölln. Gestern vormittag wurde eine Frau aus der Delbrückstraße an der Ecke Richard- und Schönweider Straße von einem Manne angesprochen, der ihr Bettwäsche anbot. Ein verschnürtes Paket, das er bei sich trug, sollte fünf große und fünf kleine Bezüge enthalten und nur 15 Mark kosten. Weil die Frau Wäsche brauchte, so ging sie auf den Handel ein, öffnete auf einem Hausflur das Paket an einer Stelle und glaubte auch, 10 Bezüge darin zu sehen. Sie zahlte die 15 Mark, ging hocherfreut nach Hause und entdeckte dort, daß ihr Einkauf nur aus einem einzigen Stück Leinwand, einem Packen Papier und 5 Preßkohlen bestand. Der Schwindler ist etwa 30 Jahre alt, hat ein rundes Gesicht und einen schwarzen Schnurrbart und trug ein schwarzen Schlapphut und einen dunklen Anzug. Bei sich hatte er einen gelben Koffer mit Messingbeschlag. Er spricht Berliner Mundart.

Ein Achtzigjähriger. Christoph Eidinger, auch einer der alten Garde der Partei, wird heute achtzig Jahre alt. Er wurde 1847 zu Kepproden, Ostpreußen, geboren. 1872 kam er zur Partei, der er seitdem ununterbrochen angehört. Im Jahre 1878, zur Zeit des Sozialistengesetzes, wohnte er mit seiner Familie in Königsberg i. Ostpr. Seine Kampfnatur wirkte sich erst recht gerade unter diesem Gesetz aus. Er wurde dann auch gemaßregelt. Da ihm niemand mehr Arbeit gab, mußte er mit seiner Familie Königsberg verlassen. Er wandte sich nach Berlin, um hier noch mit größerem Eifer für die Partei zu wirken. Trotz seines hohen Alters geht er noch heute seiner Beschäftigung als Tischler nach. Nach wie vor beteiligt er sich, einer der regsten, im 28. Bezirk der 92. Abteilung an der Kleinarbeit. Wir bringen dem alten wackeren Kampfgenossen unsere besten Wünsche dar und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möchte, im Kreise seiner Lieben und seiner Parteigenossen zu leben und zu wirken.

Die Flugzeugkatastrophe bei Schleiz.

Sechs Todesopfer. Die Ursache noch nicht festgestellt.

Schleiz, 23. September.

Das furchtbare Flugzeugunglück, dem die Berlin-Münchener Maschine der Deutschen Lufthansa bei Schleiz zum Opfer gefallen ist, hat, wie jetzt feststeht, insgesamt sechs Todesopfer gefordert, denn auch der Bordmonteur Feiler, der ursprünglich als einziger von allen Insassen nur schwer verletzt sein sollte, wird jetzt als tot gemeldet. Im übrigen erfahren wir über diese Katastrophe, die schwerste seit dem Bestehen der deutschen Verkehrsfliegerei, folgende Einzelheiten:

Bei ziemlich günstigem Flugwetter hatte der Dornier-Merkur auf seinem gewohnten Kurs von Leipzig kommend um 9,50 Uhr die Stadt Schleiz überflogen und nahm Richtung auf Bayreuth. Die Maschine flog über der Stadt anscheinend ganz ruhig in einer Höhe von 600 bis 700 Meter, der üblichen Flughöhe beim Passieren des Thüringer Waldes. Kurz hinter der Stadt wollen aber bereits Landleute, die auf den Feldern beschäftigt waren, bemerkt haben, daß irgend etwas an dem Flugzeug nicht in Ordnung war, und einige Augenzeugen behaupten, daß an der linken Tragfläche etwas geflattert habe, als ob dort irgendeine Beschädigung, vielleicht ein Lösen der Verbindungsklappe, eingetreten sei. Von unten hatte es den Anschein, als ob aus diesem Grunde der Pilot zu einer Notlandung ansetzen wollte, denn die Maschine neigte sich etwas, als wenn sie zum Gleitflug ansetzen wolle. Im nächsten Augenblick sahen aber die Leute zu ihrem Entsetzen, daß der Eindecker sich völlig auf den Kopf stellte und, sich mehrmals um seine Längsachse drehend, mit furchtbarer Geschwindigkeit senkrecht abstürzte. Mit lautem Krach prallte die Maschine etwa 150 Meter von der Hauptchaussee Leipzig—Hof, etwa 15 Minuten Wegs südlich von Schleiz, auf einem Gelände auf, das den Namen „Auf der Seng" trägt. Der vordere Teil des Flugzeugrumpfes mit dem Motor bohrte sich tief in den Ackerboden ein, wobei die Maschine völlig in Trümmer ging. Nach einer sich auf den Bericht eines Augenzeugen stützenden Meldung soll das linke Tragdeck noch in der Luft abgebrochen sein. Tatsächlich wurde die Fläche in verhältnismäßig wenig beschädigtem Zustande etwa 30 Meter von den übrigen Trümmern entfernt aufgefunden. Die zur Hilfe Herbeieilenden, die sofort die Polizei und Aerzte in Schleiz alarmierten, mußten bald erkennen, daß jeglicher Beistand für die meisten Insassen zu spät kam. Fürchterlich verstümmelt lagen die vier Fluggäste in den Trümmern der Kabine, während der Pilot und der Bordmonteur auf dem Führersitz eingeklemmt waren.

Ein Augenzeugenbericht.

Wie Augenzeugen zu dem heutigen Flugunglück bei Schleiz berichten, konnte bereits, als das Flugzeug von Norden nach Süden die Stadt Schleiz überflog, festgestellt werden, **daß der linke Flügel des Flugzeuges stärker herabhing als der rechte.** Man sah dann plötzlich, wie das Flugzeug anfing zu trudeln und wie der Führer augenscheinlich nach einem günstigen Landeplatz suchte, bis die Maschine **aus steiler Höhe abstürzte.** Landwirte, die in der Nähe des Lustschlößchens Heinrichsruhe an der Straße Schleiz—Hof arbeiteten, sahen, wie sich das Flugzeug unweit der Straße tief in den Ackerboden einbohrte und wie im nächsten Augenblick eine **Explosionsstichflamme** emporschoß, um dann allerdings bald zu verlöschen. Von allen Seiten eilte Hilfe heran. Die Schleizer Polizei nahm die notwendigen Absperrungsmaßnahmen vor. Die herbeigeeilten Aerzte konnten jedoch keine Hilfe mehr bringen. Der Anblick der Unfallstelle bot ein grauenerregendes Bild: Ein Haufen wild durcheinandergemischter Gestänge. 22 Meter abseits lag der abgebrochene Flügel. Die Mittagsstunden brachten von allen Seiten starken Zulauf: mit Rad, Wagen und Auto eilten Schaulustige herbei.

Die Untersuchung der Katastrophe.

Schleiz, 23. September.

Gegen 7 Uhr abends gelang es, auch den Piloten und den Bordmonteur des verunglückten Flugzeuges aus den Trümmern herauszuziehen, so daß nunmehr alle Leichen geborgen sind. Sie werden im Laufe des Abends nach der städtischen Leichenhalle in Schleiz gebracht. Die Polizei ist gleichzeitig damit beschäftigt, die bei den Toten gefundenen persönlichen Ausweise und Wertsachen zu ordnen. — Nachdem bereits im Laufe des Nachmittags Ministerialrat Mühlig-Hofmann vom Reichsverkehrsministerium an der Unglücksstelle eingetroffen ist, kamen gegen Abend auch zwei Vertreter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Schleiz an. Sie begannen sofort mit der Untersuchung der Flugzeugtrümmer, um die Ursachen des Unglücks aufzuklären. Bis jetzt läßt sich nur sagen, daß die Untersuchung außerordentlich schwierig ist. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Kommission naturgemäß der abgebrochenen Tragfläche des Flugzeugs, die etwa 20 bis 30 Meter vom Hauptteil des Flugzeugs entfernt liegt. Es steht jedoch schon fest, daß die Augenzeugenberichte, wonach der Flügel bereits in der Luft abgebrochen sei, mit größter Vorsicht aufgenommen werden müssen. Jedenfalls hat der bisherige Befund der Sachverständigen einen Beweis für diese Annahme noch nicht erbracht. Die Maschine ist offenbar aus einer Höhe, für die die Angaben zwischen 150 und 300 Meter schwanken, abgestürzt. Sie hat sich dann mit der Spitze unter furchtbarem Aufprall in den Boden eingegraben. Auch die Berichte, daß der Propeller erst in der Luft zersplittert sei und eine Strebe zerschlagen habe, werden zunächst als nicht bewiesen angesehen. Man neigt vielmehr der Auffassung zu, daß der Propeller erst auf dem Erdboden zersplittert sei. Dafür sprechen auch durchaus die starken Erdkrusten an den gefundenen Propellerteilen. Da es gegen 7 Uhr abends bereits sehr stark dunkelte, mußte die Untersuchung abgebrochen werden. Sie wird morgen fortgesetzt. Irgend etwas Endgültiges läßt sich nach der Angabe der Sachverständigen vor morgen überhaupt nicht sagen, wenn es überhaupt gelingt, die wirkliche Ursache des Unglücks aufzuklären. Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Trümmer des Flugzeugs mit Beschlag belegt, bis die Untersuchungen der Sachverständigen abgeschlossen sind. Im Laufe des Abends wurde die Unglücksstelle von der Polizei in weitem Kreis durch einen provisorischen Zaun abgesperrt.

*

Wie die Deutsche Lufthansa mitteilt, hat sie sofort nach Bekanntwerden des Flugzeugunglücks drei Flugzeuge an den Unglücksort abgeschickt, um den völlig unerklärlichen Grund des Unfalls zu untersuchen.

Die Dornierwerke zu dem Flugunglück.

Bei den Dornier-Metallwerken in Friedrichshafen hält man es, wie eine telephonische Rückfrage der Telegraphenunion ergibt, für ausgeschlossen, daß das Unglück bei Schleiz durch einen Flügelbruch verursacht worden sei. Die Dornier-Werke schicken daher noch heute einen Ingenieur zur Unfallstelle, der genaue Feststellungen machen soll. Wenn tatsächlich ein Flügelbruch die Ursache des Unglücks sein sollte, so könne dies jedenfalls nicht auf die Konstruktion des Flugzeuges zurückgeführt werden, sondern könne nur **auf einen Vorbereitungsfehler vor dem Start** beruhen. Es sei daher nicht ersichtlich, weshalb im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten der Typ und der Hersteller des Flugzeuges in der Unglücksmeldung ausdrücklich genannt worden seien.

Zum Tode v. Maltzans.

Die Nachricht in Washington und Genf.

Washington, 23. September.

Staatssekretär Kellogg würdigte auf die Nachricht von der Flugzeugkatastrophe bei Schleiz hin die Verdienste des dabei ums Leben gekommenen deutschen Botschafters v. Maltzan in warmen Worten. Er führte unter anderem aus: v. Maltzan hat hier in Washington seine Fähigkeiten bewiesen, wie er sie schon vorher in Berlin bewiesen hatte. Was er hier in den Vereinigten Staaten außerhalb seiner Amtspflichten noch anstrebte, war, erneut herzliche Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu schaffen. Seine Bemühungen waren in hohem Maße von Erfolg gekrönt. In den ganzen Vereinigten Staaten war er eine allgemein bekannte und beliebte Persönlichkeit.

Genf, 23. September.

Die Nachricht von dem Absturz des Botschafters v. Maltzan wurde im Laufe der heutigen Mittagsstunden hier bekannt. Die Nachricht ist von sämtlichen Mitgliedern der deutschen Delegation mit tiefster Erschütterung und größter Teilnahme aufgenommen worden. Dr. Stresemann selbst weilte zu Mittag bei der belgischen Delegation zum Frühstück und erhielt die Nachricht erst spät. In Kreisen der Delegation weist man einheitlich auf den außerordentlich schmerzlichen Verlust hin, den die deutsche diplomatische Vertretung im Auslande durch den Tod des Botschafters erlitten hat. Wie verlautet, hatte der Botschafter v. Maltzan ursprünglich die Absicht, sich am 20. d. M. bereits in Hamburg nach Amerika einzuschiffen, da er die Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin Ende des Monats aus dienstlichen Gründen nicht mehr abwarten konnte. Aus bisher noch unbekannten Gründen hatte der Botschafter jedoch diese Absicht aufgegeben und die Flugreise nach München angetreten. Die deutsche Delegation hat auf die Nachricht hin sofort die Teilnahme an sämtlichen Festlichkeiten in Genf abgesagt. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Reichsaußenminister Stresemann seinen Aufenthalt in Genf infolge des Trauerfalles abkürzen wird.

Beileidskundgebungen.

Vom Reichspräsidenten, Reichskanzler und von zahlreichen amtlichen Stellen gingen der Witwe des verunglückten Botschafters v. Maltzan Beileidskundgebungen zu.

Autounglück bei Potsdam. Gestern abend gegen 8 Uhr fuhr der Kaufmann Karl Ramel aus Neukölln, Weserstr. 45, von Werder her im Auto in der Richtung Potsdam. Am Kilometerstein 35 an der Potsdamer Pirschheide kam dem Kraftwagen ein Radfahrer entgegen. Der Führer des Autos bremste mit aller Gewalt. Dabei stürzte der Wagen in den linken Chausseegraben. Der Führer, die Gattin des Kaufmanns und eine andere Insassin des Autos wurden schwer verletzt und in das St. Josephs-Krankenhaus nach Potsdam gebracht. Der Radfahrer, namens Heinrich Luther, der von dem Auto angefahren worden war, wurde ebenfalls schwer verletzt in das Krankenhaus geschafft.

Funkwinkel.

Hermann Kasack beendete seine Vortragsreihe „Köpfe der Dichterakademie" mit den künstlerischen Porträts von Bahr, Halbe, Schönherr, Molo, Kolbenheyer. Bahr ist der Typ eines liebenswerten Literaten, der für alles Neue Begeisterung, aber nicht immer die nötige Kritik aufbringt. Schönherr verdankt seine Berühmtheit den Bühnenwerken „Glaube und Heimat" und „Der Weibsteufel". Max Halbe, Dichter „Jugend", steht ebenfalls über bloßem Unterhaltungsniveau. Walter von Molo, der von Kasack treffend als „Dialektiker der Seele" charakterisiert wurde, ist Schriftsteller im besten Sinne des Worts. Kolbenheyers Epik wurde von Kasack recht hoch eingeschätzt. Der Vortragende kam in der Zusammenfassung seiner Betrachtungen zu dem Schluß, daß es für die Dichterakademie nötig werde, sich zu entscheiden: entweder für Ehrung des Alters oder für Ehrung der Auslese der deutschen Dichtkunst unserer Zeit. Er warf die Frage auf: Wenn heute Hölderlin, Kleist, Büchner lebten, wären sie Mitglieder unserer Dichterakademie geworden? — Eine Vortragsreihe „Politik als Kunst und Wissenschaft" begann Dr. Emil Leimdörfer. Der erste Vortrag „Was ist Politik" war recht unpopulär angelegt. — S. Pfeiffer vertrat in seinen Ausführungen über „Moderne Erziehungsfragen" Ansichten über das „Wesen der Strafe", die nicht den Beifall aller Funkhörer gefunden haben dürften. Der Abend brachte Unterhaltungsmusik, bei der das Einödshofer-Orchester und die sympathische Sopranistin Elsa Schumann mitwirkten. Tes.

Berliner Papiermesse.

Der „Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhändler" hatte zu gestern die Berliner Presse zu einer Besichtigung der 28. Berliner Papiermesse eingeladen. Im Saalbau Friedrichshain haben über 200 Berliner Firmen ihre Waren ausgestellt. Vom einfachsten Briefbogen bis zu den feinsten Kassetten, von der einfachen Buchführung bis zur modernsten Karteibuchführung ist alles aus der Papierausstattungsbranche vertreten. Auch unzählige Neuigkeiten sind zu sehen. Dort wird ein neuer Ordner, dort ein neues mit allen Schikanen ausgestattetes Notizbuch erklärt. Ein Gang durch die einzelnen Stände lohnt sich. Leider wurde, wie so häufig in letzter Zeit, die Presse zu einer Zeit eingeladen, als an den meisten Ständen noch gehämmert und gezimmert wurde. Ueber Kisten und Kasten durfte man hinwegsteigen und sich über jeden Stand freuen, der schon fertig aufgebaut war.

Alt-Berlin. Auf vielseitigen Wunsch beginnt das Bezirksamt Schöneberg wieder mit den Führungen zu den vergessenen Winkeln des ältesten Berlin. Die nächste Führung ist am Sonntag, dem 25. September d. J. Der Schriftsteller Georg Bamberger, der wie bisher die Führungen leitet, läßt in seiner geistvollen und humoristischen Art das Berlin der vergangenen Jahrhunderte und sein Leben und Treiben vor unseren Augen erstehen. Treffpunkt: ½11 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnehmerkarte 50 Pf.

Ab Montag: Verkehrspavillon Unter den Linden. Nachdem das Zentral-Auskunftsbureau des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin in der Neuen Autohalle am Kaiserdamm bereits gelegentlich der Funkausstellung eröffnet wurde, soll jetzt auch das zweite Bureau in der City Berlins dem Verkehr übergeben werden. Wie wir hören, ist der von dem Architekten Dr. Paul Mahlberg geleitete Umbau des früheren Verkaufshäuschens an der Kreuzung der Friedrichstraße und Unter den Linden soweit fertiggestellt, daß seine Inbetriebnahme am kommenden Montag erfolgen wird.

Sozialistische Arbeiterjugend. Die SAJ. Groß-Berlin führt heute, Sonnabend, dem 24. Sept. um 18 und 20 Uhr, in der Festhalle der Ausstellung „Das junge Deutschland" im Park des Schlosses Bellevue (Biergarten, Großer Stern), eine Veranstaltung durch. Neben dem Singkreis der SAJ werden durch die Spielschar einige Szenen aus dem „Sommernachtstraum" von Shakespeare dargeboten. Eintrittspreis für Erwachsene 50 Pfg. Jugendliche 30 Pfg.

Jubiläum. Der Lagerverwalter Hermann Ullenboom, Lichtenberg, Herzbergstr. 26, Leser unseres Blattes, feierte am 20. September sein 25jähriges Arbeiterjubiläum bei der Firma Vereinigte Seifenfabriken Binder u. Keiels.

Der „Bevollmächtigte des Reiches Gottes".

„Zur Wohlfahrt der Menschheit."

Der gestern dem Schöffengericht Mitte zur Aburteilung vorgeführte Rechtskonsulent Frey ist, wie seine 11 Vorstrafen beweisen, ein alter „Kunde" der Strafbehörden und in Moabit gewissermaßen „Stammgast".

Er ist ein Mann von außerordentlicher Körperfülle und hat bei seinen zweifelhaften Geschäften eine vielseitige Wandlungsfähigkeit gezeigt. Bald tritt Frey, der sich als „Dr. jur. Frey-Schilling" ausgibt, als Arzt, bald als Rechtsanwalt auf. Diesmal zeigte er sich in einer neuen Rolle, nämlich als der „Bevollmächtigte des Reiches Gottes". Im Sommer 1924 hatte Frey einen „Prediger" Saumann aus Jena kennengelernt, der früher Kapitän bei der Heilsarmee gewesen war, und nach seinem Ausscheiden von dort zusammen mit einem Professor der Tonkunst und einem anderen „Prediger" die „Deutsche Reisemission" gegründet hatte. Frey wurde beauftragt, ein von diesem Unternehmen herausgegebenes Buch „Sehnsucht und Erfüllung" in Berlin zu vertreiben. Bei den Unterredungen rühmte er sich seiner glänzenden Beziehungen zum Polizeipräsidium und stellte es als sicher hin, daß er der Deutschen Reisemission die Sammelerlaubnis für Berlin beschaffen könnte. Er erhielt eine Vollmacht ausgestellt und auch Vorschüsse für seine Bemühungen. Mit Hilfe von 39 Stempeln, die er aber gefälscht hatte, begann Frey nun eine umfangreiche Sammeltätigkeit in Berlin. Die Einnahmen flossen aber lediglich in seine Tasche. Als ihm die Vollmacht entzogen wurde, machte er sich selbständig und gründete die „Mission des Reiches Gottes zur Wohlfahrt der Menschheit". Er selbst nannte sich „Bevollmächtigter des Reiches Gottes". Auf der Straße und in Straßenbahnen suchte Frey die Bekanntschaft von jungen Mädchen, denen gegenüber er sich als Arzt ausgab, und die er zu Krankenschwestern machen wollte. Zunächst mußten die angeworbenen Frauen aber für ihn sammeln gehen. Auf diese Weise konnte Frey lange Zeit ein sehr bequemes Leben führen. Nebenher beging er auch noch Schwindeleien, indem er von seinen Besitztümern in Amerika sprach und behauptete, mit einer Prinzessin Battenberg dort verheiratet zu sein. Mit Frey war ein gewisser Helmer angeklagt, der zunächst für Frey gearbeitet hatte und dann sich nach dem Beispiel seines Meisters ebenfalls „selbständig" gemacht hatte. Das Schöffengericht verurteilte Frey zu 1½ Jahren Gefängnis und Helmer zu 5 Monaten Gefängnis.

Sylt, die Insel der Kinderheime.

Hinter den hohen Dünen versteckt, zum Teil mitten in den Badeorten, zum Teil fern von den Ortschaften, liegen die Kinderheime, die den Kindern Gaststätte und Zufluchtsstätte zugleich nach dem lungen- und nervenraubenden Stadtwinter sind. Zu nennen sind da die Kindererholungsheime Bethesda, Villa Anna, Dr. Roß und Dr. Koch in Westerland, ferner das einsam, aber um so idyllischer liegende freideutsche Jugendlager Klappholthaf sowie die Kindererholungsstätte der Stadt Mühlheim bei Keitum, das Kinderheim Vogelkoje und nicht zu vergessen das Hamburger Ferienlager Puan Klent im Süden der Insel bei Hörnum. Eine stattliche Zahl, die niemand auf dieser Insel vermutet. Die Kurzeiten dieser Heime, mit Ausnahme des Ferienlagers Puan Klent, das nur während der großen Ferien geöffnet ist, dauern gewöhnlich von April bis spät in den November hinein.

Vorauszuschicken ist, daß für die Unterbringung und Verschickung der Kinder eine groß angelegte Organisation geschaffen worden ist, die sich über das ganze Reich ausbreitet. An der Spitze als Reichszentrale steht der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" in Berlin. Dem Verein stehen für dieses ausgedehnte Arbeitsfeld zur Seite die Stadt- und Landkreise, die städtischen Jugendämter, wohltätige Verbände und sonstige Stellen, die nach den vom Verein herausgegebenen Richtlinien Kinder aufs Land verschicken.

Nach Sylt und der Nordsee im allgemeinen werden wegen der reinen, würzigen und heilkräftigen Seeluft insbesondere solche Kinder verschickt, die tuberkulös oder skrofulös gefährdet sind, außerdem viel bleichsüchtige Kinder und Kinder mit ersten Anzeichen von asthmatischen Leiden und Bronchialkatarrh. Für die Verschickung kommen im allgemeinen auch nur Kinder im schulpflichtigen Alter, d. h. bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres in Frage. Der Erholungsaufenthalt auf der Insel Sylt ist durchschnittlich auf sechs Wochen berechnet, so daß während der genannten Kurzeit sich vier bis fünf Kindertransporte ablösen können. Die genannten Kinderheime können, je nach Größe, oft bis zu 150 Kinder aufnehmen. Die Verpflegung in den Heimen ist reichlich und gut und erfolgt unter ärztlicher Kontrolle nach hygienisch-diätischen Grundsätzen. Um ein richtiges Bild über die Erholung der Kinder zu gewinnen, wird jedes Kind bei der Ankunft und bei der Entlassung vom Inselarzt untersucht und gleichzeitig gewogen.

Die Geldmittel für diesen wichtigen Zweig der Jugendfürsorge werden vom Reich, von den Städten, zum Teil von wohltätigen Vereinen zur Verfügung gestellt oder zum Teil auch durch Sammlungen aufgebracht. Um die hohen Kosten der Verschickung, die allein schon durch die vielen, oft weite Strecken mit der Reichsbahn fahrenden Transporte entstehen würden, einigermaßen niedrig zu halten, gewährt die Reichsbahn für diesen Zweck eine sehr weitgehende Fahrpreisermäßigung (vierten Teil des Fahrpreises vierter Klasse bei Benutzung der dritten Klasse in Personen- und Eilzügen, in Ausnahmefällen auch in Schnellzügen). Eine Fahrt im Schnellzuge z. B. von Berlin nach Westerland kostet bei Inanspruchnahme der Ermäßigung statt 20,70 M. nur 5,20 M.

Die Verschickung der Kinder hat neben der körperlichen und seelischen Erholung auch insofern einen weiteren guten Erfolg, als die hier aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Schichten der Bevölkerung zusammentreffenden Kinder durch das Gemeinschaftsleben die Eigenarten und die Einstellung der Volksgenossen aus dem Süden und Norden, Westen und Osten kennen und verstehen lernen, und der Gemeinschaftssinn außerordentlich gepflegt wird.

Berlin entsandte im Jahre 1926 — die Zahlen für 1927 liegen naturgemäß noch nicht vor — allein 25 239 Kinder. Die Kinderheime auf der Insel Sylt können mit Stolz sagen, daß sie an der Kinderverschickung mit einer stattlichen Zahl von annähernd 3000 Kindern beteiligt sind.

11 Rekruten vom Starkstrom getroffen.

Stockholm, 23. September.

Bei einer militärischen Uebung in der Nähe von Strängnäs in Schweden kamen elf Rekruten beim Anlegen einer Telephonleitung mit einer Hochspannungsleitung von 70 000 Volt in Berührung. Alle elf Soldaten stürzten bewußtlos zu Boden. Ein 21jähriger Wehrpflichtiger starb sofort, während die übrigen zehn in schwer leidendem Zustande in das Lazarett gebracht werden mußten.

Levines Ostflug.

Wien, 23. September.

Levine ist um 18 Uhr auf dem Flugplatz Aspern gelandet.

Der Pariser Gewerkschaftskongreß. Ueber dieses Thema spricht in einer vom Bund der religiösen Sozialisten einberufenen öffentlichen Versammlung Montag, 26. September, 19½ Uhr, in Neukölln, Herthastr. 9 I (Gemeindesaal) Bernhard Göring, der vom Afsl-Bund aus nach Paris delegiert gewesen ist. Eintritt frei.

Eine Hundeausstellung im Luna-Park. Unter dem Titel „Luna, Berliner Rassehundausstellung" veranstaltet am 15. und 16. Oktober der Verein „Hektor", Gesellschaft der Hundefreunde und Arbeitsgemeinschaft Berliner Rassehundvereine, eine große Ausstellung aller Rassen. Dieser angeschlossen werden fünfzehn Sonderausstellungen der verschiedenen Vereine zur Schau kommen. Staats- und Ehrenpreise werden vergeben und ebenso Championate und Siegertitel. Gemeldet werden dürfen nur Hunde, die in die Zuchtbücher von Rassehunden (Kartell) eingetragen sind. Als Meldeschluß ist der 6. Oktober vorgesehen. Die Geschäftsstelle, an welche Meldungen und Anfragen zu richten sind, leitet Hermann Schlaffke, Berlin, Oranienburger Straße 68.

Sport.

Ringkämpfe im Sportpalast.

Den Entscheidungskampf Steinke-Stettin gegen F. Kawan-Wien konnte am Mittwoch abend der Stettiner nach 38 Minuten zu seinen Gunsten entscheiden. Schulz-Hamburg und der Elberfelder Kunst trennten sich unentschieden; mit demselben Ergebnis schieden Pinetzki-Posen und der Holländer van Riel. In der Rekordzeit von 58 Sekunden warf der Pole Sztekker den Westfalen Naber durch Untergriff mit Mühle. Der Berliner Gockisch und der Wiener Pereles lieferten am Donnerstag im Entscheidungskampf ein sehr abwechslungsreiches Treffen, daß nach 45 Minuten der Berliner gewann. Steinke-Stettin und der Hamburger Schulz konnten in den beiden ersten Gängen noch keine Entscheidung erzielen. Van Riel-Holland zeigte sich dem Westfalen Naber überlegen und besiegte ihn nach 5 Minuten durch Untergriff. Leskinowicz-Lettland hatte in dem 50 Pfund leichteren R. Grüneisen einen ebenbürtigen Gegner. Erst nach einer Stunde Gesamtkampfdauer mußte der Schweizer durch Ueberwurf seine Niederlage hinnehmen.

Im Jiu-Jitsu-Herausforderungskampf Kawamura-Japan gegen den starken Tschechen Prochaska zwang ersterer seinen Gegner nach 13 Minuten zur Aufgabe. Am Donnerstag stand der riesige Deutschpole Pinetzki dem kleinen Japaner gegenüber, der im zweiten Gang dem eisernen Doppelnelson des Deutschpolen erlag.

Rennen zu Mariendorf am Freitag, dem 23. September.

1. Rennen. 1. Galeere (Heckert), 2. Kardinal (Gruße), 3. Friesin (F. Mills). Toto: 36 : 10. Platz: 11, 21, 11 : 10. Ferner liefen: Herzog, Ladyship, Nippsache, Mariella, Graf Brilez, Leuchte, Olan, Baroneß E., Guy de Val, Zierde, Atlas, Nekome, Nachricht, Cilicium, Schwestersohn.

2. Rennen. 1. Mrs. Bosworth (Großmann), 2. Magowan jun. (Ch. Mills), 3. Eckstein (Lemzer). Toto: 111 : 10. Platz: 69, 21, 35 : 10. Ferner liefen: Dewezphine, Blaue Adria, Gerhard, Dolerit, Peter Harvester, Manzanares, Wainsca, Denkmünze, Frankt, Altmark, Königsadler, Cotta.

3. Rennen. 1. Nehoferin (Freundt), 2. Anker I (Hutz), 3. Deutscher (Tzerson). Toto: 41 : 10. Platz: 17, 17, 62 : 10. Ferner liefen: Ostmark, Lord Volo, Die Letzte, Heider, Elffranks, Cilly Dillon, Sabana, Lux, Morgensonne, Heimchen, Weilkomp, Kroschel, Linsca Harvester, Mia Halle.

4. Rennen. 1. Cleo Watts (Großmann), 2. Progreß (Schulz), 3. Marx H. (Zauß jun.). Toto: 141 : 10. Platz: 43, 30, 17 : 10. Ferner liefen: Fregolt, Trotteur, Rattler, Fenelon, Margot I, True Fox, Bolga II.

5. Rennen. 1. Arion Bingen (Ch. Mills), 2. Augias (J. Mills), 3. Domdechant (Zauß jun.). Toto: 14 : 10. Platz: 12, 12 : 10. Ferner liefen: Edzard, Abendstern, Lady Morgan.

6. Rennen. 1. Quo vadis (Brandt), 2. Athos (v. Sokol), 3. Cäcilie II (Brümmer). Toto: 48 : 10. Platz: 13, 12, 11 : 10. Ferner liefen: Pechfackel, Sir Vito, Kerrigan jun., Quisi quasi, Frettchen, Altgold.

7. Rennen. 1. Nora Belwin B. (Besitzer), 2. Norton B. (Ensing), 3. Johanniskäfer (J. Mills). Toto: 23 : 10. Platz: 14, 14, 30 : 10. Ferner liefen: Vegrana, Mixer, Patroneße, Probsteller, Monor, Native Forbes.

8. Rennen. 1. Michael (Knöpnadel jun.), 2. Friese (P. Finn), 3. Turiddu (Röll). Toto: 358 : 10. Platz: 40, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Karo-Bube, Charade, Johannisfeuer, Katharina, Meister B., Niederländer, Divisionär, Regenbogen, Susi Leyburn, Goudsters Gloria, Citrano, Ehrenberg, Weinbrand, Dolina.

9. Rennen. 1. Abteilung. 1. Crispa (Kozal), 2. Kasimir (Besitzer), 3. Fredegundis (F. Mills). Toto: 75 : 10. Platz: 22, 47, 24 : 10. Ferner liefen: Liebesbote, Monostatos, Alcibiades, Kartenspieler, Iram, Leuchtkäfer, Wagner, Dina Watts, Joachim, Friedrichsdor. — 2. Abteilung. 1. Erbprinz jun. (Ringius), 2. Dichtung (Lautenberger), 3. Einsicht (Lemzer). Toto: 378 : 10. Platz: 129, 49, 28 : 10. Ferner liefen: Diana Magowan, O'Captain Leerberg, Dolman, Ln, Efft, Malmö, Carl Eugen, Gondel, Armenter.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Genossinnen und Genossen, die zur Jugendweihe morgen, Sonntag, im Großen Schauspielhaus tätig sein wollen, treffen sich um 9 Uhr am Schauspielhaus, Bühneneingang.

Singkreis, Spielschar usw. Alle Mitwirkenden an der heutigen Veranstaltung müssen 17½ Uhr im Schloßpark Bellevue sein.

Heute 18 und 20 Uhr Jugendchor in der Festhalle „Das junge Deutschland" im Schloßpark Bellevue. Jugendliche Eintritt 30 Pf., Erwachsene 50 Pf.

Heute, Sonnabend, 24. September, 19½ Uhr:

Norden: Nachtfahrt Eberswalde. Treffpunkt 18¼ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Rosenthaler Vorstadt:** Treffpunkt zur Ausstellung „Das junge Deutschland" 18 Uhr Rosenthaler Platz (Normaluhr) und um 17 Uhr mit Gruppe Kölnischer Park. — **Lichterfelde:** Heim Lichterfelde-West, Albrechtstraße 14a. „Das junge Deutschland marschiert." — **Lichtenberg-Mitte, -Nord und -West:** Heim Parkaue 10. 15 Uhr Arbeitsabend. 18 Uhr Treffpunkt der Radfahrer Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde zum Werbeumzug. — **Reichenberger Viertel:** Fahrt Schwärze. Treffpunkt 18½ Uhr Görlitzer Bahnhof. — **Falkplatz:** Fahrt Bötzow. Treffpunkt 18½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (Millionenbrücke). Morgen, Sonntag, Treffpunkt 7 Uhr ebendort. Erscheinen ist Pflicht.

Werbebezirk Neukölln: Alle Genossen und Genossinnen besuchen heute die Veranstaltung der SAJ. im Schloß Bellevue, 16 und 20 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Morgen, Sonntag, 25. September:

Tempelhof: Nachmittagsspaziergang. Treffpunkt 14 Uhr an der Kanalbrücke. Abends Heim. — **Lichtenberg-Mitte, -Nord und -West:** 18 Uhr wichtige Zusammenkunft aller Mitglieder. Gesamtprobe für unser Fest.

Werbebezirk Neukölln: Die Ordner zur Jugendweihe treffen sich um 7½ Uhr Orpheum, Hasenheide.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Wolkig bis heiter, am Tage Erwärmung, ziemlich frische Winde aus südlicher Richtung. — **Für Deutschland.** Regenfälle nur im Nordwesten Deutschlands, sonst bei südlicher Luftströmung und wolkigem bis heiterem Himmel vorübergehende neue Erwärmung.

Saisonanfang bei Wertheim.

An allen Ecken und Enden rüstet man zum herbstlichen Modefeldzug. Was draußen am Kaiserdamm im großen Format für die Repräsentantinnen erhöhten Luxusbedürfnisses gezeigt wird, das gibt es in „gemäßigten" Formen in den verschiedenen Modehäusern zu sehen. Die Firma Wertheim, Leipziger Straße, veranstaltet vom 21. bis 23. September Modevorführungen der neuen Herbst- und Wintermodelle. Man trägt: für die Straße flott gearbeitete Stoffkleidchen aus Rips, Strickgeweben, Velontine, darüber Mäntel aus Ottomane, Velour de laine oder Flausch, verbrämt mit einem apart präparierten und deshalb recht wirkungsvollen Kanin- oder Fuchspelzkragen. Schnitt und Länge bzw. Kürze der Straßenkleidung haben sich nur unerheblich verändert, während die abendliche Mode allerhand kapriziöse, oft lustig wirkende Veränderungen aufweist. Die meisten Extravaganzen erlaubt sich die Rocklänge. Sie ist weder kurz noch lang, sie ist zugleich kurz und lang. Einmal hängt der Zipfel schleppenhaft zur Seite oder rückwärts, während die übrige Rockpartie die gewohnte Kürze hat, dann wieder ist der Rock rückwärts lang, vorne kurz oder umgekehrt, kurzum: der diesbezüglichen, schneiderischen Phantasie scheinen keine Schranken gesetzt. Daneben gibt es Stilkleider mit etwas länglichem Rock, der untere Teil allerdings zum Ausgleich durchsichtig, dann ein paar ganz gewagte Modelle französischer Herkunft. Viel Glanz strahlt vom metallischen Gewebe, der Verzierung mit Steinen und den leuchtenden Augen begeisterter Zuschauerinnen.

Konsum

4 Prozent Rückvergütung

auf den Jahresumsatz gewährt die

Konsum-Genossenschaft Berlin

ihren Mitgliedern für das Geschäftsjahr 1926/27

Rund 1500000 Mk.

gelangen damit als

Ersparnis aus der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung

an die Mitglieder zur Gutschrift

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend ist Mitglied der
Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine

GEG

Die Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine ist die geschäftliche Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften; sie erzielte im Geschäftsjahr 1926 einen

Umsatz von 294 Millionen Mark

In 40 eigenen Betrieben der GEG werden Waren bester Güte für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften hergestellt. Die GEG besitzt: Teigwarenfabrik in Gröba-Riesa, Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik in Altona, Fleischwarenfabriken in Altona und Elmshorn, Fischwarenfabrik in Altona, Malzkaffeefabrik in Chemnitz, Gemüse- und Obst-Konservenfabrik in Stendal, Nährmittelfabrik in Magdeburg, Mostrichfabrik in Chemnitz, Tabakfabriken in Hamburg, Frankenberg und Hockenheim, Seifenfabriken in Gröba-Riesa und Düsseldorf, Chemische Fabrik in Gröba-Riesa, Zündholzfabriken in Lauenburg und Gröba-Riesa, Bürstenfabrik in Stützengrün, Möbelfabrik in Dortmund, Webereien in Oppach und Leupoldsgrün, Konfektions-Werkstätten in Oppach, Chemnitz und Seifhennersdorf.

Alle Haushaltungen,
die ihren Bedarf unter Ausschaltung des Händlergewinnes decken wollen,
organisieren sich im Konsumverein

K G B

Die Steuerbelastung der Industrie.

Wie der Reichsverband der deutschen Industrie sie auffaßt.

Auf der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sprach Herr Bücher recht interessant über die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Ueber die praktischen Versuche der Wirtschaft, mit der Wissenschaft zusammenzuarbeiten, berichtete und urteilte er wie folgt:

„Es sind auch vielfach seitens der Wirtschaft Versuche unternommen worden, in schwierigen Situationen sich des Rates der Wissenschaft zu bedienen. Es ergab sich aber in den Fällen, über die ich orientiert bin, eine solche Kluft zwischen der schulmäßigen, historischen und theoretischen Wissenschaft und dem, was der Praktiker für wissenschaftlich möglich hält, daß eine Kooperation nicht möglich war."

Dieses offene Urteil trifft in vollem Umfange auf eine Veröffentlichung des „Reichsverbandes" zu, die während jener Tagung erschien. Sie betitelt sich „Die Steuerbelastung der deutschen Industrie" und ist im Auftrage des „Reichsverbandes" von einem Professor, einem Diplom-Volkswirt und einem Amtsrat verfaßt worden.

Untersuchungen für 1925 — Schlußfolgerungen für 1927.

Wir sagen nichts gegen den Untersuchungsgegenstand jener Arbeit. Kein Mensch zahlt gern Steuern, nicht einmal die deutsche Industrie. Aber entspricht es noch den „Forderungen des praktisch Möglichen", die Bücher in Frankfurt a. M. gepredigt hat, wenn im September 1927 der Reichsverband der deutschen Industrie über die Steuerbelastung des Jahres 1925 — in Worten: Neunzehnhundertfünfundzwanzig — nicht nur Untersuchungen anstellt, sondern daraus sogar Schlußfolgerungen für die Gegenwart zieht? Hat es noch irgend etwas mit Wissenschaft und Wahrheitsbeweis zu tun, wenn der Reichsverband der deutschen Industrie heute die inzwischen auch von ihm allgemein verurteilte Finanz- und Steuerpolitik des deutschnationalen Ministers von Schlieben mit ihren drei Haushaltvoranschlägen für 1925 als Grundlage für die Berechnung und als Beweis der steuerlichen Belastung benutzt?

Unter jener Aera wurden für das Steuerjahr 1925 zuerst einfach die Voranschläge von 1924 nochmals abgeschrieben, im zweiten und dritten Voranschlag für 1925 wurden dann die Besitz- und Verkehrssteuern von 4,1 auf 4,9 Milliarden heraufgesetzt, die Zölle und Verbrauchsabgaben sogar von 1,1 auf 1,9 Milliarden! Dieses Steuerresultat von 1925 wurde die ziffernmäßige Grundlage für Deutschlands Mehrverpflichtung aus dem Dawes-Gutachten. Die falsche Steuerpolitik jenes deutschnationalen Reichsfinanzministers, der von der deutschen Industrie politisch gestützt wurde, erzeugte 300 Millionen Mark neue Lasten.

Die abwesende Steuermilderung.

Hat der Reichsverband der deutschen Industrie völlig vergessen, daß er Anfang Februar 1926 — nachdem der Demokrat Reinhold zum Finanzminister des Reiches gewählt worden war — eine Reihe von Forderungen auf Steuerermäßigungen beschlossen hat? Haben die drei Wissenschaftler, die die Belastung der deutschen Industrie untersuchten, nicht sämtliche Akten zur Verfügung gestellt bekommen? Das Jahr 1926 wurde zum Kampfboden des industriellen Steuersenkungsprogramms. Unter den erfolgreichen Angriffen der industrialisierten Regierungsparteien gab die Regierung ihr allgemeines Steuermilderungsprogramm preis. Luther und Reinhold wurden zum Rückzug gezwungen. Der siegreiche Reichsverband der deutschen Industrie erzwang sein Steuerkompromiß.

Das Gesetz über Steuermilderungen vom 31. März 1926, das so gut wie ausschließlich für Industrie und Kapital zum Teil beachtliche Erleichterungen brachte, ist in der wissenschaftlichen Untersuchung des „Reichsverbandes" über die Belastung der Industrie völlig „abwesend"; die Untersuchung endet eben mit 1925.

Das Jahr 1926 ist entscheidend in der inneren Umschichtung der wichtigsten Steuern. Die Massenbelastung ist fortgesetzt gewachsen, mit anderen Worten: das Butterbrot einkommen wurde ständig härter besteuert. Am Jahresschluß 1926 ergaben die Massensteuern rund 65 Proz. der Gesamtsteuerlast. Die Industrie versucht erfolgreich ihre Theorie, daß die Steuerherabsetzung für sie die Kapitalbildung unterstütze! Die einfachste Form und Voraussetzung der Wissenschaftlichkeit hätte verlangt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie für die Untersuchung über seine Steuerlast wenigstens die politische Demagogie ausschaltete . . .

Irreführende Vergleichsmaßstäbe.

Auch sonst zwingt jene Arbeit, die sicher bei den Steuerdebatten der nächsten Zeit und bei den Besprechungen über das Steuervereinheitlichungsgesetz eine wichtige Rolle spielen soll, zur schärfsten Kritik. Der „Reichsverband" hat die Steuerbelastung der Industrie unter drei Gesichtspunkten berechnen lassen. Einmal hat er alle Steuerleistungen auf den „Gewinn" im Sinne des Einkommens- und Körperschaftssteuergesetzes bezogen. (Daß zwischen dem durch jene beiden Steuergesetze formulierten Begriff des „Gewinnes" und dem wirklichen Gewinn ein ganz wesentlicher Unterschied besteht, wird heute sogar schon von der theoretischen Nationalökonomie — über die Herr Dr. Bücher sehr kritisch urteilte — auf den Universitäten gelehrt.) Die Steuerbelastung ist weit unter dem Gesichtspunkt des „steuerfähigen Einkommens" und dann unter dem des „Gewerbekapitals" berechnet.

Der harmlose Leser wird fragen, warum denn der Reichsverband der deutschen Industrie die steuerliche Belastung nicht auf den naheliegendsten Maßstab bezogen hat, nämlich auf den Umsatz der Unternehmungen. Dazu erklären die drei vereinigten Wissenschaftler des „Reichsverbandes" nur kurz, daß der Umsatz heute weniger als je ein vergleichbarer Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit verschiedener Unternehmungen sei. „Als Vergleichsmaßstab mit der Vorkriegszeit sowie zwischen Unternehmungen verschiedener Branchen dürfte er völlig unbrauchbar sein." Warum? Das wird nicht mitgeteilt!

Es ist wohl nicht zu scharf ausgedrückt, wenn hier gesagt wird, daß jene Gründe gegen die Berechnung der steuerlichen Belastung nach dem Umsatz einfache Ausreden sind. Nachdem aber der „Reichsverband" die Berechnung des Steuerdruckes nach dem Maßstab des Umsatzes vermieden hat, muß man sich vorerst damit abfinden und die Zahlen untersuchen, die er gibt.

Zahlen, die wenig beweisen.

Für 1925 wird bei den nachgeprüften Betrieben eine durchschnittliche Rente von fünf Prozent des angelegten Kapitals errechnet. Auf diese durchschnittliche Rente für 1925 bezieht jene Untersuchung die steuerliche Gesamtbelastung! Dabei ergibt sich die vergnüglich zu lesende Ziffer einer steuerlichen Belastung von 118,8 Prozent des Gewinnes . . . Will etwa der Reichsverband der Deutschen Industrie mit dieser Steuerbelastungsrechnung des kleinen Moritz, die nach den Ausführungen des Herrn Dr. Bücher für die praktische Wirtschaft nicht brauchbaren Tausende junger Studenten der Nationalökonomie gegen sich herausfordern? Etwas anderes kann man sich bei dieser Zahl wirklich kaum denken.

Am objektivsten scheint noch das zu sein, was über die steuerliche Belastung der Industrie in Beziehung auf das Gewerbekapital errechnet worden ist. Unter „Gewerbekapital" versteht die Untersuchung das Aktivvermögen der nachgeprüften Unternehmungen zuzüglich insbesondere der langfristigen Verbindlichkeiten. Der Begriff umfaßt also wirtschaftlich das gesamte in der Unternehmung arbeitende Kapital, also sowohl das Anlage- wie Betriebskapital wie das Eigen- und Fremdkapital. Wie hoch war nun die Belastung der deutschen Industrie, wenn man sämtliche Steuern des Jahres 1925 mit dem Gewerbekapital in Beziehung setzt?

Es ergab sich die folgende Tabelle:

I. Reichssteuern:		
1. Körperschaftssteuer	1,03	Proz.
2. Vermögenssteuer	0,45	„
3. Umsatzsteuer	1,23	„
4. Kapitalverkehrssteuer	0,06	„
5. Wechselsteuer	0,02	„
6. Obligationensteuer	0,27	„
7. Industriebelastung	0,28	„
Reichssteuern zusammen	3,33	Proz.
II. Landessteuern:		
8. Realsteuern	0,21	Proz.
9. Hauszinssteuer	0,35	„
Landessteuern zusammen	0,56	Proz.
III. Gemeindezuschläge:		
10. Grundvermögenssteuer	0,29	Proz.
11. Gewerbesteuern	1,26	„
12. Hauszinssteuer	0,06	„
Gemeindesteuern zusammen	1,61	Proz.
IV. Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern zusammen	5,50	Proz.

Die durchschnittliche Besteuerung der vom Reichsverband der deutschen Industrie untersuchten Gesellschaftsunternehmungen betrug also in dem harten Steuerjahr 1925 genau 5,50 Proz. Das „Gewerbekapital" des Arbeitnehmers wird bekanntlich, abgesehen vom steuerfreien Betrag, mit mindestens 10 Proz. besteuert, und wenn man den Durchschnitt errechnet, so kommt man zu etwa 7 Proz.!

Im Jahre 1926 ist die Steuerleistung der Industrie erleichtert worden. Nimmt man an, daß das Industriekapital im Jahre 1925 etwa zweimal umgeschlagen worden wäre, so bedeutet das damals eine Steuerlast von 2,25 Proz. vom Umsatz, sie ist seither gesunken. Nach dieser Richtung sollte der „Reichsverband" noch nähere Untersuchungen anstellen, es ergäben sich dann sicher auch positive Zahlen für den Steueranteil im Warenpreis, ebenso sollte er noch einiges über die Abwälzbarkeit der Industriesteuern mitteilen.

Wenn die Industrie für eine Steuervereinheitlichung, also für das einheitliche deutsche Steuersystem, kämpft, wird sie bei den breiten Massen des Volkes sicher auf keinen Widerspruch stoßen, aber wenn sie „wissenschaftlich" beweisen will, daß sie mehr Steuern zahlt, als sie verdient („118 Proz. des Reingewinnes"), dann soll man sich nicht wundern, wenn man solche Agitationsmethoden entsprechend einschätzt.

Kurt Heinig.

Deutsche Zahlungsbilanz-Statistik.

Was leistet sie?

Was ein Land in seiner Zusammenarbeit mit anderen Ländern schuldig wird oder übrig behält und wie man selber oder das Ausland einem die Schulden bezahlt, ist eine an sich wichtige Sache. Versuche werden auch gemacht, Bilanzen aus der Zusammenarbeit der einzelnen Völker zu ziehen. Nach alter Uebung heißen die Bilanzen Zahlungsbilanzen, in denen die entstandenen Verpflichtungen und Forderungen gegenübergestellt, der Saldo gezogen und dann festgestellt wird, wie der Saldo ausgeglichen wurde. Das Statistische Reichsamt hat es auch für Deutschland versucht. Hier die von uns in einfacher Weise zusammengefaßten Ergebnisse:

	Saldo der Verpflichtungen		Saldo der Forderungen	
	1. Halbj. 1927	1924 bis Ende Juni 1927	1. Halbj. 1927	1924 bis Ende Juni 1927
	(in Millionen Mark)			
Aus dem Warenhandel einschl. Sachleistung f. Reparationen	1479	4811	—	—
Dienstleistungen einschl. im Inl. verbleib. Besatzungskost. usw.	—	—	154	952
Zinsen ans Ausland	117	814	—	—
Reparationsleist. (ohne Sachl.)	727	3269	—	—
Aus dem Wanderverkehr	—	—	15	75
Zur Sicherung der Währung	—	1154	—	—
	2323	9548	169	1027
Reinüberschuß d. Verpflichtung.	2154	8521		

Sieht man diese Aufstellung an, so ergibt sich: Deutschland ist im ersten Halbjahr 1927 die Riesensumme von 2,154 Milliarden Mark mehr ans Ausland schuldig geworden, als ihm im Verkehr mit dem Ausland übrig blieb; und in den 2½ Jahren seit 1924 ist es sogar 8,521 Milliarden mehr schuldig geworden. Wahrlich respektable Summen.

Eigentliche und überhaupt nicht bezahlte Schulden gibt es aber nicht. Kaufleute verlangen Kassazahlung oder Schuldscheine, die wieder Zinsen kosten. Das gilt auch zwischen ganzen kapitalistischen Volkswirtschaften. Der Ausgleich der Schulden sieht nach dem Statistischen Reichsamt so aus:

	Saldo der Zahlungen		Saldo der Kredite	
	1. Halbj. 1927	1924 bis Ende Juni 27	1. Halbj. 1927	1924 bis Ende Juni 27
	(in Millionen Mark)			
Langfr. Auslandsanleihen	—	—	140	3579
Andere langfr. Auslandskredite	—	—	9	78
Tilgung u. Rückkf. v. Auslandsanl.	69	168	—	—
Rückfluß von Auslandsdevisen	—	—	—	1200
Deutsche Kapitalanlage im Ausl.	112	112	—	—
Kurzfristige Anleihen und Kredite	—	—	10	232
Reichsbank, soweit nicht für Deckung	—	101	928	—
Verrechnete, nicht ausgef. Reparat.	—	—	47	47
Kassenbestand d. Reparationsagent.	—	—	41	154
Warenkredite über die Grenze	—	—	210	484
	181	381	1394	5774
Reinüberschuß der Kredite von			1213	5393
Gegenüb. dem Reinüberschuß d. Verpflichtungen von			2154	8521
kann der Ausgleich nicht aufgeklärt werden für			941	3128

Zum Ausgleich der Zahlungen wären also riesenhafte Summen vom Ausland gepumpt worden. Im ersten Halbjahr 1927 allein 1,213 Milliarden und in den 2½ Jahren seit 1924 nicht weniger als 5,393 Milliarden Mark. Das sind aber nur die Summen, die das Statistische Reichsamt glaubt feststellen zu können. Weil alles bezahlt sein muß (per Kasse oder durch Schuldschein), muß man sich fragen, wie die unerkannten Leistungen (941 Millionen im ersten Halbjahr und 3128 Millionen seit 1924) ausgeglichen worden sind.

Wir wollen nun annehmen, alle Zahlen des Amts wären sicher; auch die Methoden der Feststellung wären vernünftig. Dann muß man sich aber fragen, was denn eine solche Zahlungsbilanz nützt, in der von 8,5 Milliarden für 3,1 Milliarden nicht gesagt werden kann, wie sie ausgeglichen wurden. Eine solche Zahlungsbilanz ist mit fast 40 Proz. unsicher, schon rein den unaufgeklärten Beträgen nach. Die Unsicherheit für die ganze Zahlungsbilanz ist aber 100prozentig, weil man mit ihr nichts anfangen kann; dagegen wird unheimlich viel politischer Unfug mit ihr getrieben.

Die Lehre daraus: Die amtliche deutsche Statistik sollte einmal mit allem Ernst untersuchen, ob es Methoden zur Schaffung einer inneren Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft gibt. Schon wenn man sich klar wird darüber, wie sie aufzustellen wäre, auch wenn man die Zahlen nicht hat, könnte unendlich viel gewonnen werden. Auch für die äußere Zahlungsbilanz, die ja nur eine Funktion der inneren sein kann.

Noch Konjunktur der Schwerindustrie.

Kohlenpreiserhöhung wieder abgelehnt.

Nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen" hat sich im August die Rohstahlproduktion gegenüber Juli 1927 weiterhin von 1,36 auf 1,42 Millionen Tonnen erhöht und übertrifft den August 1926, der mit 1,14 Millionen Tonnen bereits hohe Produktionsziffern aufwies, noch um fast 25 Proz. Auch die durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung übertrifft im August mit 52 824 Tonnen die des Juli um rund 450 Tonnen und die Ergebnisse vom August 1926 sogar um fast 9000 Tonnen. Die im August geleistete Produktion stellt einen neuen Rekord dar und übersteigt den bisher besten Nachkriegsmonat März 1927, der, wie der August, gleichfalls 27 Arbeitstage hat, noch um 10 559 Tonnen.

Auch die deutschen Walzwerke weisen im August Rekordleistungen auf. Die Produktion ist gegen den Julimonat von 1,05 auf 1,12 Millionen Tonnen und die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung von 40 482 auf 41 846 Tonnen gestiegen. Die Ergebnisse des August 1926 werden um 221 000 Tonnen übertroffen, wobei die arbeitstägliche Leistung eine Steigerung um 20 Proz. aufweist. Auch in der Walzwerksproduktion wird der bisherige Rekordmonat in der Nachkriegszeit März 1927 vom August um 23 156 Tonnen übertroffen.

Wie das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zur Konjunkturlage mitteilt, zieht es aus der in den letzten Monaten wenig schwankenden Linie der Absatzziffern und den vorliegenden Abrufen den Schluß, daß die deutsche Industrie sich in einem gewissen Beharrungszustand befindet, und daß die Ruhrkohlenindustrie noch mit einer Fortdauer des jetzigen Absatzes rechnen könne. Anders dagegen liege es mit der geldlichen Entwicklung. Der Durchschnittserlös gehe ständig zurück, weil der Ruhrbergbau den Kampfpreisen der englischen Kohlenindustrie folgen müsse. Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat sieht daher keine Möglichkeit, die beim Reichskohlenrat gestellten Anträge auf Erhöhung der Kohlenpreise fallen zu lassen.

*

Diese Preiserhöhungswünsche sind gestern dem Reichswirtschaftsminister vorgetragen worden. Es wurden wieder 7½ Proz. verlangt (einige Zechenherren meinten, man müsse 15 Proz. verlangen). Der Reichswirtschaftsminister ist mit Rücksicht auf die Gesamtlage von seiner bisher ablehnenden Stellungnahme nicht abgewichen.

Aus der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung

Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hat jetzt sein Jahrbuch 1927 veröffentlicht, das bemerkenswerte Einzelheiten über die Tätigkeit und die Entwicklung der Genossenschaften in der Landwirtschaft enthält.

An den Reichsverband waren von rund 40 000 etwa 25 800 landwirtschaftliche Genossenschaften, das sind 64,6 Proz., angeschlossen. Der Gesamtumsatz der 25 Zentralkassen betrug im Jahre 1926 rund 23,7 Milliarden Mark. Der Einlagebestand der Genossenschaften bei den Zentralkassen hat mit 124,5 Millionen bereits die Hälfte der Einlagen vom Jahre 1913 überschritten. Auch die 64 Hauptgenossenschaften des Reichsverbandes befinden sich, wie aus den Umsätzen im Jahre 1926 hervorgeht, in günstiger Entwicklung. Die an die Molkereigenossenschaften insgesamt abgelieferte Vollmilch stieg gegenüber 1925 von 2,0 auf 2,6 Milliarden Kilogramm, womit die Ergebnisse von 1913 um fast 20 Proz. übertroffen werden. Auch der Verkauf von Vieh durch die Genossenschaften entwickelt sich günstig. So konnten im letzten Jahre über eine halbe Million Stück Schlachtvieh von den Viehverwertungsgenossenschaften im Werte von über 78 Millionen Mark abgesetzt werden.

Der wachsende Einfluß der Genossenschaften beim Einkauf von Düngemitteln, Saatgut, Maschinen und Brennstoff, um nur den wichtigsten landwirtschaftlichen Bedarf zu nennen, geht daraus hervor, daß der Gesamtwert des genossenschaftlichen Materialbezuges 315 Millionen Mark überschritt, während der genossenschaftliche Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse 183 Millionen Mark betrug. Der gesamte Einkauf und Verkauf der Genossenschaften, der somit 1926 fast eine halbe Milliarde Mark betrug, übertrifft die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres um 63 Proz.

Neue Pfandbriefemission. Die Preußische Pfandbriefbank Berlin unternimmt es, 5 Millionen 7½prozentige Pfandbriefe (Zeichnungspreis 97¾ Proz.) auf dem deutschen Kapitalmarkt unterzubringen, nachdem lange keine Pfandbriefe mehr begeben werden konnten. Bemerkenswert ist der bedeutend erhöhte Zinsfuß, der als Anreiz geboten wird. Nach der jetzt in der Durchführung begriffenen Aufnahme der Landwirtschaftlichen Pfandbriefbank wird der Umlauf an Emissionspapieren mehr als 300 000 000 Mark betragen. (Vergleiche die Zeichnungsaufforderung in dieser Nummer.)

Keine neuen Ruhrentschädigungen. An die Veröffentlichung der Entschließung des Untersuchungsausschusses vom 15. Dezember 1926, die auch von uns gebracht wurde, haben Geschädigte die Vermutung geknüpft, daß neuerdings weitere Entschädigungen aus dem vom Reiche bereitgestellten 30-Millionen-Fonds zu erwarten seien. Dieser Fonds wird jedoch der allgemeinen Wohlfahrtspflege im besetzten Gebiet und den Gemeinden zu produktiven Zwecken zur Verfügung gestellt, so daß weitere Entschädigungen nicht in Betracht kommen. Alle Anträge auf Gewährung neuer Ruhrentschädigungen müssen daher als zwecklos angesehen werden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Deutscher Städtetag.

Selbstverwaltung, Finanzpolitik und Flaggenfrage.

A. S. **Magdeburg**, 23. September.

Nach dem Präsidenten des Städtetages ergriff Reichsfinanzminister Köhler das Wort. Er erklärte, der Hauptteil an dem Wiederaufbau Deutschlands komme den Gemeinden zu. Er verteidigte dann die Selbständigkeit der Länder, die man nicht verachten dürfe. In der Frage ob Unitarismus oder Föderalismus müsse man vorsichtig sein, weil es dabei nicht nur um Wirtschafts- oder Verwaltungsdinge, sondern auch um die Seele der Menschen südlich des Main gehe. Damit sei einer Aufrechterhaltung dynastischer Interessen keineswegs das Wort geredet. Der Reichsfinanzminister verteidigte dann das Steuervereinheitlichungsgesetz gegen die Kritik, die es in den Kreisen der Städte und Gemeinden gefunden hat. Eine schematische Senkung der Realsteuern um 20 Proz. sei nicht beabsichtigt. Es sei die Geld- und Golddecke zu kurz, daher bedürfe die Währung noch des Schutzes. Alle Organe, Reich, Länder und Gemeinden müßten sparen.

Der preußische Innenminister Grzesinski

bekennt sich als überzeugter Vertreter der Selbstverwaltung und ihrer kommunalen Grundlagen. In diesen Zellen des Staates müßte es möglich sein, die Kräfte zu entwickeln, die für den Aufbau des Staates notwendig, wertvoll und nützlich sind. Die Selbstbestimmung der Gemeinden müsse daher wiederhergestellt werden. Minister Grzesinski wendet sich gegen die Forderung der Gemeinden, die Steueranteile an den Reichseinnahmen nicht durch die Länder, sondern vom Reich unmittelbar zugewiesen zu erhalten. Er warnt die Gemeinden auch davor, eine besondere Abteilung für Kommunalangelegenheiten beim Reichsministerium zu verlangen. Das führe nur zu einer Vermehrung der Bureaukratie. Auch eine Kürzung der Mittel der Länder sollten die Gemeinden nicht wollen. Bei der Durchführung der Kommunalaufsicht käme es nicht auf die Form, sondern auf den Geist an, in dem sie durchgeführt wird. Ich klebe keineswegs an der Aufrechterhaltung der Landesgrenzen, aber zur reibungslosen Durchführung des Einheitsstaats müsse erst die notwendige Atmosphäre entstehen. Die Gemeindeselbstverwaltung hat sich dem Staatsganzen einzufügen. Deshalb ist auch der Vorwurf unberechtigt, daß die preußische Flaggennotverordnung ein Eingriff in die Selbstverwaltung sei.

Die Gemeinden müssen den Willen des Volkes, der Schwarz-rotgold zur Reichsfahne gemacht hat, achten.

In der Diskussion kommen zunächst die Oberbürgermeister Adenauer-Köln, Blüher-Dresden und Luppe-Nürnberg zum Wort. Der letztere kritisierte die Einschränkung der Gemeindeselbstverwaltung. Ein Nebeneinander von Reichs- und Staatsaufsicht sei auf die Dauer nicht denkbar. Der Einheitsstaat ist auf dem Wege, und zwar in starkem Maße. Eine andere Lösung sei für heute nicht mehr möglich.

Genosse Dr. Lohmann

erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion, es gebe noch genug Kommunalpolitiker, die die Entwicklung um 20 Jahre zurückdrehen und das, was in der Republik geleistet worden ist, ungeschehen machen wollen. Es gibt auch Kommunalpolitiker, die in dem Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer die einzige Hilfe für die Gemeinden sehen. Wir machen das nicht mit. Wir wenden uns gegen eine Rückwärtsrevision. Es gibt nur einen Weg, den vorwärts.

Das Ziel kann und wird der deutsche Einheitsstaat sein.

Acht Jahre kommunaler Arbeit haben den Beweis erbracht, daß der Bureaukratismus so wie heute nicht weiterbestehen kann. Wir müssen hinaus über die eigenstaatlichen Rechte der Länder. Es ist höchste Zeit, daß wir an der Diskussion des Einheitsstaats herangehen. Viele stellen sich unter Selbstverwaltung nur die Selbstverwaltung der Oberbürgermeister vor. Nur im Rahmen der Republik kann sich eine richtige Selbstverwaltung entwickeln. Das Vielzuviel an Instanzen, der Bureaukratismus in den staatlichen Aufsichtsbehörden behindert die Arbeit der Gemeinden. Redner zeigt an Hand von Beispielen die Einmischung der Bureaukratie in die kommunale Selbstbestimmung. Dann kennzeichnet Genosse Lohmann die verderbliche Tätigkeit der Anleiheberatungsstelle, die die Aufnahme von Gemeindeanleihen für den Wohnungsbau erschwert oder verhindert. Wenn wir mit der Reichspolitik unzufrieden sind, so wenden wir uns nicht gegen die Reichseinkommensteuer, sondern gegen die Schlüsselgewalt der Länder bei der Verteilung der Anteile. Die Länder geben sich oft kaum noch Mühe, ihre Großstadtfeindlichkeit zu verbergen. Nach unserer Ueberzeugung ist die staatspolitische Funktion der Länder überholt. — Wir stimmen der Entschließung des Vorstandes wegen ihrer Tendenz zum Einheitsstaat zu. Wir halten es jedoch für unmöglich, daß die Kommunen im Reichsrat mitwirken sollen, wie es ursprünglich vorgesehen war. Die Gefahr, daß der Reichsrat sich zu einer Ersten Kammer entwickeln kann, ist zu groß. Erhalten die Städte eine Vertretung im Reichsrat, so werden auch die Interessenten der Wirtschaft eine solche verlangen. Dann hätten wir aber das ständische Parlament, das wir bekämpfen. Wir sehen in der jetzigen Entschließung das entschiedene Bekenntnis der deutschen Städte zur Einheitsrepublik der Zukunft.

Der Kommunist Leetz polemisiert gegen den Klassenstaat, setzt sich aber für den deutschen Einheitsstaat ein. Oberbürgermeister Rauscher-Potsdam verliest eine Erklärung, wonach die Deutschnationalen sich bei der Entschließung der Stimme enthalten. Als Gegner der Kundgebung tritt — nicht überraschenderweise — der reaktionäre Münchener Oberbürgermeister Scharnagl auf. Dagegen läßt die Deutsche Volkspartei durch ihren Sprecher Oberbürgermeister Jarres-Duisburg ihre Zustimmung zu dem Gedanken des Einheitsstaates und zu der Entschließung erklären.

Damit schließt die Debatte. Die Entschließung gelangt mit großer Mehrheit in folgender Fassung zur Annahme:

Die Forderungen des Städtetages.

Die in Magdeburg zur diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages versammelten Vertreter der deutschen Städte erheben im Namen der von ihnen vertretenen mehr als 30 Millionen deutschen Bürger die Forderung, daß bei der im Gang befindlichen Umgestaltung der inneren staatspolitischen Verhältnisse die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Städte berücksichtigt bleiben. Die Gemeinden bilden mit den Ländern als öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften den Unterbau des Reichs. Ihre finanzielle, verwaltungs- und staatsrechtliche Stellung hat sich in der Nachkriegszeit wesentlich verschlechtert. Das Reich regelt in ständig zunehmendem Maße unmittelbar Gemeindeangelegenheiten, ohne jedoch dabei Lebensinteressen der Gemeinden genügend Rechnung zu tragen. Sollen hieraus nicht schwere Nachteile für das Staatsganze erwachsen, so muß diese Ausdehnung der Zuständigkeit und Gesetzgebungsbetätigung des Reichs ihre folgerichtige Ergänzung in einer weitgehenden Dezentralisation der Verwaltung und in einer unmittelbaren Verbindung der Gemeinden zum Reich finden. Die Schaffung wirklich leistungsfähiger, der modernen Wirtschaftsentwicklung angepaßter Gemeindegebiete ist die Grundvoraussetzung. Die stärkere Heranziehung der kommunalen Spitzenverbände zur Mitarbeit, die Errichtung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern, die ausreichende Beteiligung der Gemeinden im Reichswirtschaftsrat sind dringende weitere Forderungen. Die deutschen Städte legen auch auf enge dauernde Fühlung mit Reichstag und Reichstagsabgeordneten besonderes Gewicht. Eine solche tatsächliche und staatsrechtliche Verbindung mit dem Reich und seinen Organen dient zugleich im besonderen Maße der Stärkung des Reichsgedankens.

Die Vertreter der deutschen Städte verlangen aber auch, daß die finanzielle Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Städte wieder hergestellt wird. Trotz steigender Belastung mit inneren Kriegslasten sind die den Städten überlassenen Einnahmequellen immer wieder verkürzt worden. Sie sprechen daher Reichsregierung and Reichstag gegenüber die dringende Erwartung aus, daß im gegenwärtigen Augenblick, in dem den Städten auf verschiedenen Gebieten neue finanzielle Lasten erwachsen, nicht nur jede Verschlechterung ihrer Finanzlage durch Wegnahme von Steuerquellen ohne Ersatz unterlassen wird, sondern den sich aus der Reichsfinanzstatistik ergebenden Folgerungen durch Abänderung des Finanzausgleichs ausreichend Rechnung getragen wird. Die Besoldungserhöhung, die Durchführung des Reichsschulgesetzes und des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind ohne Abänderung des Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden oder ohne Erhöhung der Gemeindesteuern und Tarife unmöglich. Die Frage der endgültigen Gestaltung der Hauszinssteuer muß auch im Interesse der in den großen und mittleren Städten besonders dringlichen Wohnungsnot entschieden werden. Die in Aussicht genommene Vereinheitlichung des Realsteuerrechts hängt mit dem endgültigen Finanzausgleich untrennbar zusammen und kann nicht zeitlich vorweg genommen werden. Sie muß den Gemeinden die Bewegungsfreiheit zur Berücksichtigung der örtlichen Verschiedenheiten und die Möglichkeit zur Verwertung ihrer Verwaltungserfahrungen sichern. Die Vergnügungssteuer muß den Gemeinden ungeschmälert erhalten, die gemeindliche Getränkesteuer unverzüglich ausgebaut werden.

Die Vertreter der deutschen Städte beanspruchen, daß den deutschen Städten die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen gegeben werden, um ihre öffentlich-rechtlichen Aufgaben zu erfüllen, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen und an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg Deutschlands mitzuwirken.

Angenommen wird ferner eine Entschließung gegen die Besetzung des Rheinlandes. Eine Reihe weiterer Anträge wird dem Vorstand überwiesen, darunter ein sozialdemokratischer Antrag, der aus schulpolitischen, kulturellen und finanziellen Gründen das Schulgesetz Keudells entschieden ablehnt. Oberbürgermeister Böß schließt dann die eindrucksvolle Tagung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

14. Kreis Neukölln. Karten zur Jugendweihe am Sonntag, 25. September, im Orpheum, Hasenheide 32/38, sind in den „Vorwärts"-Speditionen sowie an der Kasse erhältlich.

24. Abt. Die Beziehsführer, welche bei ihrem Gruppenführer noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, dies spätestens am Sonntag, 25. September, nachzuholen.

56. Abt. Charlottenburg. Die Beziehsführer werden gebeten, umgehend Einladungszettel zur Mitgliederversammlung am 28. September von Liersch, Kantstr. 62, abzuholen.

Sonntag, 25. September:

19. Abt. 10½ Uhr pünktlich Treffpunkt aller Genossen mit Familie zur Fahrt zum Jugendtag in Neu-Bötzow am Bahnhof Gesundbrunnen, Vorplatz Badstraße. Restloses Erscheinen wird erwartet.

30. Abt. Besichtigung der gesamten Konsumanlagen in Lichtenberg. Treffpunkt 8 Uhr am Bahnhof Prenzlauer Allee.

84. Abt. Lankwitz. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich an der Konsumbesichtigung in Lichtenberg zu beteiligen. Abfahrt vom Bahnhof Lankwitz 9.27 Uhr.

98. Abt. Neukölln. Bezirk 107 und 108 stellt je einen Ordner zur Jugendweihe im Orpheum, Eingang Gräsestraße, Bezirk 109 zwei Ordner um 7½ Uhr.

Frauenveranstaltungen.

24. Abt. Heute, Sonnabend, 24. September, 19½ Uhr, Frauenwerbeabend mit Unterhaltung und Tanz im Altersheim Danziger Str. 62. Vortragender Genosse Hofmann. Die Genossinnen mit ihren Angehörigen und Bekannten sind hierzu freundlichst eingeladen.

Jungsozialisten.

Gruppe Schöneberg: Fahrt nach dem Landheim bei Trebbin. Treffpunkt heute, Sonnabend, 24. September, 19½ Uhr, am Askanischen Platz (Anhalter Bahnhof). Abfahrt 19.13 Uhr. Sonntagsrückfahrkarte 1,60 M.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Friedrichshain. Gruppen Robert Blum und Baltenplatz: Sonntag, 25. September, 8 Uhr, Comeniusplatz Treffpunkt zur Fahrt nach Kinderland Birkenwerder zur Einweihung des Zeltes der Gruppe Robert Blum. Fahrgeld 50 Pf.

Achtung, Laubenkolonisten!

Morgen, Sonntag, 25. September, 9½ Uhr, findet im Lokal Bredschneider, Pfaueninsel, Königsdamm, am Pferdemarkt, eine große öffentliche Versammlung statt. Thema: „Die Laubenkolonisten und das Berliner Bauprogramm." Referent Stadtrat Georg Bendt. Männer und Frauen, erscheint in Massen! Einberufer: SPD. 53. Abteilung Charlottenburg.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin SW 14, Sebastianstr. 37/38. Hof 2 Tr.

Sonnabend, 24. September. Mitte: Spielmannszug Herbstfest bei Garatz, Gartenstr. 6. Anfang 19 Uhr. — **Sonntag, 25. September: Mitte:** Luchmarsch, Antreten 13 Uhr Schles. Bhf. **Kreuzberg:** Von 9—12 Uhr Schützenhaus Neukölln, Naumburger Straße. — **Montag, 26. September. Kreuzberg:** Jungmannschaften I und II: 20 Uhr Versammlung im Jugendheim Yorckstr. 11. Vortrag des Stud. phil. Kamerad Göring. **Charlottenburg:** 20 Uhr allgemeine Ortsvereinsfunktionärsitzung im Wilhelmshof. **Steglitz-Lichterfelde-Lankwitz:** 20 Uhr allgemeine Funktionärsitzung bei Schulz, Birkbuschstr. 90. Als Teilnehmer erscheinen Vorstände, Zug- und Gruppenführer sowie Sport- und Jugendleiter und Sanitäter. **Treptow** (sämtliche Kameradschaften): Wichtige Funktionärversammlung in Adlershof bei Lehmgrübner, Weißdornstr. 2, am Bahnhof, 20 Uhr. Vortrag und wichtige Bekanntmachungen. Kameradschaftsführer laden ein. **Adlershof:** 19 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim Roonstraße. — **Wedding:** Di., d. 27., 20 Uhr, wichtige Zusammenkunft aller Sportler bei Radzan, Brüsseler Str. 43. Erscheinen Pflicht. — **Friedrichshain:** Radfahrerabteilung: Sonntag, d. 25., 9 Uhr, Antreten Küstriner Platz in Vereinskleidung mit Fahrradwimpel. — **Sportplatz Friedrichsfelde:** Sonntag, d. 25., ab 7 Uhr Arbeitsdienst der beteiligten Ortsvereine. Spaten sind mitzubringen. Holzarbeiter mit Werkzeug sind zur Stelle.

Eisernto-Gesellschaft Charlottenburg. Montag, 26. September, 20 Uhr, Restaurant „Zur Hütte", Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 53, Zusammenkunft. Gäste willkommen.

Arbeiter-Schützenbund. Geschäftsstelle bei Bochan, Friedenstr. 61. **Montag, 26. September:** Abt. Wedding: Sport 20 Uhr bei Jablonski, Kolonialstraße 115. Abt. Friedrichshain: Mitgliederversammlung 20 Uhr bei Bochan, Friedenstr. 61. — **Dienstag, 27. September:** Abt. Friedrichshain: Gruppe Strausberger Platz 20 Uhr Sport bei Menschel, Rüdersdorfer Str. 51. Abt. Wilmersdorf: Sport 20 Uhr bei Kroiß, Holsteinische St. 60. Abt. Neukölln: Sport 19½ Uhr bei Wolff, Prinz-Handjery-Str. 67. — **Mittwoch, 28. September:** Abt. Friedrichshain: Sport 20 Uhr bei Menschel, Rüdersdorfer Str. 51, und Jschkat, Cößlerstr. 1. Abt. Schöneberg: Sport 20 Uhr bei Patratz, Sedanstraße 53. — **Donnerstag, 22. September:** Ortsgruppe Berlin: Die Geschäftsstelle ist heute geöffnet von 20—22 Uhr. Abt. Kreuzberg: Sport 20 Uhr bei Rönnspieß, Wasserforstr. 71. — **Freitag, 30. September:** Abt. Westen (Za): Sport 20 Uhr bei Menne, Steinmetzstr. 45. Abt. Wilmersdorf: Sport 20 Uhr bei Piche, Hildegard- Ecke Schaumannstraße. Abt. Neukölln: Sport 19½ Uhr bei Wolff, Prinz-Handjery-Str. 67. — **Sonnabend, 1. Oktober:** Abt. Pankow: Sport 20 Uhr bei Hubert, Tamerow- Ecke Mendestraße.

Der „Gemischte Chor Norden" (Mitgl. d. DASB.), unter Leitung des Chormeisters Studienrat Richard Gütte, veranstaltet am Sonnabend, 1. Oktober, 19½ Uhr, in der Aula Grünthaler Str. 5 einen Volksliederabend. Zur Gehör gelangen Chöre von Beethoven, Wagner, Mendelssohn, Thiel, Kahn, Fleuming und andere Komponisten sowie Solovorträge zu Klavier und Laute. Eintritt frei.

Freier Keglerbund Deutschlands. Bezirk Westen: Sonnabend, 24. September, im Restaurant Tiergartenhof großes Kegelfest. Freunde und Gönner des Kegelsports sind herzlichst eingeladen. Beginn 20 Uhr. Eintritt 1 M. — **Freier Keglerbund Deutschlands e. V.:** Durch SAR. „Schiebe sachte" am Sonntag, 25. September, ab 9 Uhr, Meistersportkämpfe und Mannschaftskegeln mit je 100 Kugeln im Keglerheim Passagekeller, Neukölln, Bergstr. 151/152. — **Verlegung der Geschäftsstelle:** Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich jetzt: Baumschulenweg, Baumschulenstr. 30a; Fernsprecher Oberschöneweide 4576.

Nachruf.

Im Dienste verunglückte am 23. September 1927 mit einem Flugzeug

Volkmar von Arnim-Nechlin

Ritter h. O.
Oberleutnant z. S. a. D.
Prokurist der Deutschen Luft Hansa A. G.

Ein unerschrockener, pflichttreuer Offizier, der sich im Kriege bei mancher Torpedobootsfahrt bewährte. Nach Beendigung des Krieges stellte er sich in den Dienst des Wirtschaftslebens, wo es seiner schaffensfreudigen Energie und seinem außerordentlichen Organisationstalent schnell gelang, überall besondere Erfolge zu erringen. Zuerst beim Deutschen Aero Lloyd und später bei der Deutschen Luft Hansa hat er sich in leitender Stellung um den Aufbau des deutschen Luftverkehrs unvergeßliche Verdienste erworben.

Zu früh wurde er durch einen schweren Schicksalsschlag seiner Familie, seinen Mitarbeitern und Freunden und der deutschen Luftfahrt entrissen.

Wir verlieren nicht nur einen unserer besten und für die Luftfahrt begeisterten Mitarbeiter, sondern einen lieben, stets fröhlichen Kameraden, dessen Andenken als Pionier beim Aufbau des deutschen Luftverkehrs unvergessen bleiben wird.

Der Vorstand der Deutschen Luft Hansa A. G.

Merkel Wronsky Milch

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Emil Krumm

sage allen daran Beteiligten, insbesondere Herrn Kilisner für die inhaltreichen Worte, meinen besten Dank.

Ww. Frieda Krumm nebst Kindern.

Unserm wackren Kampfgenossen

Christoph Eidinger

zu seinem 80. Geburtstage **die herzlichsten Glückwünsche**

92. Abt. Neukölln.

Soeben erschien:
ein neues Buch von
Adolph Hoffmann
Amoretten
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe.
104 Seiten stark, mit 3farbigem Titelbild von
Willi Steinert

Von Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt. Ein wichtiger Beitrag zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden **Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Preis 1 M.**

Zu beziehen vom Verfasser, **Berlin O 17, Koppenstraße 6,** und allen Ausgabestellen des „Vorwärts".

Verkäufe

Riesenumsatz. Kinderwagen, Zwillingswagen, Klappsportwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel, allerniedrigste Preise, allerkulanteste Teilzahlung. Festangestellte gegebenenfalls ohne Anzahlung. Ball, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße.

Türkopp-Nähmaschinen gegen 5-Mark-Wochenraten. Musik. Brunnenstraße 183, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Schneidermaschine Singer 65,—, Zickzackmaschine 60,—, Schnellnäher 65,—, neuwertig. Alpenickerstraße 128, Quergebäude, Thiele.

Bettenverkauf! Neue 9.75! 15.—! Prachtwolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Tüllbetten! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardwaren! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6393.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigem Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Geh- und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hochelegenter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Wenig getragene Kavalieranzüge, Cutaways, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Pelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen, Schmuckstücke, Silberbestecke, Uhren, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Wäsche, Bettfedern, Daunen, Inletts, Bettstellen, Matratzen, Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbetten, Korbmöbel, Metallbetten, Kleiderschränke, Vertikos, Waschkommoden, Spiegelschränke, Sofas, Chaiselongues, Sessel, Stühle, Tische, Kommoden, Büfetts, Anrichten, Vitrinen, Schreibtische, Bücherschränke, Diwans, Klubgarnituren, Teppiche, Läufer

Sonnabend
24. September 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Eine Lehrerkonferenz.*)

Von Adolph Hoffmann.

In der Pause fand im Amtszimmer eine hochnotpeinliche Besprechung zwischen dem Oberschulrat, dem Direktor und Studienrat Lettner statt.

Bei dieser markierte der Direktor mit vorsichtiger Zurückhaltung den schweigenden Moltke.

Der Herr Oberschulrat redete zuerst große Töne von „unverantwortlicher, neumodischer Methode mit Kindern über Dinge zu sprechen, die ihm, vor Gleichaltrigen zu erörtern die Schamröte ins Gesicht treiben würde".

Solche jungen Bengels vor Geschlechtsumgang wegen Beschwängerungs- und Ansteckungsgefahr zu warnen und in demselben Atemzug zu sagen, wenn sie es aber doch tun wollten, Cordons zu benutzen, sei geradezu verbrecherisch. Es täte ihm sehr leid, aber die Pflicht und sein Gewissen gebiete ihm, der Schulbehörde seine Feststellungen zu melden und ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Lettner zu beantragen.

„Bitte, Herr Oberschulrat, tun Sie, was nach Ihrer Auffassung Ihnen Ihr Amt gebietet. Ich werde ja dann meiner vorgesetzten Behörde die Gründe entwickeln können, die mir meine Methode als die allein richtige, und bei Menschen in diesem Alter für dringend notwendig erscheinen läßt", gab der Lehrer mit äußerster Ruhe zurück.

„Herr Studienrat Lettner! Dafür gibt es keine Gründe, die einer Behörde stichhaltig sein könnten. Sie scheinen vergessen zu haben, daß die oberste Schulbehörde in Preußen wegen dieser Cordon-Geschichte schon in Magdeburg einem Lehrer die Qualifikation als solchen entzog. Und daß Minister und Oberverwaltungsgericht den Einspruch des Lehrers abwiesen, obwohl es sich hier um eine Schrift handelte, die an die „schulentlassene" Jugend verteilt wurde."

„Ich kenne den Fall," replizierte fast noch ruhiger der Lehrer, „aber der Herr Oberschulrat scheinen dabei zu übersehen, daß wir inzwischen eine neue Verfassung erhalten haben, die Wissenschaft und Schule freier gestaltet; daß viereinhalb Jahre Krieg hinter uns liegen, die uns eine ganz andere Jugend und Krankheiten gebracht haben, die gerade für diese die schlimmsten Gefahren bieten."

„Durch Ihre Methode wird den Bengels geradezu aufgedrängt, auf was sie sonst nie kämen", platzte wütend der Oberschulrat heraus.

„Herr Oberschulrat! Ich bin bereit, Ihnen sofort das Gegenteil zu beweisen. Ich ersuche um Ihre Erlaubnis, einen meiner Schüler hereinzurufen.

Nicht meiner Rechtfertigung wegen, sondern im Interesse unserer gefährdeten Jugend bitte ich darum."

„Ja, was soll das für einen Zweck haben?" wendete der Oberschulrat bedenklich ein.

„Vielleicht, mich zu überzeugen, daß meine Methode eine falsche ist, wenn Sie, Herr Oberschulrat, einen anderen Ausweg zeigen."

„Also rufen Sie ihn."

Der Lehrer gab auf dem Korridor einem Schüler einen Auftrag und betrat das Zimmer wieder mit den Worten: „Aber, Herr Oberschulrat, eine Bitte darf ich aussprechen. Ich habe viel Geduld und Liebe aufwenden müssen, ehe ich dem Jungen die Zunge löste und er mir sein Herz ausschüttete. Machen Sie ihn durch strenge Worte und Vorwürfe nicht kopfscheu."

„Sie machen mich gespannt", klang es halb ernst, halb ironisch von des Schulrats Lippen.

Es klopfte. Auf das fast tonlose „Herein" des Direktors, der bisher der ganzen Szene mit einer sichtbaren Beklemmung lautlos gefolgt war, betrat ein langaufgeschossener, aber vollentwickelter Schüler der Lettnerschen Klasse das Amtszimmer und blieb an der Tür mit hochrotem Kopf stehen.

Er sah aus wie ein Achtzehnjähriger, war aber noch nicht sechzehn Jahre.

Der Lehrer ging auf ihn zu, strich wohlwollend über sein hübsches, kastanienbraunes Lockenhaar und sagte: „Richard, habe keine Sorge. Die beiden Herren, die du ja kennst, wollen, wie ich, dir nur helfen, daß du wieder froh und freudig in die Welt schauen kannst. Dazu ist, wie ich dir schon wiederholt sagte, rücksichtslose Offenheit und peinliche Wahrheit nötig. In den beiden Herren werden wir die wichtigsten Verbündeten finden, deine Zukunft zu zimmern, so daß du bald die schwarze Gegenwart vergessen haben wirst. Tritt näher, setze dich und erzähle deine Erlebnisse in kurzen Worten."

Richard setzte sich auf den gebotenen Stuhl und blickte vertrauend zum Lehrer, fragte aber beklommen: „Mit was soll ich beginnen?"

„Lieber Richard," sagte der Lehrer zutraulich, „wir wollen keine Generalbeichte, sondern erzähle nur, wie du dazu kamst, dich mir anzuvertrauen und was dich drückte, nur in ganz kurzen Umrissen. Die Details kann ich, soweit es notwendig sein sollte, den Herren später selbst geben."

„Herr Lettner war immer gut und mit meinen Arbeiten stets zufrieden." — Richard liefen die hellen Tränen über die Wangen. „Und dann", sagte er stockend.

„Warst du nicht mehr so fleißig?" schaltete, den strengen Schulmann möglichst zurückdrängend, der Oberschulrat ein.

„Ja", kam es leise aus Richards Munde.

„Aber warum denn?" examinierte der Schulrat.

„Ich war krank geworden", sagte Richard kleinlaut.

„Und was fehlte dir?" forschte der Herr Schulrat weiter.

„Ich hatte mich angesteckt", kam es kaum hörbar über Richards Lippen.

„Ja, mit was denn und wo?" fragte der Herr Rat so erstaunt, daß Richard ängstlich aufsah und schüchtern entgegnete: „Bei unserem Kindermädchen."

„Aber, das ist ja unglaublich", platzte erregt der Schulgewaltige heraus.

Richard war ängstlich aufgesprungen.

Der Lehrer nahm ihn am Arm und sagte beruhigend: „Sei ohne Sorge. Was ich dir versprochen habe, geschieht. Du mußt aber auch halten, was du mir versprachst."

„Ja, Herr Lettner, darauf können Sie sich verlassen", sagte Richard im Tone ehrlichster Ueberzeugung.

„Nun, dann hat es keine Not. Dann wirst du wieder gesund und bei deinen Fähigkeiten noch ein tüchtiger Mensch, der die häßliche Episode seiner Jugend bald verschmerzt hat. Jetzt gehe zur Klasse zurück. Ueber das, was hier vorgegangen, sprichst du nicht. Wenn man dich fragt, sagst du, ich hätte es verboten. Halte dich abseits von den übrigen und sage ihnen, wenn ich noch etwas länger bleibe, sollen sie den gestern besprochenen Aufsatz schreiben."

Mit einem „Guten Morgen", der sichtlich erleichtert aus Richards Munde kam, war er zur Tür hinaus.

„Aber das ist ja entsetzlich," sagte der Oberschulrat zum Lehrer. „Sie haben es doch sofort den Eltern gemeldet?"

„Nein", sagte Lettner ruhig.

„Was?" fuhr der Oberschulrat auf. „Aber," sagte er, sich selbst beruhigend, „Sie haben ja recht. Das war ja Sache des Herrn Direktors. Sie haben," wandte er sich an diesen, „das natürlich sofort getan?"

Der Herr Direktor räusperte sich verlegen: „Bis jetzt noch nicht. Ich wollte erst . . . ."

„Eine solche Pflichtvergessenheit," tobte jetzt der Herr Oberschulrat los, „ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Sie waren amtlich verpflichtet, diese entsetzlichen Dinge sofort den Eltern und der Behörde zu melden."

„Herr Lettner bat," wendete der Direktor fast ängstlich ein, „ihm zu überlassen, die Angelegenheit zu klären. Und da ich Herrn Lettner als äußerst gewissenhaft kenne . . . ."

„Sie sehen ja, was es mit der Gewissenhaftigkeit dieses Herrn auf sich hat", stieß der Herr Oberschulrat heftig hervor.

„Würden der Herr Oberschulrat mich erst noch anhören, um dann die Anordnungen zu treffen, die Ihnen Amt und Gewissen vorschreibt?"

„Bitte," sagte der Oberschulrat sehr kurz, mit einer Handbewegung, Platz zu nehmen, „aber machen Sie es ganz kurz. Jede Minute, die in dieser Angelegenheit verloren geht, ist eine Versündigung gegen den Knaben, die Angehörigen und das Gesetz."

„Das sagte ich mir auch. Das Wesen des Schülers hatte sich plötzlich so verändert, daß ich ihn mit Büchern zu mir in die Wohnung schickte und ihn dann dort ermunterte, mir sein Herz, seinen Kummer auszuschütten. Ich würde ihm, was es auch sei, helfen. Unter Schluchzen und Tränen schilderte er die Dinge mit dem Kindermädchen, mit dem er über eine Woche allein in der Wohnung war, was sich dann zwischen beiden ereignete und wie später bei ihm sich die gesundheitlichen Störungen einstellten. Aus dieser Schilderung entnahm ich, daß er geschlechtlich infiziert war. Ich schickte ihn mit einem Brief zu einem mir persönlich bekannten, auf diesem Gebiet ganz besonders erfahrenen Spezialisten, denn mir lag daran, erst mal Gewißheit zu haben. Sie wurde mir in der schlimmsten Weise."

„Nun mußten Sie doch die Eltern sofort benachrichtigen", fuhr der Schulrat dazwischen.

„Verzeihung, der Knabe hat nur noch eine Mutter."

„Da ist manches begreiflich," brummte der Schulrat, „aber der Bengel muß doch einen Vormund haben?"

„Ich hielt es für richtiger, erst einen anderen Weg einzuschlagen. Ich ließ das Kindermädchen in meine Wohnung bitten", antwortete der Lehrer.

Sind Sie Untersuchungsrichter?" entfuhr es scharf dem Oberschulrat.

„Nein," entgegnete sehr ruhig Lettner; „ich versuchte, Pädagoge zu sein."

„Was wollen Sie damit sagen?" rief gereizt der Oberschulrat.

„Daß ich es im Interesse des Knaben, seiner Familie und nicht in letzter Linie des Mädchens für geraten hielt, erst einmal den Pädagogen die Ursachen des Uebels erforschen zu lassen, ehe die strafende Hand des Gesetzes eingriff. Ich hegte sogar die stille Hoffnung, das verhindern zu können", war des Lehrers sehr ruhige Antwort.

„Sie ließen sich da in ein sehr gefährliches Experiment ein, wenn Sie mit einem solchen Geschöpf in Ihrer Wohnung verhandelten, um sie vor Strafe zu schützen. Das kann man sehr leicht zu Ihrem Schaden falsch auslegen", sagte scharf pointiert der Schulrat.

„Auch das habe ich vorhergesehen und daher meiner Frau, die ja, wie Sie wissen, auch Lehrerin ist, die Besprechung mit dem Mädchen übertragen. Das kaum siebzehnjährige Kind brach vollständig zusammen und beichtete meiner Frau unter Tränen alles, so daß man sich auch leicht erklären konnte, wie sie zu der Krankheit gekommen ist."

„Nun aber," wendete sich der Oberschulrat an den Rektor, „war es doch die allerhöchste Zeit, die Sache der Mutter und der Behörde zu unterbreiten."

Der Direktor sagte verlegen: „Herr Lettner war anderer Meinung."

„Und Sie?" sagte unwillig der Schulrat.

„Konnte ihm nicht unrecht geben", tönte es etwas unsicher zurück.

„Ja, sind denn beiden Herren alle Begriffe von Pflicht und Amt abhanden gekommen?" fuhr der Schulrat erregt auf. „Sie durften den infizierten Bengel ja mit den anderen gar nicht mehr zusammen lassen. Er mußte sofort von der Schule verwiesen werden."

„Verzeihung, Herr Oberschulrat. Wenn Sie mich nur noch einige Minuten ruhig anhören, wissen Sie alles, um sich ein Urteil zu bilden. Die Mutter ist verreist. Sie konnte ich nicht sprechen. Und für eine Korrespondenz eignet sich die Sache nicht. Der Behörde es melden, hieße nach meiner Ansicht beiden Kindern die Lebensbahn verschütten. Seit gestern erst habe ich die Gewißheit durch den Spezialisten. Nach heute findet Richard bei ihm Aufnahme. Das Mädchen ist heute von meiner Frau im Virchow-Krankenhaus untergebracht. Der Mutter des Schülers habe ich heute früh durch Brief die Erkrankung ihres Sohnes ohne nähere Umstände gemeldet und gebeten, sobald sie nach Berlin zurückkäme, mich zu besuchen."

„Und der Vormund des Bengels?" rief erregt der Schulrat.

„War heute morgen in meiner Wohnung. Er ist, da er es sich leisten kann, sofort nach Bad Wildungen abgereist und hat auf meinen Rat vorher die Vormundschaft niedergelegt", sagte jetzt der Lehrer nicht ohne Erregung.

„Und wer ist der gewissenlose Kerl?" schrie der Schulrat.

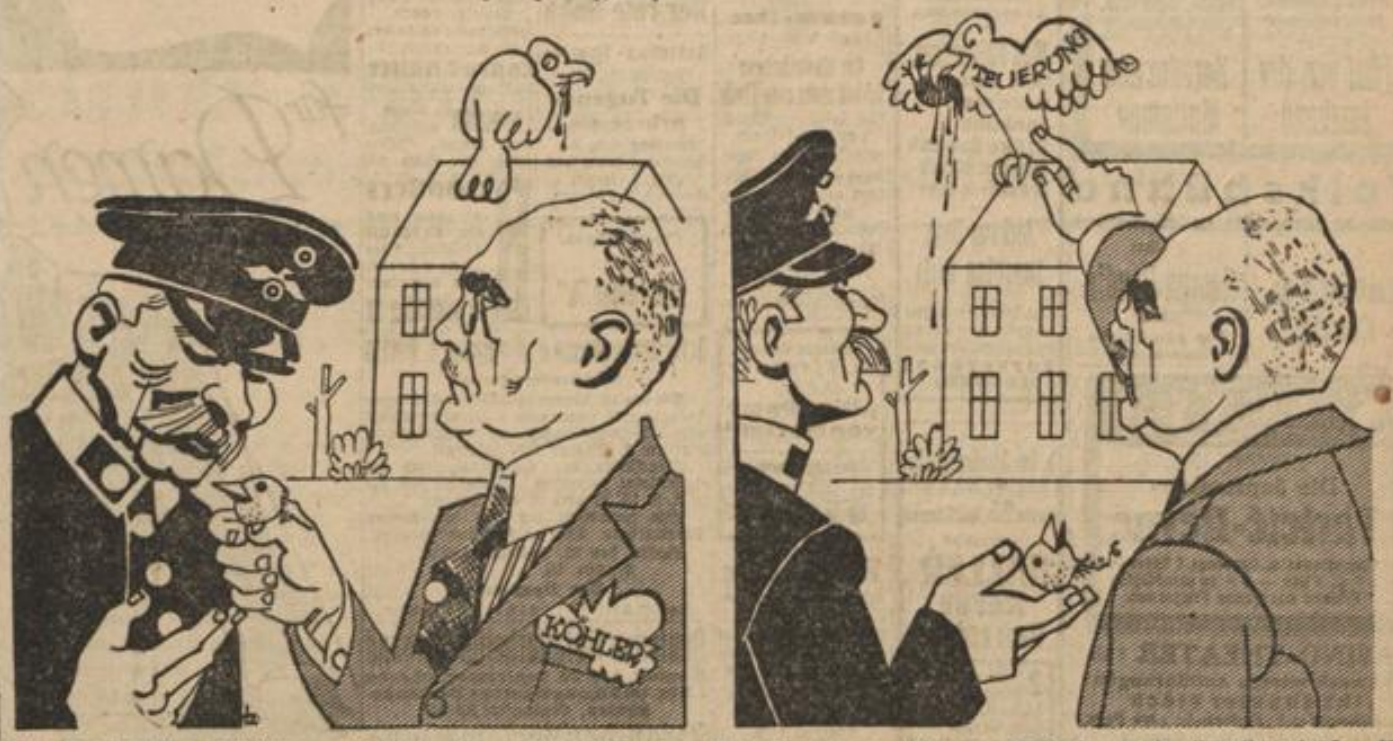
Lettner zog die Brieftasche und überreichte dem Herrn Schulrat eine Visitenkarte.

Ein Blick auf dieselbe ließ den Schulrat erbleichen und lautlos in den Stuhl sinken. — — —

Der Pädagoge hatte über „Amt und Pflicht" gesiegt.

*) Mit Genehmigung des Verfassers aus seinem Büchlein „Amoretten — Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe", auf das wir in unserem heutigen Feuilleton hinweisen.

Der Vorschuß für die Beamten.



Reichsminister Köhler: „Nehmen Sie, lieber Beamter, einstweilen den Sperling in der Hand."

Der Beamte: „Aber das ist doch nur ein Sperlingskopf . . .!"
Köhler: „Das andere verzehrt just der Geier auf dem Dache."

Die Gewerkschaft der heiligen Bettler.

Daß sich Arbeiter zu Gewerkschaften zusammenschließen, ist heute auf der ganzen Welt notwendig. Aber merkwürdig ist es, daß auch Leute eine solche Organisation wählen, die aus tiefster Ueberzeugung jede Arbeit ablehnen. Aus Indien wird gemeldet, daß die heiligen Bettler, die sich seit uralten Zeiten der Selbstpeinigung hingeben, sich zu einer Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um dieses dem Nichtstun geweihte, von Peinigungen erfüllte Leben in Ruhe weiterführen zu können. Schon viele Jahrhunderte vor Christus bestand in Indien diese Sekte der sogenannten Fakire oder heiligen Bettler, die durch Selbstmarterung die Mildtätigkeit der Vorübergehenden anrufen und sie auch aus Furcht vor einem Fluch des Heiligen Mannes zu Gaben zwingen. In neuester Zeit aber ist das Geschäft dieser Bettler-Heiligen nicht mehr so gut wie früher; die Konkurrenz wird immer größer, und so haben sie sich jetzt zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die unzünftige Nebenbuhler fernhalten und dafür sorgen soll, daß nur eine geringe Anzahl von Neulingen aufgenommen und in den Fakirkünsten unterrichtet wird. Die Taten der Fakire, die uns in letzter Zeit auch in Europa häufig gezeigt worden sind, dürfen nicht alle als Betrug angesehen werden; viele von ihnen gehen auf uralte Ueberlieferung zurück, und schon aus fernen Zeiten werden uns erstaunliche Leistungen gemeldet. So berichtet z. B. der englische Reisende John Fryer 1698 von einem Fakir, der sich lebendig begraben ließ, und er erzählt von einem anderen, der beschlossen hatte, solange an den Füßen mit dem Kopf nach unten zu hängen, bis er genug Geld beisammen habe, um einen Tempel zu bauen. Häufig hält solch ein Bettler seinen rechten Arm solange über den Kopf empor, bis die Muskeln verdorrt sind und er ihn nicht mehr herunternehmen kann. Eine andere „Lieblingspose" der Fakire ähnelt der des Storches; der Bettler steht auf einem Bein, hat das andere an den Körper angezogen und legt sich nicht nieder. Auf diese Weise lenkt er die Aufmerksamkeit auf sich und veranlaßt die Vorübergehenden, etwas in den irdenen Topf zu tun, der neben ihm steht. Berühmt ist die Atemtechnik der Fakire, die dadurch sowie durch Uebung und geringe Nahrungsaufnahme eine erstaunliche Kontrolle über ihren Körper gewinnen; sie vermögen sich in einen Zustand völliger Starre zu versetzen, indem sie mehrere Stunden, ja Tage, lebendig begraben werden. Ein Fakir, Hamid Bey, blieb in einem versiegelten Sarg drei Stunden unter Wasser und schlug damit den Rekord Houdinis, der nur 1½ Stunden in diesem Behälter blieb, das für den gewöhnlichen Sterblichen kaum genug Luft für drei bis vier Minuten enthält. Die Vorführungen eines anderen Fakirs, Bahman Bey, der in Paris und London großes Aufsehen erregte, bestehen hauptsächlich darin, sich ein Schwert durch die Gurgel zu stoßen und mit Nadeln in Wangen, Brust und Arme zu stechen, ohne daß Blut fließt, sowie sich fest auf ein Brett mit rostigen Nägeln drücken zu lassen.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 24. 9. 27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
Anf. 6½ Uhr
Walküre

Sonnab., 24. 9. 27
Städtische Oper
Bismarckstr.
Turn.IV, Anf. 7½
Turandot

Staatl. Schauspielh.
Am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Fünf von der Jazzband

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Herodes und Mariamne

Volksbühne

Theater am Bülowplatz
8 Uhr:
Kabale u. Liebe

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
George Dandin.
Dazu:
Der gemütliche Kommissär

SCALA
Nollendorf 7360
Die September-
Varieté-Revue
Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstell.
3½ u. 8 Uhr — 3½ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Nur noch wenige Aufführungen!
Ihr dunkler Fleck
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Winter-Variete Garten 8 Uhr
Rauchen gestattet
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Ermäßigte Preise.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
in ihrem Schlager-Programm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntagnachmittag —
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.
Größter Lacherfolg!

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Müllerstraße
Nachmittags: Halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brett'l:
Varieté, Konzert, Tanz

Voller Betrieb
BOXKAMPF
Kohler — Aust
Hütsebus — Heimann
127 FEUERWERK
Luna Park

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 Uhr, Ende 11 Uhr
Troilus u. Cressida
Schauspiel von Shakespeare

Kammerspiele
Norden 10334—37
8½ U. Ende 10½ U.
Ihr Mann
Lustspiel von Paul Geraldy

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8½ Uhr. Ende 10½
Zinsen
Komödie
von Bernard Shaw

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
8 Uhr:
Hoppla, wir leben
von Ernst Toller
Inz. Erwin Piscator
Bühnenbild: Sievert, Wallheuer, Bunk, Grantz, Grosch, Kassemann, Hellmers, Lima, Tänzer.

Lessing-Theater
Th. Königgrätz. St.
Hasenh. 2116. 8 U.
Der dreimal tote Peter

Komödienhaus
Norden 6304. 8 U.
Lustspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters
„Nadima"
Dybuk
Montag, Dienstag:
Weiße Fracht

Berliner Theater
Dönhoff 170. 8 U.
Léonie

Grosses Schauspielhaus.
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue
CHARELL-Inszenierung
mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
—
Jackson Boys
Sunshine Girls
—
Stg. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorst. zu halben Preisen
Vorverkauf 10—6 Uhr

Th. im Admiralspalast
Täglich 8½ Uhr
Neueste 25. Aufführung
Die neue
HALLER-REVUE
„Wann und wo!"
2 Sonntag Vorstellung. 3 Uhr u. 8½ Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis.

Rennen zu Karlshorst
Sonnabend, den 24. September
nachm. 2 Uhr
Schmidt-Pauli-Jagdrennen

Theater des Westens
8 Uhr:
Gastspiel
Fritzi Massary
Eine Frau von Format

Neues Theater am Zoo
8 Täglich 8
Sensation v. Galsworthy

Walhalla-Theat.
Täglich 8½ Uhr:
Am Rudesheimer Schloß steht eine Linde
Ein Spiel von Liebe, Lenz und Wein mit Gesang u. Tanz.
Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags
nur 60 Pf.
Sonntagnachm. 4 U.
Rotkäppchen
Jedes Kind wird beschenkt.
Parkett v. 30 Pf. an.

Südwestkorso-Bühnen
Dts. Künstler-Th.
8 Uhr
„Die Dame von Maxim"

Lessing-Theater
8 Uhr
„König Heinrich IV"

Planetarium am Zoo
Vorführg. Joachimsthaler Straße
Nollendorf 1578
Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator
Vorführungen:
4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

Trianon-Th.
Täglich 8½ Uhr:
Erika Gläßner
in einer ihrer
Paraderollen
Kopf oder Schrift
Lustspiel v. Verneuil
Preise 1, 2, 3 M. usw.
Sonntagnachm. 4 U.
So ein Mädel

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

Residenz-Theater
Täglich 8½ Uhr:
Die Tugendprinzessin
Stella Kirchy, Arthur Roll, Martin Kettner, Boskin, Sarroff, Graf, K. Lönnhoff
Preise 1, 2, 3 M. usw.

Lustspielhaus
8½ Uhr:
„Filmromantik"

Rose-Theater
8½ Uhr:
Die Maschinenbauer v. Berlin

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachnahme
gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Friseusen bildet gründlich aus **Haut**, Ackerstraße 26, Gths. III.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem **!! billig !!**

Ortskrankenkasse d. Klempner z. Berlin
Bekanntmachung.
Die am 15. August beschlossene Satzungsänderung ist unter dem 6. September 1927 vom Oberversicherungsamt genehmigt und tritt am 1. Oktober 1927 in Kraft.
Druckstücke der Aenderung sind im Kassenlokal zu haben. Geändert sind die §§ 2, 5, 16, 17 und 21 der Satzung.
Wir verweisen auf das den Herren Arbeitgebern übersandte Rundschreiben.
Berlin, den 22. September 1927.
Wallstr. 68.
Der Vorstand:
Hermann Riegler, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 26. September, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Lindenstr. 83/85
Branchenversammlung
der Elektromonteure und Helfer.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Internationalen Gewerkschafts-Kongreß. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

CREPE-SOHLEN
NICHT KAPUTTZUKRIEGEN

billig,
weil sie länger halten als das Schuhzeug

chic,
weil jede Art Schuhzeug mit Crepe-Sohlen eigenartig und flott wirkt

gesund,
weil die Crepe-Sohlen wasserdicht und warm sind

angenehm,
weil sie einen elastischen Gang ohne Ermüdung bewirken und, weil der Fuß keine Unebenheiten und Steinchen durch die Sohle fühlt

praktisch,
weil die Sohlen mit Leichtigkeit unter jede Art Schuhzeug zu kleben sind und

modern,
weil jeder fortschrittlich veranlagte Mensch die Crepe-Sohlen trägt und sie nie wieder missen möchte

Durch Crepe-Sohlen zu Höchstleistungen im Sport

Seid sparsam und klug, verlangt nur die echten auf der Plantage selbst fertig hergestellten

ORIGINAL-CREPE-SOHLEN
RUBBER GROWERS' ASSOCIATION. 2,3,4. IDOL LANE LONDON EC. 3.

Preußische Pfandbrief-Bank, Berlin
— Gegründet 1862 —

Die Bank legt zur Zeichnung auf:

Goldmark 5 000 000.—
7½% ige Gold-Hypotheken-Pfandbriefe Em. 46
— als Teilbetrag einer neuen Emission von GM 20 000 000 —
Gesamtkündigung bis 1. April 1933 ausgeschlossen
Stücke über GM 3000, 1000, 500, 100
mit halbjährigen Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober

Zeichnungspreis: 97¾%, frei von Börsenumsatzsteuer. In Aussicht genommener Einführungskurs an der Berliner Börse 98¼%.

Zeichnungsfrist: 24. September bis 15. Oktober 1927.

Zeichnungsstellen: alle deutschen Banken und Bankfirmen, Spar- und Girokassen, soweit sie Bankgeschäfte betreiben, und die Emissionsbank selbst.

Zinslauf der Pfandbriefe beginnt am **1. Oktober.** — Bezahlung der Stücke hat bis 15. Oktober zu erfolgen. — Stückzinsen werden jedoch bis 15. Oktober nicht berechnet. Bei Eingang des Gegenwerts vor dem 15. Oktober werden 5% Depositalzinsen vergütet. — Höhe der Zuteilung und früherer Schluß der Zeichnung bleiben vorbehalten. — Lieferung der Stücke nach Erscheinen.

Prospekte und Anmeldungsformulare sind bei den Zeichnungsstellen und bei der Emissionsbank erhältlich.

Berlin W 9, im September 1927. **Der Vorstand.**

SONNABEND-MONTAG
2 AUSNAHME-TAGE
für Damen-Bekleidung

Kleid
wie Abbildung
18.50

Kleid
aus reinwollenem Ripo, gut verarbeitet, neuer Glockenschnitt
wie Abb. **18.50**

Filzhut
mit gesteppt. Samtrand und Garnierung, Kopf reich gesteppt, in allen Modefarben
wie Abb. **8.75**

Spezial-Strumpf „Hertie"
mit besonderer Verstärkung, in modernen Strassenfarben und schwarz
wie Abb. **2.50**

Damen-Lack-Spangenschuh
Trotteur, die grosse Herbstmode
wie Abb. **12.50**

Damen-Besuchstasche
aus echtem Volleder, Kunstseidenfutter, Klappe mit Metalleinfassung, in vielen Modefarben
wie Abb. **3.50**

Damen-Schirm
schwarz. Halbseide, 12teilig, Topform, mit Knopfod. Rundhaken
wie Abb. **6.90**

Dienstag, den 27., Mittwoch, den 28. September, bleiben unsere Häuser geschlossen!

HERMANN

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Strasse, Brunnenstrasse, Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Strasse, Chausseestrasse, Andreasstrasse